

Der Morgen danach



Links!
im Digitalabo. Jede
Ausgabe schon drei Tage
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
Juni 2019

Die Nacht war lang, der Schlaf unruhig. Europa war nach rechts gerückt. Deutschland war grün geworden, Europa ebenso, aber alles auch brauner. Früh begrüßte mich der Morgen mit dem vorläufigen Ergebnis in Leipzig – für die Europawahl und für die Kommunalwahl. Der Unterschied zwischen den beiden Ergebnissen konnte nicht größer sein und nicht symptomatischer für die Situation der LINKEN: Im Stadtrat sollte sie stärkste Kraft werden, die Grünen auf dem zweiten Platz, dann die CDU und die AfD erst Vierter. Mag sein, es hat sich noch etwas geändert. Der Unterschied zum Ergebnis der Wahl zum Europaparlament war deutlich und ist es sicher auch geblieben: Diese Wahl gewannen in Leipzig die GRÜNEN vor CDU und AfD. Für DIE LINKE blieb hier nur der vierte Platz. Ich tippte meine erste Reaktion unter diese Wahlergebnisse in facebook. „Für die ‚großen‘ Fragen sind offenbar andere zuständig, wir sollen die vielen ‚kleinen‘ Sorgen, die in Summe den Alltag beschwerlich machen, lösen. Die Dinge hängen doch zusammen. Wie können wir das deutlich machen?“

Wir haben tapfer gekämpft und nichts von den Gemeinheiten ausgelassen, die uns der Kapitalismus so alltäglich beschert – wachsende Armut und wachsender Reichtum, Wohnungsnot, Bildungsnotstand, Pflege-notstand, abgehängter Osten, die Geschlechterfrage, Krieg und Frieden, damit verbundene Fluchtursachen und das für uns wichtige „Refugees welcome“ und noch und noch. Ich bin stolz darauf. Wir kennen die Welt und ihre Verästelungen bis in unseren Alltag. Hat es was gebracht? Für Europa im Bund und im Land herbe Verluste, in den Kommunen viel erfreuliche Gewinne.

Die beiden Sieger für Europa haben etwas anders gemacht als wir: Sie haben die Vielfalt der Symptome beschwerlichen Lebens im Kapitalismus jeweils reduziert auf ein bis zwei Hauptthemen, denen

dann alles andere zugeordnet wurde. Die GRÜNEN griffen die Klimakatastrophe auf, gingen damit auf die Wurzeln ihrer Partei zurück, waren dadurch authentisch und glaubwürdig und gewannen so vor allem massenhaft Jugendliche, die ja gerade das Thema auf der Straße eindrucksvoll thematisierten und als ihr herausgehobenes Zukunftsthema darstellten. Das war beneidenswert realpolitisch. Zur AfD ist nicht viel zu sagen. Sie und ihre Gesinnungsgenoss*innen überall spielten zumeist erfolgreich mit den Ängsten der Menschen, verbanden sie mit den Migrationsbewegungen und im Osten Deutschlands noch mit der realen und deshalb auch gefühlten Zweitklassigkeit gegenüber dem Westen. Sie wurden Erste in Brandenburg und Sachsen.

Die Warenkörbe der Volksparteien konnten dem nur wenig entgegensetzen. Der LINKEN ging es nicht anders, wenn auch aus anderen Gründen und mit einem anderen „Warenkorb“; siehe oben. Offensichtlich haben Wählerinnen und Wähler den Zusammenhang unserer kritischen Vielfalt mit unserer kapitalismuskritischen Grundfrage nicht wahrgenommen. Oder sie haben vielleicht – besser als wir – den Charakter von Wahlen in parlamentarischen Systemen begriffen. Da geht es nämlich nicht so sehr um Grundsätzliches, sondern um die nächsten vier oder fünf Jahre. Da greift man auf, was einem unter den Nägeln brennt und verändert werden muss; ob in den ökonomischen, sozialen und politischen Zusammenhängen oder gegen diese.

Lothar Bisky nannte das einmal „Systemopposition“. Ja, das sollten wir sein und bleiben. Das alltägliche Leben zwingt uns dazu und liefert uns die Begründungen dafür. Rosa Luxemburg nennt die Kunst, Systemopposition und Alltag zu verbinden, „revolutionäre Realpolitik“. Das ist die Kunst, die wir beherrschen müssen.

• Peter Porsch

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Georg Genoux stellt sich vor: Als Wessi aus Hamburg, aus dem Multi-kulti-Stadtteil Ottensen, der sich aufgemacht hat, Sachsen kennen zu lernen. Heraus gekommen ist u.a. sein Stück „Das Land, das ich nicht kenne“, mit dem er kürzlich im Societätstheater in Dresden auftrat. Zwar stellte er sich als „Wessi“ vor, doch das stimmt so kaum. Denn er hat fast sein gesamtes Erwachsenenleben in Russland und in der Ukraine verbracht. Genoux wurde in Moskau zum Regisseur ausgebildet und arbeitet eher im Osten für den Osten. Er isst gern deftig – und eine Journalistin aus Berlin, die ihn für ein paar Tage begleitete, schrieb später, er sei in Zittau eher wie ein russischer Bär in Erscheinung getreten.

Bevor wir zu Ihrem Stück kommen, will ich erwähnen, dass Sie kein Theater im herkömmlichen Sinne machen, sondern „Dokumentartheater“. Was ist das in Ihrem Verständnis?

Ich glaube, dass der Begriff Dokumentartheater überbewertet wird. Ich mache in erster Linie einfache Theater. Ich versuche seit etwa 15 Jahren, über Menschen zu berichten, die ich in der Wirklichkeit kennengelernt habe. Oder ich versuche, sie in die Aufführungen einzubinden, weil ich oft den Eindruck habe, dass es den Menschen sehr gut gehen kann, wenn sie bei den Aufführungen im wahrsten Sinne des Wortes dabei sind.

Sie haben in Moskau studiert, in Moskau, der Ukraine und in Bulgarien gearbeitet. Sie sprechen fließend Russisch. Was zieht einen Hamburger so weit in den Osten?

Mein Großvater hat sich sein Leben lang hauptsächlich mit slawischer – im Wesentlichen mit russischer – Literatur beschäftigt. Das ist auf mich übergeschwappt. Anfang der 90er war ich mit einem Schüleraustausch in St. Petersburg und in Moskau. Da habe ich relativ schnell Menschen kennengelernt, die mich bis heute als enge Freunde begleiten. Schließlich habe ich meinen Zivildienst in Moskau gemacht und dachte, ich schnuppere mal einen Monat so rein beim Theater. Dann waren es letzten Endes 17 Jahre Moskau. Ich denke, man arbeitet immer dort, wo man sich besonders gut verstanden fühlt. Es war wie ein Frage-und-Antwort-Spiel: Bekommt man was zurück, dann gibt man gerne noch etwas mehr und so steigert sich das Ganze. Das ist in den slawischen Ländern viele Jahre gut für mich gelaufen.

Warum nun Sachsen?

Ich bin jetzt 42 und finde, dass es an der Zeit ist, herauszufinden, wie stehe ich in meiner Heimat da mit meinem Theater und vor allen Dingen: Wie stehen die Leute zu meinem Theater.

Sie sind seit 2018 in Sachsen, und ich denke, Ihre Arbeit hier korrespondiert in gewisser Weise mit der Arbeit, die Sie in der Ukraine gemacht haben. Welche Parallelen ziehen Sie?

In der Ukraine war ich auf eine besonders harte Probe gestellt, weil ich

„Man muss nur den richtigen Draht finden“

Ralf Richter im Gespräch mit dem Regisseur Georg Genoux, der die Menschen in Sachsen kennen lernen will



Foto: Felix Krieger

in Gebieten gearbeitet habe, wo die Menschen vom Krieg betroffen waren oder teilweise noch sind. Dort konnte ich die Erfahrung machen, dass die Theaterkunst dazu beitragen kann, schreckliche Erlebnisse zu verarbeiten. Es ist jetzt das fünfte Jahr in der Ukraine und ich habe erlebt, dass insbesondere Jugendliche durch die Theaterarbeit neue Perspektiven in ihrem Leben finden konnten. Theater ist eine Möglichkeit, wieder in Kontakt mit einer Welt zu kommen, von der sich Menschen im Grunde verraten fühlen. Ich werde jetzt wieder dorthin gehen. Unterstützt vom Auswärtigen Amt machen wir ein großes Projekt in verschiedenen Städten im Osten der Ukraine. Wenn mir heute Leute in Bautzen oder in Hagenwerder attestieren, dass ich sehr gut zuhören kann, dann geht das zu einem großen Teil auf meine Erfahrungen in der Ukraine zurück.

Beim Vierten Europäischen Bürgerbühnenfestival am Dresdner Societätstheater waren Sie vertreten mit dem Stück „Das Land, das ich nicht kenne“. Darin geht es letztlich gar nicht so sehr um ein Land, sondern mehr um den kleinen Ort Hagenwerder.

Das ist einfach zu erklären: Ich besuche viele Orte in Sachsen und Hagenwerder war nur die erste Station. Der Ort liegt zwar in meiner Heimat Deutschland, gleichzeitig aber ist mir diese Heimat fremd und ich weiß gar

nicht, wie die Menschen dort leben und ticken. Somit war es für mich eine Chance, durch diese Inszenierung Teile meines Landes kennenzulernen. Deshalb habe ich für die Arbeit diesen Titel gewählt.

Manche Politiker könnten von Ihnen einiges lernen: Sie können zuhören. Sie schaffen es, bei Pfeffi und Hackbraten die Herzen der Menschen zu erobern, die sie besuchen, und sie sprechen auch noch die Sprache des Volkes. Wo haben Sie das gelernt?

Ich habe mich schon immer für andere Menschen interessiert. Ich glaube, die Leute merken es ziemlich schnell, ob jemand einen ankohlt oder nicht. Ich brenne darauf, andere Menschen kennen zu lernen, finde es wahnsinnig spannend, ihre Lebensgeschichte zu erfahren, habe auch einen großen Respekt davor, wie viele Menschen ihren Lebensalltag meistern. Ich vertraue gern anderen Menschen und genau so wenig ich möchte, dass mein Vertrauen missbraucht wird, so wenig habe ich ein Interesse daran, das Vertrauen, das mir entgegen gebracht wird, zu missbrauchen.

Wenn man so viel Vertrauen entgegen gebracht bekommt, kann das aber auch gefährlich werden, wenn Personen vielleicht zu viel von sich auf der Bühne

preisgeben.

Oft bremse ich Teilnehmer meiner Projekte, besonders Jugendliche. Zu ihrer eigenen Sicherheit. Ich sage ihnen: Denke daran, ich fahre irgendwann wieder weg. Du aber musst dann hier mit Deiner Aussage leben. Es geht darum, die Menschen durch das Erzählen ihrer Geschichte in ihrem Lebensweg zu unterstützen und nicht ihre Geschichten für einen spannenden Theaterabend auszunutzen. Ihr geschützter Raum in unseren Projekten steht für mich über allem.

Sachsen-Bashing ist en vogue. Sie reden auch mit AfD-Wählern. Wie erleben Sie die Sachsen?

Auch wenn man politisch meilenweit auseinander liegt, kann man sich menschlich sehr gut verstehen. Das hat mich sehr beeindruckt. Auffallend ist hier für mich besonders die ungespielte Hilfsbereitschaft. Oft erlebt man gerade in der Theater- und Kunstszene das glatte Gegenteil, da ist viel Berechnung im Spiel. Aber bei den Menschen in Sachsen, die ich kennen gelernt habe, habe ich sowohl mir gegenüber als auch untereinander eine ehrliche Hilfsbereitschaft erlebt. Man sagt auch in Hagenwerder: „Wir sind Kumpels wie Sau!“ Da ist was dran. Sicher: Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenhass ist für die Zukunft Sachsens entscheidend – aber es gibt eben diese ganz andere Seite hier zu beobachten: Die große Hilfsbereitschaft der Menschen, die viele hier auf die DDR-Vergangenheit zurückführen. Ich bin mir sicher: Darin liegt die Lösung vieler Probleme.

Was kann man noch tun für ein besseres Miteinander?

Unsere Gesellschaft wird – und dazu gibt es keine Alternative – bunter. Menschen aus vielen Ländern dieser Erde kommen zu uns. Wir müssen ins Gespräch kommen, andernfalls werden wir in Unverständnis oder vielleicht auch Aggression ersticken. Ich bin in einer multikulturellen Gesellschaft aufgewachsen und der Meinung, dass das etwas sehr Schönes ist. Man muss nur den richtigen Draht zueinander zu finden. Ich wünsche Sachsen sehr, dass die Menschen hier – mit ihren durch die Wende oft so schwierigen Schicksalen – und die Zugewanderten, die möglicherweise ähnlich komplizierte Lebenserfahrungen gemacht haben, in Zukunft eine gewisse Nähe in den Erfahrungswelten entdecken können. Die einen haben ihr Land verlassen, anderen ist – obwohl sie am Ort geblieben sind – ihr Land abhandengekommen. Wenn man sich dessen stärker bewusst wird, könnte dies der Ansatz sein, um starke Gemeinschaften zu bilden, die wir brauchen.

Sie machen hier auch Filme, die Sie wann und wo zeigen werden?

Mein Film über Sachsen ist in Zusammenarbeit mit der Berliner Filmproduktionsfirma Boehkamp & Kriegenheim GmbH in Arbeit und ich werde mich mit ihm wieder bei guten Festivals bewerben. In jedem Fall werde ich damit durch Sachsen touren. Das kann 2020 sein oder aber erst 2021 werden.

Volksantrags-Sammlung fast am Ziel

Die Unterschriftensammlung des Bündnisses „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger gemeinsam Lernen“ für den Volksantrag steht kurz vor dem Abschluss. Inzwischen liegen reichlich 37.000 bestätigte Unterschriften vor, was etwa 93 Prozent entspricht – das Ziel 40.000 ist greifbar. Das Bündnis geht derzeit davon aus, dass jene Listen, die noch im Bestätigungsverfahren beziehungsweise im Umlauf sind, die Sammlung knapp ans Ziel heranbringen werden. Eines muss allerdings beachtet werden: Da Landtagspräsident Matthias Röbler (CDU) bzw. die Landtagsverwaltung die eingereichten Listen erneut auf Gültigkeit überprüfen werden, ist ein gewisser „Puffer“ notwendig. Die Sammlung ist also erst auf der sicheren Seite, wenn es zu den 40.000 geforderten noch genug zusätzliche Unterschriften gibt, falls von den Kommunen bestätigte Unterschriften nicht anerkannt werden sollten.

Damit ein realistisches Bild entstehen kann, ist es sehr wichtig, dass ausgefüllte Listen nun schnellstmöglich zurück zum Bündnis gelangen. Die Landtagsabgeordneten der LINKEN nehmen sie gern mit in die Fraktion, um sie mir zu übergeben. Listen können natürlich auch gern per Post zu meinen Händen geschickt werden – an die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden.

Die Übergabe an den Landtagspräsidenten hat das Bündnis für Juli vorgesehen; vorher werden noch einige Wochen benötigt, um die Listen aufzubereiten. Keine Frage: Der Wahlkampf schlaucht und die Sammlung zieht sich schon viel länger hin als ursprünglich geplant war. Trotzdem bedarf es einer letzten Anstrengung

– jede Unterschrift zählt. Denn die harte Arbeit der letzten Monate kann sich erst auszahlen, wenn das Ziel erreicht ist.

DIE LINKE hat einen sehr großen Teil der Unterschriften beigesteuert, was dem unermüdlichen Einsatz vieler Genossinnen und Genossen zu

verdanken ist. Euch gebühren dafür großer Respekt und tiefe Dankbarkeit! Wir bitten euch, nun ein letztes Mal einzusammeln, was euch möglich ist. Aktionen können unter www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de/aktionen registriert werden.

• Kevin Reißig



Es kann der Frömmste nicht in Frieden bleiben ...

Es ist Wilhelm Tell, zum Mord an Gessler bereit, der in Schillers Drama dem friedfertigen Stüssi in dessen Feierlaune eben diesen Satz entgegenhält und ihm mit seiner Warnung, „wenn es dem bösen Nachbarn nicht gefällt“, erst den misstrauischen Sinn gibt. Die Sehnsucht beider sprach zuvor der Stüssi aus: „Ja, wohl dem, der sein Feld bestellt in Ruh, und ungekränkt daheim sitzt bei den Seinen.“ Udo Jürgens konnte sich das wohl vorstellen, wusste aber von einer Realität, die dem Tell recht gab und nicht dem Stüssi: 1974 besang er nach einem Text von Michael Kunze ein „ehrenwertes Haus“, in dem er am Ende nach dem Willen der anderen Bewohner nicht mehr wohnen sollte und schließlich auch nicht mehr wollte. Das Haus war voller Lügen und Intrigen; „ehrenwert“ nur nach außen. Drinnen lebten Gewalt, mehr Hundeliebe als Kinderliebe, Rassismus und Sexismus, Denunziation und Despotismus, Heuchelei. Liebe war nur mit der Versicherungspolice Trauschein gestattet. Eine bittere Abrechnung mit der Kleinbürgerlichkeit der Gesellschaft bis in ihre Spitzen. Roland Kaiser amüsierte sich auf seine Art

über ein solches Haus: „Es kann der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn ihm die schöne Nachbarin gefällt ... Ich bin versucht, der Versuchung nachzugeben, wenn nebenan die Sünde wohnt.“ Eindringen in die Gefilde anderer, es ist so alltäglich, und es ist auch im Leben der Völker nebeneinander nicht anders. Das war immer so. Musste das wirklich immer so bleiben? Michail Gorbatschow war es, der damit Schluss machen wollte. Am 10. April 1987 verkündete er deshalb in Prag zum ersten Mal seine Vision eines friedlichen, ungeteilten Europa, verpackt in die Metapher vom „gemeinsamen Haus Europa“. Die Idee des sowjetischen Staatsmannes weckte 43 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg „Hoffnung auf Entspannung, Frieden und Überwindung der machtpolitischen Blöcke.“ Ich zitiere Rolf Bachem und Kathleen Battke, die über diese Metapher und ihre Wirkung in der Zeitschrift MUTTERSPRACHE, Heft 3/1989 auf den Seiten 110 bis 126 nachdachten. Nach beiden ließ die Metapher offen, welches Haus denn gemeint sein könnte oder zustande kommen würde. Sollten es vorgefertigte, langwei-

lig normierte und normierende Wohnblocks sein oder bequeme, weltweite holländische Landhäuser, mit großen Fenstern, ohne Vorhänge. Vielleicht würden es auch nur britische Reihenhäuser, immerhin gleich für alle einerseits und geeignet, sich nach eigenen Vorstellungen einzurichten, anderer-



seits. Wir hatten die Chance. Heute – 32 Jahre später – können wir über ihre Nutzung abrechnen. Nun, erst glaubte man, die Wohnung der Gorbatschows ausräubern zu können. Ein Trinker hatte sich dort eingenistet. Das kam gelegen. Als dem ein Riegel vorgeschoben wurde, begann die neue Feindschaft. Man verbündete sich gegen den „bösen Nachbar“. Einig war man sich im „ehrenwerten Haus“, die müssen raus. So etwas ist freilich ansteckend. Die mit den großen und gut eingerichteten Wohnungen machten den Kleinen

Angst, holten sich mit Drohungen und Versprechungen, was sie brauchten. Das Misstrauen zwischen allen wuchs. In jeder Wohnung gab es welche, die die Türen verrammeln wollten. Zerstritten ist die Hausgemeinschaft. Einige versuchten sogar mit dem „bösen Nachbarn“ heimlich zu paktieren. Der gemeinsame Hausname gilt nicht mehr. Gastfreundschaft ist zu einem Fremdwort geworden. Alles nur mehr zynische Reminiszenzen. Die Macht der Mächtigen wird wohl sesshaft bleiben wollen. Egoismen werden sich jedoch aufbauschen, anbiedern und sich um der Macht der Mächtigen willen gegeneinander hetzen lassen. Das Haus steht da. Das Haus ist in Gefahr. Viele rütteln an seinen Grundfesten. Der Stüssi greift zu kurz. Der Stüssi ist ein Feigling. Wer möglichst nur sein Feld bestellen will und meint, dann könne er ungekränkt daheim sitzen bei den Seinen, der irrt. Solche überhören, wie die Axt an ihre eigene Tür gesetzt und die Wohnung in Gefahr gebracht wird. Mir geht es wie dem Tell mit Gessler: „Ich lebte still und harmlos ... Du hast aus meinem Frieden mich heraus geschreckt ... Die Milch der frommen Denkart mir verwandelt.“ Dagegen komme ich nicht alleine an. Es ist Enteignen angesagt. Das Haus als Ganzes ist von anderen in Besitz zu nehmen, die Türen sind zu öffnen und Frieden ist zu schließen unter Nachbarn, so dass das Haus endlich allen Nutzen bringt.

Ausnahmekünstler und kluger politischer Kopf

Nachruf von *Volker Külöw* auf den großen Satiriker Wiglaf Droste (1961-2019)

Meine wunderbare Freundschaft mit dem ein Jahr jüngeren Wiglaf begann im politisch desaströsen Winter 1989/1990 auf den ersten Blick. Als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe) und ehrenamtlicher Parteifunktionär an der Karl-Marx-Universität Leipzig wirkte ich damals an der undankbaren Aufgabe mit, aus der vormaligen Staatspartei nunmehr in Gestalt der PDS etwas Zukunftsfähiges zu formen. Bei dieser Umwandlung fielen naturgemäß zahlreiche SED-Devotionalien an, um deren Entsorgung es mir ehrlich leid tat. Kurzerhand karrierte ich sie zusammen mit einem Freund in die Redaktion der „Titanic“ nach Frankfurt/Main. Hier wurden wir von Wiglaf und seinen Mitstreitern mit großem Hallo empfangen und die als Kult angesehene Ladung wurde unter die begierige Leserschaft verteilt. Ab dieser Guerillaaktion funkten wir fast drei Jahrzehnte auf einer Wellenlänge und ich freute mich wie ein Schneekönig, als er eines seiner frühen Bücher für „Freund Rotbart bzw. Barbar Ross-haar“ signierte.

Wenig später schleuste ich Wiglaf über den seinerzeitigen ND-Wissenschaftsredakteur Holger Becker – ihm widmete er 1993 sein Buch „Am Arsch die Räuber“ – ins einstmalige

Zentralorgan. Im Wechsel mit Mathias Wedel verfasste er die von der PDS-Obrigkeit sehr scheel betrachtete Wochenkolumne „Schlachtenbummler“, die später mit Holger zur „Jungen Welt“ weiter wanderte und dort bis 1999 erschien.

Ungefähr zu dieser Zeit begann auch die deutsch-deutsche Satirikerfreundschaft mit meinem Papa, der wie Wiglaf ebenfalls aus Westfa-

len stammte. Hier suchten und fanden sich zwei „sentimentale Eichen“ (Heinrich Heine), die bis zum Tod von Edgar Külöw im September 2012 vornehmlich im legendären Format „Jazz Lyrik Prosa“ gern gemeinsam auf der Bühne standen.

Ich wurde gewissermaßen der „Auftrittserbe“, denn wie schon 2009 unterstützte mich der Wahlleipziger auch im sächsischen Landtagswahl-

kampf 2014. Zusammen mit dem feinsinnigen Sänger und Liedschreiber Ralph Schüller trat Wiglaf in der stark sanierungsbedürftigen Philippuskirche unter dem wunderschönen Motto „Volker Külöw lädt mich ein und ich komme trotzdem“ auf. Den Mehrerlös dieses Abends stellten wir dem Filmprojekt „Der schwarze Nazi“ zur Verfügung, bei dem ein Mann aus Afrika die Rechten rechts überholt.

Ein Remake der Veranstaltung war für den Mai 2019 fest zugesichert, aber Wiglafs plötzlicher Tod verhinderte nicht nur diese Neuaufgabe, sondern leider auch viele andere Vorhaben.

Wiglaf war nicht nur ein Ausnahmekünstler in vielen Genres, sondern auch ein kluger politischer Kopf, der dialektisch dachte – wie sein Dichtervorbild Peter Hacks. Viele Droste-Texte funkeln daher nicht nur sprachlich, sondern sind darüber hinaus glänzende zeitgeschichtliche Analysen, die eine Zier für jedes politikwissenschaftliche Seminar wären, wenn dieses Fachgebiet in unserem Land nicht schon längst zur „bezahlten Klopfchtereier“ (Karl Marx) herabgesunken wäre.

Lieber Wiglaf, wir tragen die Fackel weiter!



Wiglaf Droste (rechts) bei der Probe zu seinem letzten Auftritt, 11. April 2019, Tiergartenrestaurant Waldschänke Nürnberg, zusammen mit dem Sänger, Poeten und Maler Ralph Schüller (Leipzig), Foto: Jana Hagen.

Mindestens 177,04 Euro für die Krankenversicherung – auch ohne oder mit winzigem Einkommen?!

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper über realitätsferne Versicherungsbeiträge, die auch Solo-Selbstständige treffen

Dass es im reichen Deutschland Menschen gibt, die kein Dach über dem Kopf haben, ist an sich schon nicht hinnehmbar. Wenn diese Menschen, die sich keine regelmäßigen Mahlzeiten, geschweige denn eine Wohnung leisten können, dann auch noch über 150 Euro im Monat für die gesetzliche Krankenversicherung zahlen müssen, ist das ein Skandal.

Genau genommen sind es sogar mindestens 177,04 Euro pro Monat, die anfallen, wenn Menschen ohne festen Wohnsitz aus dem Leistungsbezug ausscheiden. Dann meldet das Jobcenter die Betroffenen bei der Krankenkasse ab, so dass sich diese unfreiwillig „freiwillig gesetzlich“ versichern müssen. Aus welchen Gründen auch immer wird dann davon ausgegangen, dass sie 1.038,33 Euro pro Monat verdienen und einen Beitrag zur Krankenversicherung in Höhe von 145,37 Euro und einen Pflegeversicherungsbeitrag in Höhe von 31,67 Euro zahlen können.

Das hat mit der Realität wenig zu tun. Nur scheint das keinen zu interessieren. Menschen, die von Wohnungsnot betroffen sind, sehen sich plötzlich Forderungen gegenüber, die sie unmöglich begleichen können. Zahlen sie diese für zwei Monate nicht, kommt es zum Ruhen des Leistungsanspruchs. Die Krankenversicherung umfasst dann nur noch Leistungen für Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten nach den §§ 25 und 26 SGB V und Leistungen, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände sowie bei Schwangerschaft und Mutterschaft erforderlich sind.

Ein Sozialstaat, der mit seinen ärmsten Mitmenschen derart umgeht, hat diesen Namen nicht verdient. Der Irrsinn mit der freiwillig gesetzlichen Krankenversicherung mit Fantasiebeiträgen muss ein Ende haben. Nicht nur zum Wohle der Wohnungslosen, sondern auch zum Wohle vieler Solo-Selbstständiger, die nicht privat krankenversichert

sind und nicht annähernd 1.000 Euro im Monat verdienen.

Die Beitragsbemessung bei 177,04 Euro setzt voraus, dass sich Betroffene rechtzeitig bei der Krankenversicherung melden und der Krankenkasse die Höhe ihrer Einnahmen mittels Nachweisen bestätigen. Selbst wenn diese unter 1.038,33 Euro monatlich liegen.

Kommt er dieser Mitwirkungspflicht nicht nach, werden die Beiträge nach der Beitragsbemessungsgrenze von 4.537,50 Euro errechnet und es ergibt sich ein monatlicher Beitrag in Höhe von 812,22 Euro für Kranken- und Pflegeversicherung. Es ist schlicht absurd, wenn Wohnungslosen derartige finanzielle Belastungen drohen und sie auch dadurch weiter in ihrem Teufelskreis gefangen bleiben.

Bei der AOK PLUS waren zum 31. Januar 2019 139 Wohnungslose versichert. Von ihnen hatten 71 Versicherte Beitragsschulden, die sich auf durchschnittlich 5.738,26 Euro beliefen. 38 Betroffene erhielten Leistungen nach SGB II. Das zeigt, dass es sich bei dem Fall, welcher mir von einem Wohnungslosen aus Leipzig geschildert wurde, nicht um Einzelfälle handelt. Jeder ist einer zu viel. In einem Sozialstaat muss man sich darauf verlassen können, dass einem von diesem immer geholfen wird.



Ein berührender Abend, dieser 45. Jour fixe im Mai im Leipziger Kulturlokal „Horns Erben“. Selten in der fünfjährigen Geschichte des Gesprächskreises gingen inhaltliches Anliegen und formales Ambiente so in eins wie hier, da Willi Beitz seine Lesart von Yuri Slezkines aufwühlend-dramatischem Mammutwerk „Das Haus der Regierung“ von spärlich erleuchteter Bühne in das Halbdunkel des morbiden Charms verströmenden Theatersaales hinein erzählte. Antonia Opitz hatte das Auditorium in einer fulminanten Anmoderation kritisch auf Anspruch und Grenzen des 1.300 Seiten gewichtigen Buches über das Riesengebäude an der Moskwa und seine so verschiedenartigen Bewohner eingestimmt, das seinen Autor, den russisch-amerikanischen Ethnologen und Historiker Slezkine im Herbst 2018 in die Beletage auch des deutschen Feuilletons katapultiert hatte.

So konnte Beitz auf analytisch-ideengeschichtliche Interpretationen, wie sie Schlögel, Koenen, Dath und andere bereits geliefert haben, weitgehend verzichten und sich seinen persönlichen Beziehungen widmen, die ihn als Literaturwissenschaftler seit Jahrzehnten mit dem Stoff verbinden, dem Juri Trifonow, einer seiner „Herzensschaffsteller“, bereits 1976 preisgekrönte literarische Gestalt verliehen hatte. Der Jour-fixe-Nestor (88) tat das in sympathisch nachdenklicher Rede, sich immer wieder an Zeiten, Orte und Personen erinnernd, die bei Slezkine und Trifonow dokumentiert sind und die er selbst durch- und erlebt hat. Originalität, ja Singularität sprach Beitz Slezkines Epos zu, weil der Autor das Le-

Magische Momente

Jour fixe erkundet Moskauer Geschichte(n).
Von *Wulf Skaun*



ben verschiedener Generationen seit Beginn des 19. Jahrhunderts, ihre aufreißerisch-revolutionären und ganz alltäglichen Ideen in der russischen und sowjetischen Gesellschaft anhand Hundert Biografien nachgezeichnet hat.

Da war er sich mit dem Historiker Karl Schlögel einig, Slezkine habe das „Bild eines soziokulturellen Biotops“ entworfen. Solcherart Erschließung von Erfahrungs- und Aktionsraum habe es bisher in der russisch-sowjetischen Geschichtsschreibung nicht gegeben. Slezkines ideelles Deutungsmuster einer millenaristischen Endzeit- und Erlösungsvorstellung der Bolschewiki jedoch, die die „alte Garde“ bei ihrem Untergang nicht an die junge Generation weiterzugeben vermochte, könne man getrost beiseitelassen. Berührende und persönliche Worte fand Beitz für Trifonow, einen der Klassiker der sowjetischen Literatur und unübertroffenen Chronisten des Moskauer Alltags. Dessen Powest „Das Haus an der Uferstraße“ würdigte auch Slezkine als Epochenroman. Dass und, wie Beitz berichtete, warum sein 1977 verfasstes Nachwort für Trifonows Werk nie erschien und wie der Autor darauf reagierte, bescherte dem Publikum ein einzigartiges Rezeptionserlebnis.

Zum Gelingen des Abends trug Hartmut Kästners Vortrag über die gegenwärtige

russländische Geschichtspolitik bei. Antonia Opitz hatte den Osteuropa-Historiker als überaus kompetenten Fachmann vorgestellt. Dieses Etikett rechtfertigte Kästner mit einem Sachbeitrag, der eigene Positionen mit einer kommentierenden Rezension der wissenschaftlichen Publikation Philipp Bürgers verband: „Geschichte im Dienst für das Vaterland. Traditionen und Ziele der russländischen Geschichtspolitik seit 2000“. Übereinstimmende Erkenntnis: Die russische Führung unter Putin hat Geschichtspolitik zum Herrschaftsinstrument gemacht, „um den unschätzbaren Besitz der Vergangenheit in die Gegenwart zu überführen“. Der Tag Russlands, von Putin am 12. Juni 2012 als Nationalfeiertag eingeführt, trage diesem Gedanken ebenso Rechnung wie der arbeitsfreie 4. November, der als Tag der Einheit des Volkes den 7. November verdrängte. Die gegenwärtige russländische Erinnerungspolitik setze verstärkt auf Patriotismus, theoretisch untermauert durch Anleihen aus dem national-konservativen und eurasischen Spektrum und angereichert durch die Betonung des christlichen Glaubens. Bürgers Buch, so Kästner, biete mit seiner Faktensammlung beste Voraussetzungen, die Politik des heutigen Russland zu verstehen.

Nach angeregter Diskussion entließ Antonia Opitz das Publikum, nicht ohne ihm die Trifonow-Sentenz mit auf den Nachhauseweg zu geben, dass Geschichte immer wieder neu geschrieben, historische Ereignisse von einer neuen Generation neu gewertet würden. Das hätte auch das Motto dieses Jour-fixe-Abends sein können.

Ein Sommer der Solidarität

In den letzten Jahren hat sich der Diskurs nach rechts verschoben. Was gestern noch als unsagbar galt, wird offen ausgesprochen. Angesichts dieses Klimas kann die Bedeutung der Landtagswahlen im Osten nicht hoch genug eingeschätzt werden. Vor allem in Sachsen könnte der rechtskonservative Landesverband der CDU eine Koalition mit der völkischen AfD eingehen. Linke Projekte stünden vor akuter Bedrohung oder dem Aus. Schon jetzt steht die Zivilgesellschaft vor großen Herausforderungen: Polizeigesetze werden verschärft, wähl Bildung, der Sozialstaat und der Kampf gegen die Klimakrise vernachlässigt werden. Jahrzehntlang hat die CDU die Gesellschaft gespalten, faschistische Kräfte verharmlost, Kritiker*innen als „Extremisten“ diffamiert.

Doch das muss nicht so bleiben! Spätestens seit dem Herbst der Solidarität und der großen #unteilbar-Demonstration in Berlin ist deutlich geworden, dass hunderttausende Menschen rechte Entwicklungen nicht unkommentiert lassen. So gelang es in den letzten Monaten, den Diskurs Schritt für Schritt wieder nach links zu verschieben. Die „Seebrücke“ findet sich nicht damit ab, dass Flüchtlinge ertrinken, Schülerinnen und Schü-

ler fordern mit „Fridays for Future“ mutigen Klimaschutz ein und ausgelöst durch die Demos gegen den Mietensinn wird über die Enteignung der Immobilienkonzerne diskutiert.

Diesen Aufbruch wollen #unteilbar und #WannWennNichtJetzt im Sommer in Sachsen fortschreiben. Wir wollen uns nicht nur an der AfD abarbeiten, sondern eigene Schwerpunkte setzen. Es geht darum, Visionen zu erarbeiten – von einer Gesellschaft, die das Klima rettet und Menschen nicht im Mittelmeer ertrinken lässt;

einer Gesellschaft, die alle vor Armut schützt und in der rechte Netzwerke keine Chance haben. Sozialstaat und Migration dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden – soziale Kämpfe, Antirassismus, Feminismus und der Kampf um Klimagerechtigkeit gehören zusammen!

#unteilbar will mit zwei großen Demos in Leipzig (6. Juli) und Dresden (24. August) Zeichen setzen. Bei #WannWennNichtJetzt vernetzen sich Gruppen, die seit Jahren für eine solidarische Gesellschaft aktiv sind.

Deshalb wird die Kampagne neben fünf Veranstaltungen in Kleinstädten – Zwickau (20. Juli), Bautzen (27. Juli), Annaberg-Buchholz (3. August), Plauen (10. August) und Grimma (30./31. August) –, auch in vier Orten in Brandenburg und Thüringen präsent sein. Organisiert wird das Projekt vor allem von den Aktivist*innen vor Ort, die Unterstützung von Gruppen aus bundesdeutschen Großstädten bekommen. Bei den Veranstaltungen wird es auf den Marktplätzen über den ganzen Tag verteilt Workshops, Lesungen und Podiumsdiskussionen geben, bevor am Abend lokale und überregionale Bands Konzerte spielen.

DIE LINKE sollte an der Seite der zahlreichen Aktiven stehen. Der Landesvorstand hat bereits zugesichert, #unteilbar zu unterstützen. Genoss*innen planen eine Telefonaktion, um Neumitglieder in die Mobilisierung einzubeziehen. Machen wir diesen Sommer gemeinsam zu einem Sommer der Solidarität!

• Bruno Rössel, Maximilian Becker (Foto)

wannwennnichtjetzt.org, unteilbar.org
Unterstützt mit einer Spende: www.visionbakery.com/wannwennnichtjetzt

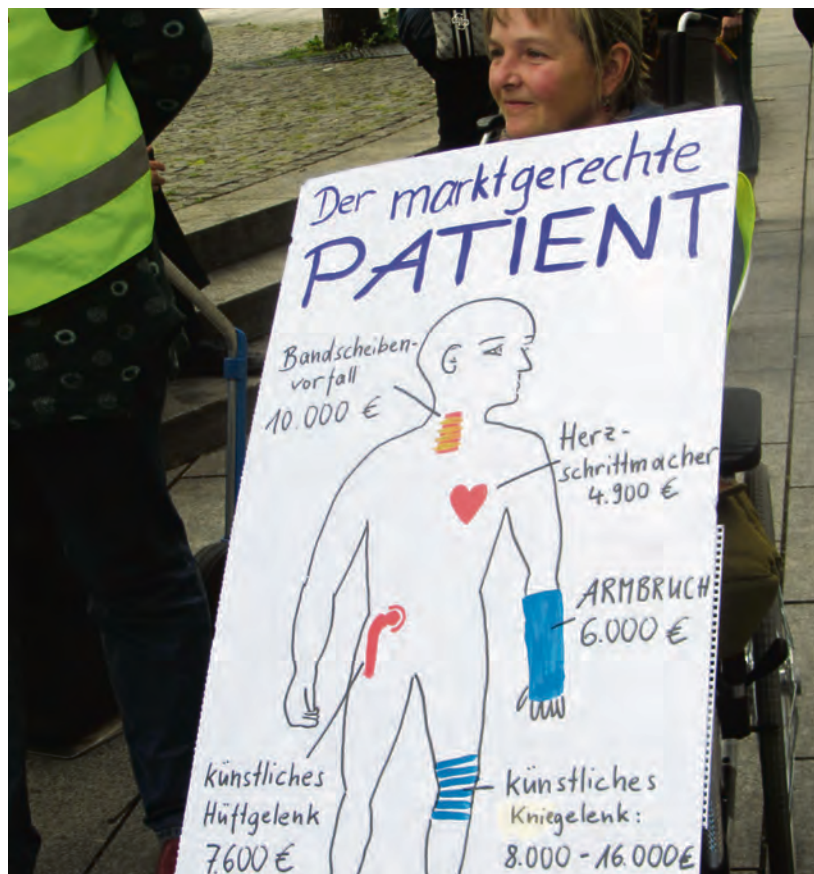


Tag der Pflege auch in Dresden

Ralf Richter hat sich bei der Demo umgeschaut

Auch in Dresden demonstrierten am 12. Mai, dem Internationalen Tag der Pflege, zahlreiche Pflegekräfte und Gewerkschafter aus den Krankenhäusern gegen den Pflegenotstand. Sie forderten insbesondere die Abschaffung der Fallpauschale. Ganz klassisch mit der Gitarre begleitet wurde nach dem Prinzen-Lied „So viel Spaß für wenig Geld“ gesungen: „Er ist Minister und heißt Spahn, er lächelt viel und zeigt Elan, vor Kameras hat er gut Lachen, er muss ja nicht die Arbeit machen! Allein für sechzig in der Nacht, so was hat er noch nie gemacht, hat viel versprochen und wenig gehalten, so einen woll'n wir nicht behalten.“

In der Nachrichtensendung MDR aktuell wurden die Hauptforderungen der Demonstranten – insbesondere weg vom Profitstreben und hin zu einer Gesundheitsversorgung, die sich am Wohl des Patienten orientiert – mit keiner Silbe erwähnt. Ein kleiner Zwischenfall ereignete sich, als ein AfD-Vertreter versuchte, an der Demo teilzunehmen. Ein Demo-Sprecher wies darauf hin, dass es die AfD ist, die weitere Privatisierungen im Gesund-



heitswesen fordert und damit das bestehende Problem mit ihrer Politik verschärfe. Per Lautsprecher wurde der Partei eine klare Abfuhr erteilt: „AfD verpisst Euch – keiner vermisst Euch!“

Schwerwiegendere Probleme, die auf Konflikte zwischen Basis und Funktionären bei ver.di hindeuten, wurden am Endpunkt der Demo am Dresdner Hauptbahnhof deutlich: Dort forderte ein hauptamtlicher ver.di-Funktionär zwar ebenfalls die Abschaffung der Fallpauschale, im gleichen Atemzug schwächte er die Forderung aber ab und verlangte alternativ „oder Veränderungen an der Fallpauschale“. Das ist ein Affront gegen die klare Forderung der demonstrierenden Basis. Das Fallpauschalensystem, das der Ökonomisierung und Profitorientierung des Gesundheitswesens Tür und Tor öffnete, war von der rot-grünen Schröder-Fischer-Regierung eingeführt worden, nicht zuletzt mit Unterstützung von Teilen der Gewerkschaftsfunktionäre. Der ver.di-Funktionärsauftritt in Dresden zeigte erneut, dass die Gewerkschaften in dieser wesentlichen Frage auch 2019 noch gespalten sind.

Teuer und kaum wirksam: Pflegekammern

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist die Einführung einer Kammer für Pflegefachkräfte in Sachsen nicht geplant. Es ist aber wichtig, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen und vor einer eventuellen Einführung das Pro und Kontra diskutieren. In die Diskussion und Positionsfindung sollten unbedingt die Erfahrungen der Pflegefachkräfte und der Gewerkschaft ver.di sowie der Bundesländer, welche eine Pflegekammer beschlossen haben, eingebunden und berücksichtigt werden.

In mehreren Bundesländern, etwa in Niedersachsen, wurde eine Pflegekammer eingeführt. Gerade in Niedersachsen gab es keinen demokratischen Meinungsbildungsprozess. Nur ein geringer Teil der Pflegekräfte wurde befragt und eine öffentliche Diskussion über das Pro und Kontra einer Pflegekammer gab es nicht. In Sachsen gibt es schon mehrere Berufsverbände und Berufsordnungen mit ähnlichem Aufgabenfeld wie eine Pflegekammer.

Die Pflegekammern wollen auch mit Berufsordnungen und Überwachung der Berufspflichten vor unsachgemäßer Pflege schützen. Verstöße sollen sanktioniert werden. In Sachsen gibt es seit 2012 eine Berufsordnung, in welcher steht: „Pflegefachkräfte sind verpflichtet, ihren Beruf entsprechend dem allgemein anerkannten

Stand pflegewissenschaftlicher, medizinischer und weiterer bezugswissenschaftlicher Erkenntnisse auszuüben.“ Dies ist ein richtiges Ziel. Aber wie soll das gehen, wenn Pflegefachkräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen arbeiten, in denen es hinten und vorne an Personal fehlt? Eine Berufsordnung verpflichtet die Pflegefachkräfte, ohne ihnen Mittel und Kompetenzen an die Hand zu geben, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen oder zu ändern. Sie erhöht damit den Druck auf die Pflegekräfte, statt sie zu entlasten. Die Verantwortung für die Verbesserung der Bedingungen in der Pflege tragen die Arbeitgeber und die Politik.

Trotz eines Vorhandenseins von Pflegekammern und Berufsordnungen hat sich die Situation der Pflegefachkräfte, wie die schlechte Bezahlung und die zu geringe Personalstärke in den Krankenhäusern und Altenpflegeheimen sowie in der ambulanten Pflege, nicht grundsätzlich geändert. Die Regelung der Arbeitszeiten und die Arbeitsbedingungen sowie die Personalausstattung sind miserabel. Nach meiner Auffassung kann eine Pflegekammer dies nicht ändern. Eine Pflegekammer übernimmt keine tarifpolitischen Aufgaben. Das erfolgt im Rahmen der Tarifautonomie durch Gewerkschaften, als Interessenvertretung der Beschäftigten und Arbeitgeber, welche durch ihre Ver-

bände vertreten werden, sowie dem Gesetzgeber, wenn es um Mindestlöhne geht. Im Weiteren übernimmt die Pflegekammer nicht die Aufgaben der Krankenhaus- und Heimaufsicht, des Medizinischen Dienstes der Krankenkasse (MDK) oder des Pflege-TÜVs. Auch kann sie keine Bedingungen für die Freistellung zu Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen verbindlich regeln.

Eine Pflegekammer übernimmt keine tarifpolitischen Aufgaben. Sie kann also relativ wenig verändern – und setzt dennoch auf Zwangsmitgliedschaft und Pflichtbeitrag

Besonders umstritten sind die Zwangsmitgliedschaft sowie der Pflichtbeitrag der Pflegekräfte in der Kammer. Alle Pflegekräfte müssen diesen auf der Grundlage eines Durchschnittsverdienstes zahlen, auch wenn ihr Verdienst eigentlich niedriger ist. Auch die Weiterbildung und Qualifizie-

rung der Pflegekräfte liegen bereits in der Verantwortung der Arbeitgeber. Meine Erfahrung aus meiner Tätigkeit im sozialen Bereich in Pflegeheimen besagt, dass von der Arbeitgeberseite vielfältige Weiterbildung und Qualifizierung angeboten werden. In die Auswahl der Weiterbildungsthemen wurde das Personal einbezogen. Nach meinen Kenntnissen sind Weiterbildung und Qualifizierung Bestandteil des Qualitätsmanagements in den Pflegeeinrichtungen und werden auch in die Bewertung durch den MDK einbezogen.

Ich kann nur unterstreichen, was Dorit Hollasky, Sprecherin ver.di Betriebsgruppe und Personalratsmitglied im Städtischen Klinikum Dresden, sagt: „Gute Pflege kann aber nur ganzheitlich erfolgen, in Zusammenarbeit mit Pflegehilfskräften und anderen Berufsgruppen. Verbesserungen können auch deshalb nur erreicht werden, wenn sich die verschiedenen Berufsgruppen solidarisch dafür einsetzen, nicht indem jede Gruppe für sich kämpft. Wir brauchen keine Endsolidarisierung zwischen den einzelnen Berufsgruppen“. Die Wirkung der Pflegekammer ist für die angestellten Pflegekräfte sehr gering, und sie kostet viel Geld.

• Thomas Michaelis, Landessprecher AG betrieb&gewerkschaft, DIE LINKE Sachsen

Die Normandie hat viele Gesichter. Für Gourmets ist sie das Land der drei großen „C“ – des Cidre, des Calvados und des Camembert. Kunstliebhaber werden sich von Monet, Degas, Cézanne angezogen fühlen. Wer sich mehr für Historisches interessiert, hat ebenfalls die Qual der Wahl. Ob Wilhelm der Eroberer, entdeckungshungrige Seefahrer, die Jungfrau von Orleans oder der D-Day – jedes für sich ist die Reise in den Norden Frankreichs wert, auch für mich. Doch zurück auf Anfang, als das Land an der Küste des Ärmelkanals Land der Normannen wurde.

Ein historischer Vertrag

Wikinger oder Nordmänner waren für ihre Raubzüge gefürchtet. Auf ihren Drachenbooten segelten sie sowohl die Flüsse hinauf bis nach Paris und Köln als auch ins Mittelmeer und über den Ozean. Sie raubten und zerstörten nicht nur. Sie knüpften Handelsbeziehungen, gründeten auf Sizilien ein Königtum. Leif Erikson, ein Wikinger, entdeckte Amerika 500 Jahre vor Kolumbus.

Auf einem ihrer Entdeckungszüge erlitten die Nordmänner 911 bei Chartre südwestlich von Paris eine Niederlage. In dieser für sie ungewohnten Situation bot der westfränkische König Karl III. dem Normannenführer Rollo das Land um Rouen als Lehen unter der Bedingung, dessen Verteidigung zu übernehmen. Rollo nahm an, ließ sich 912 taufen und wurde der erste Herzog der Normandie, die 1204 wieder an die französische Krone fiel. In diesen 200 Jahren dehnte sich das Herzogtum aus, entstanden Bauwerke, blühten Wirtschaft und Kultur. Den Glanzpunkt ihrer Herrschaft setzte Wilhelm, der Bastard oder der Eroberer, der die Engländer 1066 bei Hastings besiegte und sich zum englischen König krönen ließ. Ein Ereignis, das, auf gesticktem Wandteppich festgehalten, in Bayeux zu besichtigen und Weltkulturerbe ist.

Wo Jeanne d'Arc brannte

Mit den Engländern ist auch das Schicksal von Jeanne d'Arc, der Jungfrau von Orléans, verbunden. Jeanne oder Johanna (1412-1431), ein tief gläubiges Bauernmädchen aus Lothringen, hörte schon als Kind Stimmen. Diese gaben ihr den Auftrag, den Thronerben Karl VII. zur Krönung nach Reims zu geleiten und die französischen Truppen zum Sieg über Engländer und die mit ihnen verbündeten Burgunder zu führen. Es war die Zeit des Hundertjährigen Krieges (1337-1453) zwischen Frankreich und England, und die Engländer hatten große Teile Frankreichs besetzt und erstrebten die Krone. Johanna folgte den Stimmen, focht leidenschaftlich in der Schlacht bei Orleans, die zum Wendepunkt dieses Krieges wurde, und führte Karl VII. zur Krönung. Da sie weiterkämpfte, wurde sie von Burgundern gefangen genommen und unter Beihilfe des Bischofs Cauchon gegen 10.000 Goldtaler an die Engländer verkauft.

Ihr Schicksal entschied sich in Rouen, dieser wunderschönen Stadt der 1.000 Fachwerkhäuser und 100 Kirchen an der Seine. In der Rue du Gros Orloge steht der „Tour de Orloge“, der Uhren-



Das Museum „6. Juni 1944 – D Day“ in Arromanches. Fotos: Boldt.

Vor 75 Jahren: D Day

Impressionen aus der Normandie von
Gisela Boldt

turm, in dem Johanna der Prozess gemacht wurde. Das Urteil stand fest. Das 19jährige Mädchen, das nur an Gott und König glaubte, wurde am 30. Mai 1431 auf dem Alten Markt in Rouen auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Eine Tafel bezeichnet die Stelle. Der französische König rehabilitierte Johanna nach ihrem Tod, und die katholische Kirche sprach sie 1920 heilig. Heute ist Jeanne d'Arc neben Martin von Tours Nationalheilige Frankreichs.

Cidre oder Calvados

Dieses düstere Erlebnis lässt schnell hinter sich, wer Rouen Richtung Seine-Mündung verlässt und das freundliche Städtchen Honfleur besucht. Es kann, wie so vieles in der Normandie, seine normannische Vergangenheit nicht verleugnen. Nicht nur der Name verrät die frühe Normannensiedlung. Auch der Entdeckerdrang lag den Bewohnern wohl im Blut. Am Hafen erinnert eine Tafel an Samuel de Champlain, der in Kanada 1608 Quebec gründete. Nur wenige Kilometer westlich kann man die Calvados-Brennerei von Chris-

tian Drouin besuchen. In Fachwerkhäusern aus dem 17. Jahrhundert werden der Cidre, aber auch die edleren Gesoffe Pommeau und Calvados gebrannt. Ausgangsstoff sind kleine Äpfel alter Sorten, die weniger ertragreich, aber sehr geschmackvoll sind. Der Cidre, eine Art Apfelsaft, nahm schon im Mittelalter die zweite Stelle hinter dem Gerstenbier ein. Der 16-18-prozentige Pommeau besteht aus zwei Teilen Apfelsaft und einem Teil Calvados. Der Calvados hat es mit seinem 50-55 Prozent Alkohol in sich. Erstmals erwähnt wurde er im 16. Jahrhundert, als Gilles de Gouberville dieses „Eau de vie“, „Wasser des Lebens“ herstellte.

Der 6. Juni 1944

In Caen, der drittgrößten Stadt der Normandie und einstiger Residenz von Wilhelm, dem Eroberer, hatte unsere Reisegruppe leider wenig Zeit. Den Reiseteilnehmern war zur Auswahl gestellt: Entweder in Bayeux den berühmten Teppich sehen oder nach Arromanches an eine der Landungsstellen fahren. Für mich bot dieses „Entweder“



Betonteile im Meer – Überreste künstlicher Hafenanlagen.

Oder“ keine Alternative. Ich beschloss, auf das gemeinschaftliche Abendessen in Caen zu verzichten und mit einem Taxi privat die 40 Kilometer nach Arromanches zu fahren. Der Gruppe bot ich die Möglichkeit zum Mitfahren. Aber keiner der zu 90 Prozent aus den alten Bundesländern stammenden Herrschaften nahm an. Ein Taxiunternehmen in Caen ist auf Fahrten zu den Landungsstellen und Soldatenfriedhöfen spezialisiert. So war Alain, mein Fahrer, ein mit den Ereignissen der Juni-Tage 1944 sehr vertrauter Gesprächspartner.

Dann steht man am heute friedlichen Strand, wo Menschen einen Abendspaziergang machen oder einen Sprung ins Wasser wagen. Nur große Betonteile im Meer und Kriegsgerät an Land erinnern an die dramatischen Ereignisse.

Kanadische Alliierte hatten im August 1942 von Dieppe aus versucht, das besetzte Nordfrankreich zu befreien. Aber der Versuch scheiterte, mit großen Verlusten. Die Operation Overlord sollte die auch zur Entlastung der sowjetischen Streitkräfte notwendige zweite Front bringen. Für die Landung mit Truppen aus den USA, Kanada, Polen, Neuseeland, Frankreich und weiteren Staaten war ein 70 Kilometer langer Küstenbogen am Ärmelkanal vorgesehen. Eisenhower leitete die Operation, die wegen schlechten Wetters schon um 14 Tage verschoben werden musste. Dabei drängte die Zeit, denn das deutsche Heereskommando setzte in Eilmärschen die 2. SS-Panzer-Division „Das Reich“ aus dem Südwesten Frankreichs nach Norden in Marsch. Diese Elite-Einheit, die schon eine Blutspur durch Russland und die Ukraine gezogen hatte, sollte die Invasion verhindern helfen. Es ist der Resistance zu verdanken, dass sich ihr Marsch verzögerte, wofür am 10. Juni 1944 an den Bewohnern des französischen Oradoursur-Glane Vergeltung geübt wurde: Die Männer wurden erschossen, Frauen und Kinder in der Kirche verbrannt und der Ort dem Erdboden gleich gemacht.

Die Operation Overlord, an der 70.000 Schiffe, 11.000 Flugzeuge und an die eine Million Soldaten beteiligt waren, zählt zu einer der größten Landungsoperationen. Und zu einer mit großen Opfern auf beiden Seiten, auch bei der Zivilbevölkerung. Vor allem in Caen, um das zwei Monate gekämpft wurde. Ein Museum in Arromanches zeichnet die dramatischen Ereignisse nach. Für mich war es in den Abendstunden auch ein stilles Gedenken an die vielen jungen Menschen, die, auch ausgerüstet mit einer Broschüre über die Normandie und einer Handvoll französischem Geld, in einer stürmischen Nacht von 19 Häfen in Südengland ins Ungewisse fuhren. Viele in den Tod. Und da fragte mich am nächsten Tag eine Dame aus Mannheim, warum ich diese Fahrt gemacht habe. Ich war nicht schlagfertig genug sie zu fragen, warum sie es nicht getan habe.

Die Normandie hat viele Gesichter. Ich konnte einige Facetten ihrer wechselvollen Geschichte, ihrer reichen Kultur, der Traditionen und der Moderne kennenlernen.

Dem Spanienkämpfer zum 130.

Raimon Brete erinnert an Ludwig Renn (1889–1979), der eigentlich Arnold Friedrich Vieth von Golßenau hieß

Von den Faschisten angegriffen, legte er seinen Adelstitel ab, nannte sich nach dem Helden seines Erfolgsromans Ludwig Renn und schloss sich den Kommunisten an. Nach dem Eintritt in die KPD und den Roten Frontkämpferbund engagierte er sich auch als Sekretär im Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller und Herausgeber der kommunistischen Literaturzeitschriften Linkskurve und Aufbruch. Im Januar 1934 wurde Renn zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, die er im Zuchthaus Bautzen verbüßte.

Als Ende Oktober 1936 die XI. Internationale Brigade in Spanien gegründet wurde, übernahm Renn das Kommando des Bataillons Ernst Thälmann und ab Dezember 1936 als Stabschef – gemeinsam mit Kommandant Hans Kahle – die Führung der Brigade.

Nach der Niederlage der Republikaner in Spanien gelangte Renn über England und Amerika nach Mexiko ins Exil, wo er als Vorsitzender der Bewegung „Freies Deutschland“ tätig war.



Spanischer Bürgerkrieg, 1936. V. l. n. r.: Joris Ivens, Ernest Hemingway (mit Baskenmütze), Ludwig Renn (in Uniform)

1947 kehrte Renn nach Deutschland zurück, ließ sich in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nieder und wurde Mitglied der SED. Er war Direktor des Kulturwissenschaftlichen

Instituts und Professor an der Technischen Hochschule Dresden und wechselte später an die Humboldt-Universität zu Berlin. Renn war Mitglied des 1. Volksrates der SBZ.

Lyrisches

Mein Weg

*Im Regengussfluss
Gedanken klar*

Pflege

*Blumensträußchen bunt
Nie welke!*

• Janina Niemann-Rich

Wie im Horrormärchen

*Mietspieglein Mietspieglein
An der virtuellen Wand
Wo gibt's die hässlichste Erhöhung
Im ganzen Luxussanierungs-Land?*

Niederstrudelndes Einst

*Lautmalerisch
Fühlt sich Pazifist Sommer
Azurblaue Gesinnung
Weißwolkige Sanftheit
An einem Fluss unwohl:
An der Somme
In ihrem Namenssog
Finsterste Schlacht des Ersten
Weltkriegs*

• Jürgen Riedel

Vor 75 Jahren: Landung in der Normandie

In den frühen Morgenstunden des 6. Juni 1944 begann die lang erwartete Landung der Invasionstruppen – bestehend aus US-, britischen und kanadischen Verbänden – in der Normandie. Sie kam in diesem Gebiet für Hitler völlig überraschend. Unter dem Schutz von sechs Schlachtschiffen, 23 Kreuzern und 80 Zerstörern wurde mit Geleitzügen die Landungsoperation vollzogen. Die deutsche Kriegsmarine verfügte an diesem Abschnitt über drei Zerstörer, 36 Schnell- und 34 U-Boote und war außerstande, Verstärkungen einzusetzen.

Am östlichen Flügel des Invasionsgebietes landeten Fallschirmjäger der 6. Britischen Luftlandedivision, um Brückenköpfe zu errichten. Die Landungsoperation der westlichen Alliierten mit der Bezeichnung „Overlord“ war die größte ihrer Art in der Geschichte. Seit 1941/42 hatte die sowjetische Militär- und Staatsführung bei den USA und Großbritannien darauf gedrängt, gegen Hitlerdeutschland und seine Verbündeten eine zweite Front in Westeuropa zu eröffnen. An Nebenfronten kämpften westliche Streitkräfte in Nordafrika und später in Italien. Dort war am 4. Juni 1944 Rom von ihnen besetzt worden. Deutsche Städte lagen bei Tage und in der Nacht im Bombenhagel gewaltiger amerikanischer und britischer Luftangriffe.

Die USA und Großbritannien erfüllten ihre der Sowjetunion gegebene

Verpflichtung, eine zweite Front in Westeuropa zu errichten, zu einem Zeitpunkt, als der Ausgang des Weltkrieges bereits entschieden war. Die Wende in seinem Verlauf war mit der Stalingrader Schlacht, die Anfang Februar 1943 endete, und mit der Zerschlagung eines großen Teils der Verbände der Wehrmacht in der Schlacht im Kursker Bogen im Sommer 1943 durch die Rote Armee unwiderruflich herbeigeführt worden. Das Genick der Wehrmacht war gebrochen.



Landungsschiffe bringen Nachschub zum Omaha Beach - erste Tage der Operation Overlord, Mitte Juni 1944.

Die am 6. Juni 1944 begonnene Invasion verlief trotz des zähen Widerstandes der deutschen Truppen dank der gewaltigen materiell-technischen und zahlenmäßigen Überlegenheit der Alliierten erfolgreich. Bereits am 7. Juni hatten die gelandeten amerikanischen, britischen und kanadischen Verbände eine gemeinsame geschlossene Front aufbauen können. Am 12. Juni standen 13 gelandete Divisionen mit 24 Panzerbataillonen und insgesamt 326.000 alliierten Soldaten in

der Normandie. Ununterbrochen rollten Verstärkungen und Nachschub heran, da die Alliierten die völlige Luftherrschaft besaßen. Am 23. August 1944 wurde – inzwischen auch mit französischen Verbänden – Paris befreit. Am 14. Oktober 1944 wurde mit Aachen die erste deutsche Großstadt von Panzerverbänden der 8. US-Armee besetzt. In der zweiten Dezemberhälfte scheiterte mit der Ardennen-Offensive der letzte Offensivversuch der deutschen Wehrmacht.

Mit der Invasion in der Normandie rückten die Streitkräfte der Antihitlerkoalition in wachsendem Tempo gegen Deutschland, die Quelle des Zweiten Weltkrieges, vor. Ein Zwischenergebnis des effektiven Zusammenwirkens der Streitkräfte der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA stellte die Vereinbarung dar, die Beauftragte der drei Mächte im September 1944 erarbeiteten, Deutschland, dessen Territorium von ihren Streitkräften besetzt werden würde, in eine sowjetische, eine britische und eine amerikanische Besatzungszone (Später wurde davon ein Teil als französische Zone vorgesehen) und Berlin in entsprechende Sektoren zu teilen.

Mit der bedingungslosen Kapitulation Hitlerdeutschlands am 8. Mai 1945 endete in Europa der Zweite Weltkrieg.

• Winfried Steffen

Der 70. Jahrestag der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 hat vielfältige geschichtspolitische Aktivitäten zur Folge. Und wie zu allen Zeiten wird erneut erkennbar, welche enorme Rolle Geschichtsschreibung und Geschichtspromaganda in der politischen Auseinandersetzung spielen, wie sie die öffentliche Meinung – den sogenannten Zeitgeist – prägen können. Es ist ein Streit, der zugleich politisch-weltanschauliche Parteinahme erkennen lässt. Dem ist nicht zu widersprechen, jedoch dann, wenn wissenschaftliche Kriterien verletzt werden, indem Fakten zweckbestimmt lediglich nach ideologischen und politischen Aspekten ausgewählt und somit historische Ereignisse bewusst falsch gewertet werden. Wenn das geschieht, ist der Weg zur bewußten Geschichtsfälschung nicht mehr weit oder gar bereits praktiziert.

Generell zu beachten hierbei ist, dass die Gedanken der herrschenden Klasse, wie Karl Marx treffend schrieb, in jeder Epoche die herrschenden Gedanken sind, d.h. „die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht“. Daraus resultiert, dass vermeindliche und tatsächliche Sieger der Geschichte die Deutungshoheit über die geschichtlichen Abläufe beanspruchen, um ihren erstrittenen Sieg historisch zu legitimieren, d. h. zu begründen, warum das von ihnen ökonomisch und politisch geprägte Gesellschaftssystem das Nonplusultra der Geschichte ist.

So gehörte zwangsläufig zu den Folgen des von der Volkskammer der DDR beschlossenen Beitritts der, soweit noch existierenden, sozialistischen DDR zur kapitalistischen BRD die westdeutsche Deutungshoheit der deutschen Zeitgeschichte nach 1945. Jetzt, knapp

Geschichte als Mittel der politischen Auseinandersetzung

Prof. Dr. Kurt Schneider über
Geschichtspolitik – 70 Jahre nach 1949



3. Oktober 1990, Berlin

30 Jahre nach der staatlichen Einheit, ist ein neuer Ton in die Debatte zur deutschen Zeitgeschichte gekommen. Derzeit haben in wachsendem Maße Ostdeutsche begonnen, medienwirk-

sam die westdeutsche Deutungshoheit über ihre Geschichte abzulehnen und mit Nachdruck eine Wahrnehmung ihrer Lebensleistung zu fordern. Letztlich geht es dabei um die Dele-

in der Familie, die dem Mann gleichermaßen Pflichten in der Kinderbetreuung und -erziehung auferlegt.

Aus ihren Schriften ragte das Buch „Der Frauen Natur und Recht“ (1893) hervor, in dem sie die gesellschaftliche Unterdrückung der Frau scharf geißelte. „Solange es heißt: Der Mann



Zeitschrift Kladderadatsch. Durch ihn lernte sie Bettina von Arnim, Theodor Fontane, Fanny Lewald, Ferdinand Lassalle und andere Persönlichkeiten der Berliner Liberalen- und Künstlerkreise kennen. Anfangs gehemmt, weil sie sich als ungebildet empfand, gewann sie bald Aufmerksamkeit für ihre politischen Auffassungen.

Publizistisch tätig, bekämpfte sie das konservative Frauenleitbild, das die Frau auf die Rolle als Gattin, Hausfrau und Mutter begrenzte. Eine Gesellschaft, die der Frau jegliche politische, ökonomische und geistige Selbstständigkeit verweigerte, hielt sie für zutiefst ungerecht. 1873 forderte sie als erste in Deutschland das Stimmrecht für Frauen, um es als Mittel für die Durchsetzung deren Interessen zu nutzen. Sie trat ein für die ökonomische Unabhängigkeit und berufliche Selbstverwirklichung der Frau, für eine Änderung der traditionellen Rollenverteilung

gitimierung des allen ökonomischen, politischen und ideologischen Schwierigkeiten trotzen ersten sozialistischen Versuchs auf deutschem Boden.

In diesem Geschichtsstreit feiern die Sieger die Rückkehr zum Kapitalismus – ein Resultat der sich „friedliche Revolution“ nennenden Konterrevolution – als errungene Freiheit, manche als den „Tod des Marxismus“. Damit soll der wahre Charakter des Vollzugs der deutschen Einheit überspielt werden. Die Vollendung der deutschen Einheit erfordert nicht nur Renten- und Lohn-gerechtigkeit, sondern ebenso eine gerechte, d.h. der Wahrheit verpflichtete deutsche Geschichtsschreibung. Dazu könnte die Aufdeckung der tatsächlichen Rolle der Treuhänder beitragen. Der Journalist Holger Witzel sagte einst in einem LVZ-Interview: „Dieser ganze Lobbyismus, diese Ängste der Menschen, die Duckmäuserei, ob nun auf Arbeit oder überhaupt, dieses verklärte Bild von Freiheit und Demokratie – es gibt genug Gründe, verbittert zu sein ... Die Grundkränkung des Ostdeutschen ist nicht vermittelbar.“

Die derzeitigen Anzeichen des wachsenden Unwillens Ostdeutscher dürfen hinsichtlich ihrer Wirkung nicht überschätzt werden. Zumindest der LINKEN sollte klar sein, mahnte dieser Tage die Tageszeitung „neues deutschland“, dass die Geschichtspolitik so oder so weiter von der Regierung und den staatlichen Institutionen wie der Stiftung „Aufarbeitung der SED-Diktatur“ bestimmt wird. „Ein Fortschritt wäre es“, war zu lesen, „wenn wenigstens die LINKE den Mut aufbrächte, das verordnete Narrativ vom Unrechtsstaat nicht mehr nachzubeten. Einige wenige westdeutsche SPD-Politiker und Juristen haben das vorgemacht.“

Dem ist nichts hinzuzufügen.

will und die Frau soll“, schrieb sie voller Empörung, „leben wir nicht in einem Rechts-, sondern in einem Gewaltstaat.“ Mehr noch: „Es gibt keine Freiheit der Männer, wenn es nicht eine Freiheit der Frauen gibt.“ Sie forderte die Frauen auf, sich zu organisieren und durch Tat und Wort das Gewissen der Menschen zu erreichen und sich dabei „nicht auf die Hilfe der deutschen Männer“ zu verlassen. In der „revolutionären Frauenbewegung“ sah sie „die Freiwerdung des fünften Standes“.

Während des Ersten Weltkrieges veröffentlichte die nunmehr über Achtzigjährige, in Abgrenzung zur bürgerlichen Frauenbewegung, Artikel gegen das Massenmorden an den Fronten sowie gegen die Einbeziehung der Frauen in die Kriegswirtschaft und anderweitige Unterstützung der Kriegsführung. Sie begrüßte aus vollem Herzen die Novemberrevolution 1918, die ihre leidenschaftlich vertretende Forderung nach dem Frauenwahlrecht erfüllte. Tief erschütterte sie die Ermordung Rosa Luxemburgs. Am 4. Juni 1919 verstarb Hedwig Dohm in Berlin.

• Prof. Dr. Kurt Schneider

Vor 100 Jahren verstorben: Hedwig Dohm

„Die Menschenrechte haben kein Geschlecht.“ Diese Worte, geschrieben vor 125 Jahren, stammen von Hedwig Dohm, eine der beeindruckendsten Persönlichkeiten, die in Deutschland für die Rechte der Frauen leidenschaftlich stritten.

Geboren am 20. September 1833 als viertes von 18 Kindern eines Berliner Tabakfabrikanten, wurde sie, geprägt durch die familiäre Lage und beein-



flusst durch die geistigen Nachwirkungen der Revolution 1848/49, frühzeitig für politische und soziale Probleme sensibilisiert – gefördert durch ihre Ehe mit Ernst Dohm, dem Redakteur der liberalen politisch-satirischen

Terminübersicht



Chemnitz, 11. Juni, 18 Uhr

■ Gespräch

Antisemitismus - was ist das eigentlich?***

Mit Stefan Schwarz (Projektmitarbeiter HATI KVA - Bildungs- und Begegnungsstätte für Jüdische Geschichte und Kultur Sachsen)

Weltecho, Annaberger Str. 24, Chemnitz

Dresden, 12. Juni, 19 Uhr

■ Podiumsdiskussion

Kann Kunst Politik?*

Mit Annekatrin Klepsch (Kulturbürgermeisterin Dresden), Dada Vadim (Künstler) und Kerstin Behrens (Staatschauspiel Dresden), Moderation: Oliver Reinhard (Sächsische Zeitung) Eine Veranstaltung der RLS Sachsen mit dem RAS im Kunsthaus Dresden. *Kunsthaus Dresden, Rähnitzgasse 8, Dresden*

Mit eindeutig politischen Aussagen zur Gegenwart feierte vor kurzem das Stück „Das blaue Wunder“ in Dresden Premiere. Warum kommt es immer wieder zu Diskussionen zur Rolle von Kunst, von Künstler*innen in politischen Auseinandersetzungen?

Leipzig, 13. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Wie digitale Plattformen unser Leben verändern***

REIHE: Jour Fixe - Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Christoph Türcke (Philosoph).

Reclam-Museum, Kreuzstr. 12, Leipzig

Dresden, 14./15. Juni, Freitag 19 Uhr und Sonnabend ab 10 Uhr

■ Tagung/Workshop

Digitale Revolution und Gesellschaft. Was bringen die Roboter?*

Mit MdB Dr. Petra Sitte (Mitautorin), Dr. Tino Heim (Soziologe), Rainer Fischbach (Softwareexperte, Autor), Christopher Wimmer (Sozialwissenschaftler und Journalist), Dr. Peggy Breitenstein (Institut für Philosophie der Uni Jena), Julia Schramm (Referentin Bundestagsfraktion Die LINKE), Eric Lützkendorf (Referat politische Bildung des Stura TU Dresden), Dr. Jürgen Leibiger (Wirtschaftswissenschaftler, RLS Sachsen), Vera Linß. Eine Veranstaltung des Referates für Politische Bildung des StuRa der TU Dresden und der RLS Sachsen. *projekttheater dresden, Lousienstraße 47, Dresden (Freitag) TU Dresden, Willersbau, Zellescher Weg 12-14, Dresden (Sonnabend)*

Die heutige Produktivkräfte-revolution ist mit einem tiefgreifenden Wandel in allen Sphären verbunden: Roboter statt Menschen und Algorithmen anstelle geistiger Arbeit, globale Wertschöpfungsketten und digitale Plattformen anstelle lokaler Produktion, Kommunikation mittels sozialer Medien, Konsument*innen als Datenlieferant*innen, gläserne Kund*innen statt Tante-Emma-Laden. Was bedeutet das für unsere Leben und die Existenzweisen des Kapitalismus? Welche Anforderungen entstehen für Denken und Handeln über den Kapitalismus hinaus? Details des Programms: <https://bit.ly/2PQdL30>

Bitte meldet euch unter dresden@rosalux-sachsen.de an. Teilnahmebeitrag (Sonnabend): 10 €, ermäßigt 5 € (inkl. Pausenversorgung). Wir setzen auf eine solidarische Selbsteinschätzung! Generell gilt: Teilnahmebeiträge dürfen keine Barriere für die Teilnahme an politischen Bildungsveranstaltungen darstellen.

Dresden, 18. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Linke in Israel*

REIHE: Junge Rosa. Mit Dr. Lutz Fiedler (Humboldt-Universität Berlin). Eine Veranstaltung des HATI KVA e.V. und der RLS Sachsen.

WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden

Chemnitz, 18. Juni, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Studentisches Seminar zur Werttheorie von Karl Marx***

Mit Dr. Fabian Richter (TU Chemnitz). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem Student_innenrat der TU Chemnitz.

Klub der Kulturen, Thüringer Weg 3, Chemnitz

Vom akademischen Diskurs weitgehend ignoriert, wurde in den letzten vier Jahrzehnten eine Interpretation der Marxschen Wert- und Preistheorie entwickelt, die nicht nur in sich widerspruchsfrei ist, sondern auch in zunehmenden Maße durch empirische Forschungen belegt wurde.

Dresden, 19. Juni, 19 Uhr

■ Input und Gespräch

Eine andere Stadt ist möglich.*

Wohnungspolitik und der neue Municipalismus. Mit Dr. Andrej Holm (Sozialwissenschaftler HU Berlin), Tilo Wirtz (Bauingenieur, Stadtrat DIE LINKE Dresden) und Matthias Röder (Konglomerat e.V.). Eine Veranstaltung der Fakultät Erziehungswissenschaften der TU Dresden, des Instituts für Geographie der TU Dresden, des Konglomerat e.V. und der RLS Sachsen.

Scheune e.V., Alaunstr. 36-40, Dresden

Leipzig, 22. Juni, 15:30 Uhr

■ Ausstellungsrundgang

Gewalt gegen Frauen - Ein Gespräch über Prostitution ***

ARISING_GESPRÄCHE / YOKO ONO im MdbK. Mit Betroffenen und Aktivistinnen aus der Prostitution (Netzwerk Ella), Inge Bell (TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e. V.) und Kirsten Huwig (MdbK). Eine Veranstaltung von TERRES DES FEMMES und dem Netzwerk ELLA mit Unterstützung der RLS Sachsen.

Museum der bildenden Künste, Katharinenstraße 10, Leipzig

Leipzig, 23. Juni, 10 Uhr

■ Workshop

Menschenfeindliche Einstellungen in Sachsen - was tun!?

Mit Dr. Tino Heim (Soziologe). Eine Veranstaltung des AK Netzwerk Leipzig der RLS Sachsen.

RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig

Leipzig, 24. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

MARX - MACHT - ZUKUNFT*

Kritische Gesellschaftstheorie und emanzipatorische Lebenspraxis. Mit Prof. Dr. Zhang Shuangli (Fudan-Universität Shanghai, Lehrstuhlinhaberin für Westlichen Marxismus). Moderation: Prof. Dr. Michael Brie (RLS).

Galerie KUB, Kantstr. 18, Leipzig

Der Vortrag führt in zentrale Fragen der zeitgenössischen sozialkritischen und marxistischen Diskussion in China ein. Im Zentrum steht dabei Marx' Kritik der bürgerlichen Zivilgesellschaft. Zum einen wird die Stärke und Relevanz von Marx' Kritik der Zivilgesellschaft im zeitgenössischen Kontext hervorgehoben und zum anderen werden die Grenzen des Marxschen theoretischen Rahmens aufgezeigt. Ausgehend von Marx' Theorie der proletarischen Revolution versucht Prof. Zhang Shuangli zu erklären, warum im heutigen China die Sphäre der Zivilgesellschaft entstanden ist und durch welche Merkmale sie sich auszeichnet.

Der Vortrag wird in Englisch gehalten mit einer Übersetzung ins Deutsche.

Leipzig, 25. Juni, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Über den Begriff der Tradition***

REIHE: Philosophische Diensttagsgesellschaft. Mit Prof. Dr. Richard Raatzsch (Philosoph), Moderation: Dr. Peter Fischer.

RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig

Chemnitz, 26. Juni, 18:30 Uhr

■ Lesung und Gespräch

Fidel Castro***

Mit Volker Hermsdorf (Autor). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen und der Thalia-Buchhandlung Roter Turm Chemnitz.

Thalia-Buchhandlung Roter Turm, Neumarkt 2, Chemnitz

Chemnitz, 1. Juli, 21 Uhr

■ Film und Gespräch

Unsere Kinder***

REIHE: L///OST///TRACES - Verlorene Spuren - Filme der DEFA 1980-1990. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Kooperation mit dem AJZ Chemnitz.

Mediencafé m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstr. 54, Chemnitz

Leipzig, 4. Juli, 19 Uhr

■ Buchrelease und Vortrag

Flexen. Flaneusen* schreiben Städte

Mit Özlem Özgül Dündar, Mia Göhring, Ronya Othmann und Lea Sauer (Autorinnen und Herausgeberinnen). Eine Veranstaltung der Gruppe „Stop Cat Calling now“ (freies Netzwerk zur Vernetzung und Information über Street Harassment und Sexismus im urbanen Raum), des Projekt Verein e.V. mit Unterstützung der RLS Sachsen.

Conne Island, Koburger Str. 3, Leipzig

■ Workshop

Vereinsbuchhaltung

Mit Rico Knorr. Eine Veranstaltungsreihe von plus humanité e.V. und der RLS Sachsen.

Leipzig, 14. Juli, 10-18 Uhr

RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig

Leipzig

Dresden, 10. August, 10- 18 Uhr

WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden

Im Vordergrund des Workshops „Vereinsbuchhaltung I“ steht die Vermittlung der grundlegenden Fähigkeiten, um selbst als Schatzmeister*in einen Verein zu managen oder bei der Projektarbeit die vereins- und steuerrechtlichen Fallstricke zu umgehen. Anmeldung erforderlich. Näheres unter <https://bit.ly/2YIRyYN>

*** *Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.*

* *Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.*

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert

vermerkt: Archiv, pixello, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 27.05.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 11.07.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Jürgen Grahl und Manfred Fritz ermitteln wieder

Mirko Kolodziej empfiehlt den jüngsten Krimi von Rainer Böhme: Soko Postkutscher

Rainer Böhme ist offenbar ein Schnellschreiber. Erst vor einem Jahr legte der ehemalige Polizist seinen Lausitz-Krimi „Mord in Zittau“ vor. Bei der Leipziger Buchmesse konnte Böhme jüngst aus seinem neuen Lausitz-Krimi lesen. Privatdetektiv Jürgen Grahl ist ebenso wieder mit von der Partie wie Kriminalhauptkommissar Manfred Fritz. Der Titel „Soko Postkutscher“ lässt vermuten, wo nun dem Verbrechen das Handwerk gelegt werden muss. Ein Bild des Cottbuser Altmarktes auf dem Titel des Buches lässt schließlich keinen Zweifel. Der Roman hat es vom Standpunkt des Strafgesetzbuches her gesehen ganz schön in sich: Diebstahl, Drogenhandel, Geldraub, Sachbeschädigung und, und, und. Selbstverständlich gibt es auch Todesfälle aufzuklären. Und wie schon in „Mord in Zittau“ gerät Detektiv Grahl erneut in eine persönlich recht brenzlige Situation.

Dass der Sebnitzer Rainer Böhme in der Seidenblumenstadt für die Linkspartei im Stadtrat sitzt, spielt vordergründig zwar keine Rolle, sein politisches Interesse schwingt aber durchaus im Krimi mit. Wer hätte gedacht, in so einem Buch Edward Snowden zu begegnen? Außerdem läuft da zum Beispiel ein SPD-Mann zur AfD über (was in Hoyerswerda, Pirna und anderswo tatsächlich passiert ist). Und was Regionalplanung ist, weiß man spätestens nach der Lektüre



auch ziemlich genau. Dass sich auf der Rückseite des Buches ein Bild vom Tagebau mit Windrädern am Horizont findet, ist kein Zufall. Energiepolitische Auseinandersetzungen um die Windkraft bilden einen Hintergrund für die Handlung. Und eine Figur aus dem Roman fasst lakonisch zusammen, was für die Lausitz lange Jahre eine Art ökologische Binsenweisheit war: „Kohle ist nun mal dunkler als Weizenmehl.“

Mord? Totschlag? Unfall? Natürlich gibt es viel Lokalkolorit. Das Genre des Regionalkrimis ist schließlich längst nicht auf den sonntäglichen „Tatort“ oder

den „Polizeiruf 110“ beschränkt. In Bayern kennt wahrscheinlich fast jeder den Polizeihauptmeister Franz Eberhofer. „Soko Postkutscher“ führt den Leser also ins Cottbuser Blechen-Carré, ins Carl-Thiem-Klinikum – und eben auf den Altmarkt. Der FC Energie findet Erwähnung und dann wäre da noch der titelgebende Postkutscher, der erste Tote des Buches. Jener hatte keine hochamtliche Postkutsche zur Verfügung, sondern fuhr die Post mit dem Rad aus. Dass es auf dem Buchcover verbeult am Boden liegt, deutet an, wie Max Schubert zu Tode kam. Aber ist es Mord? Ist es Totschlag? Ist es ein Unfall? Die Sonderkommission um Manfred Fritz, seine junge Kollegin Diana Morawetz und Kriminaltechniker Heiko Simmchen hat jede Menge Arbeit. Und Detektiv Grahl ist natürlich eine Hilfe.

Rainer Böhme ist freilich nicht nur früherer Kriminalist, Freizeit-Politiker und Autor, sondern auch ein Freund des Zwischenmenschlichen. Es ist nicht ganz ohne Witz, dass sich der jugendliche Sohn des Kommissars, der den Tod des Postkutschers aufzuklären hat, ausgerechnet in die Schwester des Toten verliebt. Und auch sonst knistert es im Krimi an der einen oder anderen Stelle. Mit dem handelnden Personal zurechtzukommen, ist keine große Schwierigkeit. Das Buch beginnt mit einer erklärenden Liste von etwas mehr als einem Dutzend Roman-Figu-

ren, was beim Lesen durchaus hilfreich ist. Egon Olsen sucht man darauf vergeblich. Aber: Die dänische Klamauk-Variante eines Berufsverbrechers hat durchaus ebenfalls Eingang in Böhmes jüngste Geschichte gefunden. Sie endet nach 86 Kapiteln (!) versöhnlich – zumindest für den gerade tödlicher Gefahr entronnenen Privatdetektiv. Mit seiner Freundin, der Rechtsanwältin Li-ane Hempel, kann er sich nach getaner Arbeit auf den Weg machen von Cottbus zurück ins heimische Zittau. Die letzten zwei Worte auf Seite 222: „Der Schlusspunkt.“ Immerhin ist der Mann Pensionär – so wie eigentlich auch Rainer Böhme. Vermutlich gilt das Buch-Ende für den Autor aber weniger. Wenn er im nun gewohnten Tempo weitermachen sollte, dann liegt Anfang 2020 der nächste Lausitz-Krimi vor. Warum sollte nicht jemand durch eine Portion Arsen sterben, das dem Opfer zum Quark ins Hoyerswerdaer Leinöl gemixt wurde?

Der beim Dresdner Verlag erschienene Krimi (ISBN 978-3-933109-48-4) kostet 14,80 EUR. Zu haben ist er wie seine anderen Bücher (www.bergweltreisen.de) auch beim Autor selbst, der Bestellungen kostenlos versendet (boehme.sebnitz@t-online.de).

(Erstmals und ungekürzt am 24.4.19 im „Hoyerswerdaer Tageblatt/Sächsische Zeitung“ veröffentlicht.)

Buchtipps: Exil unter Palmen

Was Magali Niedradka-Steiner über deutsche Emigranten in Sanary-sur-Mer geschrieben hat, ist Pflichtlektüre für jeden, der sich mit europäischer Exilliteratur beschäftigt. Krieg und Verfolgung ließen linke Autoren und andere Künstler nach 1933 die Flucht ergreifen. Neben KZ und SA-Terror aber gab es – das mögen nicht alle wissen – auch Ausbürgerungslisten, auf denen missliebige Künstler aufgeführt wurden. Frankreich war ein scheinbar sicherer Rettungsanker, denn der Krieg war 1933 noch weit.

Natürlich war der erste Anlaufpunkt der Flüchtlinge nicht dieser idyllische Ort am Mittelmeer, sondern man kam zunächst nach Paris – und traf sich in besonderen Cafés. Dort saß ein Flüchtling aus einer anderen Zeit: Joseph Roth, dem seine Heimat schon 1918 abhandengekommen war. Die Umbrüche, die 1914 begannen, hatten Europa durcheinander gewirbelt – und viele Geschichten sind bis heute noch unerzählt: So weiß man bis heute weitestgehend nur in Schweden, dass vor der Okkupation des Sudetenlandes durch die Nationalsozialisten zahlreiche Linke aus diesen Gebieten dorthin flüchteten. Doch zurück zum „Exil unter Palmen“: Niedradka-Steiner hat nicht nur mehrere Jahre an der Cote d'Azur gelebt und geforscht, sie arbeitet dort auch zeit-

weise als Reiseführerin. Darüber hinaus reist sie bevorzugt mit der Bahn und beschreibt, wie man mit diesem Verkehrsmittel die Region entdeckt. Auch die Exilanten dürften überwiegend mit der Bahn aus Paris ans Mittelmeer gekommen sein. Zwischen 1933 und 1945 verließen mehr als 2.500 Schriftsteller Deutschland. Bereits 1934 kam es in Paris auf dem Boulevard Arago 65 im 13. Arrondissement zur Gründung der Bibliothek der verbrannten Bücher bzw. der Deutschen Freiheitsbibliothek. Schließlich trafen sich die Literaten im Exil in Paris 1935 zum 1. Internationalen Schriftstellerkongress zur Verteidigung der Kultur.

Die meisten Autoren waren keineswegs so begütert wie die der Nobelpreisträger Thomas Mann oder Lion Feuchtwanger. Wessen Werke im Ausland bekannt waren und wer auch in Englisch verlegt wurde, dem flossen weiterhin Mittel zu – wer aber nur auf die spärlichen schlecht zahlenden wenigen Exilverlage angewiesen war, verdiente kaum die Butter aufs Brot. Somit herrschte auch im Exil unter Palmen in Sanary-sur-Mer unweit von Nizza, wohin sich sehr viele Schriftsteller geflüchtet hatten, durchaus eine Klasesengesellschaft. Ganz unterschiedlich war auch die Bereitschaft, sich auf die französische Umwelt einzulassen. Vie-

le blieben eher unter sich. Alles in allem lebten im Departement Var, zu dem der Fischerort Sanary gehörte, etwa 400 politische Flüchtlinge. Die prominentesten deutschen Schriftsteller lebten in Sanary, welches Ludwig Marcuse spöttisch zur damaligen „Hauptstadt der deutschen Literatur“ erklärte. Insbesondere die weniger Begüterten arbeiteten bevorzugt in Cafés wie dem Chez Schwob oder dem Café de Lyon. Hermann Kesten beschrieb die Rolle

der Cafés für die deutschen Schriftsteller im Frankreich der 30er Jahre so: „Im Exil wird das Café zu Haus und Heimat, Kirche und Parlament, Wüste und Walstatt, zur Wiege der Illusionen und zum Friedhof. Das Exil macht einsam und tötet. Freilich belebt es auch und erneuert. Im Exil wird das Café zum einzigen kontinuierlichen Ort.“ Wenn man nicht schrieb, wartete man hier auf Visa und die Ausreise in die USA oder nach Mexiko, wie es Anna Seghers in „Transit“ beschreibt.

Dieses Buch macht Lust, beim nächsten Frankreich-Besuch auf den Spuren der Exil-Schriftsteller zu wandern. Wertvolle Tipps enthält es zu Büchern, die in Sanary spielen, und zu Büchern, die ganz oder zum Teil dort entstanden sind. Es gibt einmalige Einblicke ins Leben von Intellektuellen im Exil. Wer es nicht gleich nach Frankreich schafft, sondern vorerst „nur“ nach Frankfurt am Main, kann in der Nationalbibliothek die neue Dauerausstellung „Exil. Erfahrung und Zeugnis“ anschauen.

„Exil unter Palmen“ enthält neben dem hervorragenden Text 32 Fotos und erschien in der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft Darmstadt zum Nicht-Mitgliederpreis von 24,95 Euro.

• Ralf Richter



„You're Driving Me Crazy“ lautet der Titel eines Albums, das Van Morrison gemeinsam mit dem Jazztrompeter und Orgelspieler Joey DeFrancesco 2018 auf den Markt brachte. Im Klappcover des Albums sieht man einen offenbar sehr gut gelaunten Van Morrison, der sich schenkelklopfend im Nadelstreifenanzug präsentiert, offensichtlich wegen der gelungenen Produktion der Scheibe. Es ist erstaunlich, wie der sonst ziemlich wortkarge, oft scheinbar schlecht gelaunte Altmeister sich diesmal von einer anderen Seite zeigt.

Immerhin produzierte er im vorigen Jahr vier großartige Platten, wobei sein vierzigstes Album „The Prophet Speaks“ eines der am stärksten gefeierten ist. Hier zog er wiederum alle Register seines Könnens, indem er Blues, Jazz und Soul verbindet und, neben eigenen Nummern, Songs von John Lee Hooker, Solomon Burke und anderen Musikgiganten so leidenschaftlich einvernimmt, dass man meinen könnte, er habe sie selbst kreiert.

Der am 31. August 1945 im nordirischen Belfast geborene George Ivan Morrison begann seine musikalische Laufbahn bereits als Fünfzehnjähriger. Schon als Kind war er vom Blues „infiiziert“ worden. Sein Vater besaß eine enorme Plattensammlung, besonders die Songs von Howlin' Wolf, Leadbelly oder Muddy Waters hatten es dem Jungen angetan. Nach dem Schulabschluss zögerte er nicht und trat einer der zahlreichen Skifflebands bei (Skiffle wird auf unkonventionellen, improvisierten Instrumenten gespielt). Dort machte er sich schon einen Namen als professioneller Gitarrist, Mundharmonikaspieler und Saxophonist.

Mit „The Monarchs“ tourte er alsbald durch Großbritannien, bevor er mit „The Manhattans“ begann, sich hauptsächlich dem Rhythm'n'Blues zu widmen. So wurde eine Band auf ihn aufmerksam, die sich in der Szene neben Gruppen wie den Rolling Stones, den Animals oder den Pretty Things etabliert hatten. Die Band hieß „Them“ und sie suchte einen Sänger und Harmonikaspieler. Nach einer gemeinsamen Session stand fest, dass Van Morrison, wie er sich fortan nannte, der Richtige war.

Die Band bevorzugte anfänglich noch Coverversionen von Rhythm'n'Blues-Nummern, bevor auch eigene Songs ins Repertoire einflossen, hauptsächlich kreiert durch Van Morrison. 1965 erschien ihre erste LP „Angry Young Them“ und 1966 ihre zweite „Them Again“, auf der bereits folkrockige Stilikerkennbar war. Das ließ ahnen, auf welche musikalische Laufbahn sich ihr Frontmann vorzubereiten schien. Es folgten mehrere Tourneen, doch Alkohol- und Drogenexzesse führten noch im Sommer dazu, dass Van Morrison der Band den Rücken kehrte, um eine Solokarriere zu beginnen. Immerhin eroberten Titel wie „Ready Steady Go“, „Mystic Eyes“, „You Just Can't Win“ oder „My Lovely Sad Eyes“ die Charts. Schon die Coverversion von Bob Dylans „It's All Over Now, Baby Blue“ war ein musikalischer Leckerbissen.

Keep On Singing!

Jens-Paul Wollenberg würdigt Van Morrison

Morrison's erste Soloplatte „Blowing Your Mind“ 1967 und „The Best Of Van Morrison“ 1968 wurden in den USA produziert. Trotz der exzellenten Dynamik in der musikalischen Umsetzung überzog beim fantastischen Sänger die Unzufriedenheit. Er setzte sein ganzes künstlerisches Talent für die folgende Platte „Astral Weeks“ ein, um das wohl sensibelste Album der Rockgeschichte zu erschaffen. Hier brillierten jazzige Akustikgitarren, unterlegt mit unaufdringlichen Streicherfrequenzen, denen ein wuchtiger Kontrabass-Sound zu trotzen schien. Das alles bildet ein magisch klingendes Fundament voller bizarrer Virtuosität. Es bot dem jungen exzentrischen Sänger freien Raum für seine waghalsige, von Improvisation besessene Gesangs-Akrobatik.

Auf der folgenden Scheibe „Moon-dance“ dominierten hingegen Blech-

bläser-Passagen, die dem Album einen souligen Charakter bescherten. Auch die Platten „His Band And Street Choir“ von 1970 sowie „Tupelo Honey“ von 1971 überzeugten mit Country-Folkelementen, deren dynamischem Drive sich kaum jemand entziehen konnte. Es folgten weitere Studio-platten, die sich allesamt gut verkauften, bis 1974 eines der gefragtesten Live-Alben überhaupt auf den Markt kam: das Doppelalbum „It's Too Late To Stop Now“, auf dem Morrison vom „Caledonia Soul Orchester“ begleitet wurde. Inspiriert durch irische Heimatklänge produzierte er im gleichen Jahr das Studioalbum „Veedon Fleece“.

Vom Ende der Siebziger bis in die Achtziger dominierten mystische Themen und Stilistik seine Produktionen, die nicht jedermann gefielen. Erst 1987, mit dem Erscheinen von „Poetic Champions Compose“, kehrte Mor-

risson zu seinen folkjazzigen Wurzeln zurück. Als weiteren besonderen „Leckerbissen“ kann man „Irish Heart-beat“ von 1988 bezeichnen, ein absolutes Folkalbum mit den schon damals legendären „Chieftains“. Es überzeugte bei weitem nicht nur Freunde der irischen Folkmusik. Diese Platte wurde in Fachkreisen hochgelobt und preisgekrönt. Auch am folgenden Album „Avalon Sunset“ wirkten die Folk-Urgesteine mit.

In den frühen Neunzigern arbeitete Morrison für mehrere Projekte mit alten Jazzgrößen wie dem Organisten und Sänger Georgie Fame, dem Komponisten und Pianisten Mose Allison, dem Kontrabassisten Ales Dankworth, dem Trompeter Gary Barker und anderen genialen Vertretern der Jazz-Szene zusammen. So präsentierte Van Morrison mit dem Album „How Long Has This Been Going On“ seine erste Platte auf dem renommierten „VERVE“-Label, auf dem schon Ella Fitzgerald, Billy Holiday, Lester Young, Coleman Hawkins oder Stan Getz Weltruhm erlangten – bevor es in den Achtzigern reaktiviert wurde und Jazzrockgrößen wie John McLaughlin, Charlie Haden oder Joe Henderson als Plattform diente.

1997 erschien dann wieder eine typische Van Morrison-Platte, die an alte Produktionen anknüpfte, bevor er wieder bis die 2000er Jahre mit Größen wie Chris Barber oder Lonnie Donegan losjazzte bzw. skiffelte. Allemaal befreit Morrison's kräftiger Gesang all das, was die menschliche Seele belasten könnte, duldet jedoch scheinbar nichts neben sich, was ihm im Weg stünde, wären da nicht die ihm paritätischen Mitstreiter aus Saxophon, Gitarre, Bass, Hammondorgel und Schlagzeug, die ihm die Grundlage für seinen unersättlich-exzessiven Gesangsstil bieten. Es war ihm einfach mal vergönnt, all jene anzuhetzen, die ihm auf der Bühne oder im Studio nahestanden.

Dass Morrison ein sehr kollegialer Musiker ist, beweist das 2015 erschienene Album „Duets“, auf dem er das Mikro mit George Benson, Taj Mahal, Georgie Fame, Michael Bublé, Mark Knopfler, Natalie Cole, Gregory Porter, Steve Winwood und anderen teilte. Er verneigt sich symbolisch gegenüber deren ganz persönlichen Gesangsstrukturen und ergänzt sich in seiner Stimmgewalt harmonisch mit dem jeweiligen Gesangspartner. Besonders im letzten Titel „How Can A Poor Boy“, wo Morrison versucht, mit dem charismatischen Blues- und Soulsänger Taj Mahal ein ausuferndes Gleichgewicht zu halten, wird einem klar, wie schwer es dem exzentrischen Morrison fiel, sich ein wenig unterzuordnen. Nun ja, wenn zwei Giganten aufeinander treffen, muss man schon mit einem Gewitter rechnen.

Das ebenfalls 2018 produzierte Album „Keep Me Singing“ scheint eine Hommage an sein musikalisches Gesamtwerk zu sein. Es spiegelt seine Vielseitigkeit. Ein singendes Vögelchen zielt das Cover, und Morrison's Stimme erklingt so jung wie auch „Astral Weeks“ von 1968. Sagenhaft!



Juni 2019

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Mut und Zuversicht!

*Der Wahlsonntag am 26. Mai war ein bitterer Tag für uns LINKE. Sowohl das Europa- als auch das Kommunalwahlergebnis waren enttäuschend. Obwohl wir alle gekämpft haben und ihr jahrelang gute Arbeit in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten geleistet habt, wurde das nicht mit Wähler*innenstimmen honoriert. Doch für diese langjährige Arbeit und für euren Wahlkampf vielen Dank.*

Die gesellschaftliche Stimmung ist keine gute für unsere Partei – eine Partei, die nicht auf Abschottung setzt, nicht auf einfache Antworten, die nicht nach unten tritt. Wir haben es bei der Europawahl nicht vermocht, in der Auseinandersetzung auf die recht absurde Frage „Bist du für oder gegen Europa?“ unsere eigene Position stark zu machen – dass, wer Europa will, es dringend verändern und das europäische Projekt sozialer und demokratischer werden muss.

Bei aller Auswertung, die erfolgen muss, auch Kritik an unserem Landesverband, müssen wir aus diesem Tal raus, denn wir haben eine Landtagswahl vor uns. Hier müssen wir kämpfen, klar sein in der Botschaft: Mehr öffentliches Eigentum, ein grundsätzlich anderes Bildungssystem und ja, im Zweifel auch mehr staatliche Mittel nutzen – wie Entlohnung zum Wohle der Gemeinschaft. Lasst uns radikal sein, lasst uns deutlich machen, dass die Marktlogik ausgedient hat. Mit Mut und Zuversicht.

gehen, zaghaft zu bleiben und uninspiriert Wahlkampf abzuspuhlen. Niemand in unserem Landesverband hat daran Interesse. Deshalb gilt es, die Wahlstrategie konsequent umzusetzen und linke Politik vor Ort erlebbar zu machen, insbesondere dort, wo wir in der Vergangenheit nicht mehr präsent sein konnten.

Konzeptionell werden wir die Kampagne mit mehreren Touren untersetzen und Wahlkampfhilfe organisieren. Dabei setzen wir auf Solidarität: Sowohl zwischen Stadt und Land, als auch aus der Kampagnenbeteiligung aus anderen Landesverbänden. Mobilisieren wollen wir Parteimitglieder aus den kreisfreien Städten, die die Kampagne in der Fläche unterstützen. Parteimitglieder aus anderen Landesverbänden wollen wir dazu bewegen, hier im Sommer Wahlkampf zu machen. Und natürlich wollen wir SympathisantInnen in Stadt und Land, die sich angesichts der Wahlergebnisse und des Rechtsrucks engagieren wollen, einbinden.

Es gilt weiter: Mit unserer konsequent sozialen Agenda und unseren Kernprojekten nah an der Lebenswirklichkeit werden wir punkten. Die Startvoraussetzungen sind schlechter als erhofft. Trotzdem, nein, gerade deshalb gilt weiterhin: Mit Mut, mit Kraft, mit Leidenschaft ziehen wir in die Landtagswahl. Denn wir sind das solidarische Sachsen!



Die Wahlstrategie konsequent umsetzen!

Thomas Dudzak mit ersten Schlussfolgerungen zu den Wahlergebnissen

Die Kommunal- und Europawahlen sind kein Erfolg für DIE LINKE gewesen. Eine detaillierte Auswertung von Tilman Loos findet ihr auf Seite 3. In vielerlei Hinsicht handelte es sich jedoch um eine Europawahl neuen Typs: Erstmals war sie weniger geprägt von bundespolitischen als vielmehr von europapolitischen Themen. Die Auseinandersetzung wurde hochgejazzt zur Frage „Bist du für oder gegen Europa“ – auf der einen Seite die europafeindlichen Kräfte der Rechten, auf der anderen Seite die Pro-EU-Parteien. DIE LINKE versuchte, sich als dritte Kraft zu positionieren: Die Forderung nach dem Neustart Europas stand im Raum, ohne allerdings konkret zu werden, was das bedeutet. Wenn jedoch zwei Mannschaften auf dem Spielfeld stehen, die sich hart im Fußball duellieren, hat der Dritte am Spielfeldrand, der zu einer Partei Schach einlädt, meist das Nachsehen.

Es ist nicht gelungen, sich mit dieser Position relevant in die scharf geführte Auseinandersetzung einzubringen. Das wahlkampfprägende Thema Klima- und Umweltschutz mobilisierte für die Grünen. Ihr Markenkern kam zum Tragen. Dass wir, obwohl die Themen soziale Sicherheit und Frieden bei der Wahlentscheidung die Plätze zwei und drei nach dem Klimaschutz einnahmen und klar unserem Markenkern zuzuordnen sind, nicht profitieren konnten, unterstreicht, dass unsere Kampagne nicht gezündet hat.

Die These vom ersten europäischen Wahlkampf stützt sich auch auf das Auseinanderfallen der Wahlergebnisse zur Europa- und zur Kommunalwahl – insbesondere in den drei großen Städten, aber auch in einigen Flächenlandkreisen. Wo es gelang, sichtbar zu werden, schnitt DIE LINKE im Vergleich zu den Europawahlen kommunal besser ab. Sicht- und begründbar ist der Bruch zwischen Fläche und Stadt: Die Stadtverbände haben – zumal auf vergleichsweise geringer Fläche – bessere Möglichkeiten. Folglich hängen Flächenkreisverbände deutlich stärker vom Bundestrend und der bundesweiten Sichtbarkeit ab. Eine höhere Korrelation zwischen Europawahl- und Kommunalwahlergebnis ist die Folge.

Daraus ergeben sich schwierige Startvoraussetzungen für die Landtagswahl. Der erhoffte positive Impuls blieb bundesweit aus. Dennoch: Die Wahlen haben vor allem unterstrichen, dass das Parteiensystem fluid bleibt. Mehrheiten und Parteienteile scheinen beweglicher als früher. Weiterhin gilt, dass DIE LINKE mit kluger Kampagnenführung immer noch ein starkes Ergebnis einfahren kann.

Unsere Wahlstrategie, die auf der basisdemokratisch vereinbarten Schwerpunktsetzung basiert, setzt auf eine klare Kampagne entlang des sozialen Markenkerns. Die Kampagne will mutig sein. Es wird nicht darum

Leserbriefe

Zur Diskussion um Kevin Kühnerts Ideen

August Bebel würde sich im Grabe umdrehen

Erinnert sich noch jemand an die Finanzkrise von 2007/2008? Damals wurde der Kapitalismus auch von Unwissenden und dem Bankensystem bezweifelt – und es wurde verstaatlicht. Deshalb hat Kevin Kühnert Recht, wenn er sich für einen demokratischen Sozialismus bemerkbar macht – und bei Unwissenden und Gegnern „ins Fettöpfchen“ tritt. Es ist an der Zeit, dass sich die SPD ihrer Tradition erinnert. Sie ist nicht nur politisch erstarrt, sondern vielmehr „stark bürgerlich“ geworden – was ich als ehemaliger SPD-Funktionär von vor 70 Jahren als Gast in einer jetzigen SPD-Konferenz bestätigt fand. August Bebel würde sich im Grabe umdrehen, wenn er seine Partei jetzt so erlebte, sich aber auch erfreuen, weil ein junger Genosse die „Alten“ und Linkskräfte der Partei auf dem Weg zum demokratischen Sozialismus wachrüttelt und begeistert. Es kann doch nichts Schlechtes sein, wenn er die Ungerechtigkeit in der Gegenwart kritisiert – am Beispiel des stark umstrittenen Wohnungsprinzips zu Lasten ärmerer Mieter, des BMW-Autokonzerns und der Familie Quandt, die ihr Vermögen auf 15 Milliarden Euro beziffert – hunderte Werk-tätige haben es im täglichen Broterwerb für nur einzelne Personen geschaffen. Die Verteilung derartigen Reichtums lässt eine gerechte Regelung erwarten. Bedenklich ist die Meinung des Präsidenten des SPD-Wirtschaftsforums, Franke, der den Parteiausschluss von Kevin Kühnert fordert, obwohl dieser sich mit seiner jungen Garde für die Überwindung des Kapitalismus und für eine andere Gesellschaftsordnung, den Sozialismus, einsetzt und dabei beim SPD-Programm bleibt, in welchem der „demokratische Sozialismus“ verankert ist, und sich dabei eine Annäherung zur Partei DIE LINKE notwendig erweist.

• Hermann Thomas, Wilsdruff

Zu „Außenpolitik im Fokus“, Sachsens Linke! 5/2019, Seite 5

Keine Illusionen über die EU verbreiten

Es ist gut, dass bei uns LINKEN Widerspruch gegen die herrschende Propaganda geübt wird. So entsprach die Wiedervereinigung der Krim mit bzw. deren Rückkehr nach Russland dem Völkerrecht, im Gegensatz zu diversen EU- und NATO-Aggressionen, z. B. gegen Rest-Jugoslawien. Zusätzlich war sie nicht nur durch Parlamentsbeschlüsse, sondern auch durch Volksabstimmungen mit übergroßer Mehrheit legitimiert. Auch die Erkenntnis, dass die EU von Anfang an die Kapitalinteressen gegen die Bevölkerung ausgerichtet wurde, immer militaristischer wird (z. B. gemeinsame Streitkräfte, Pesco, Auslandseinsätze), antidemokratisch und antisozial (z. B. Griechenland) und geflüchtetenfeindlich (z. B. Frontex) ist, ist bei uns LINKEN weit verbreitet. Was ist der Vorteil für die Bevölkerung, wenn

das EU-Kapital und dessen Interessenvertretung von den „global playern“ ernstgenommen werden? Dass die EU-Politik und Nationalismus eng zusammenhängen, sehe ich auch so. Es ist zwar im Interesse der Bevölkerung, sich gegen die imperialistische Aufrüstungs- und Aggressionspolitik zu wenden, aber nicht im Interesse des EU-Kapitals. Insofern verfolgen Trump und die EU die gleichen Ziele, teilweise mit der Arbeitsteilung „Guter Polizist – böser Polizist“. Im Gegensatz dazu wollen Russland und China eine multipolare Weltordnung und Verhandlungslösungen statt Sanktionen, Erpressungen und Aggressionen. Warum sollten wir Illusionen über die EU verbreiten und die Kapitalinteressen unterstützen? Und wenn das DDR-Vermögen und die Bevölkerung im Interesse des Kapitals (z. B. für Braunkohle- tegebaue) enteignet wird, warum nicht auch das Kapital zum Wohle der Allgemeinheit mit entsprechend niedriger Entschädigung? Andere Diebe werden ja auch nicht entschädigt, wenn ihr Diebesgut beschlagnahmt wird.

• Rita Kring, Dresden

Zu „Links!“ Ausgabe Mai 2019

Kein Wort zum 8. Mai!?

Schon erstaunlich – nach eigener Angabe „Links! Zeitung der Linken in Sachsen“, ja sogar „Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt“ – im Mai und kein Wort (ich gestehe, dass ich

nicht alles gelesen habe!) zum Tag der Befreiung des deutschen Volkes und der Völker Europas vom deutschen Faschismus! Ich weiß nicht, was euch dazu bewogen hat, aber ich schäme mich dafür, denn besonders der Anteil des Sowjetvolkes an dieser Tat wird auch in Jahrhunderten nicht vergessen werden, zumindest bei Menschen, die links denken und handeln.

Kein Wort, was ich in dieser Nummer gelesen habe, ist unwichtig, aber ein wenig Platz für das Gedenken des 8. Mai und der Verurteilung, dass deutsche Panzer schon wieder an der russischen Grenze stehen, hättet ihr finden müssen! Was sich dort tut ist schon ein Spiel mit dem Krieg! Schade dass wir schon wieder so „vergesslich“ sind.

• Heinz Bilan, Leipzig, Genosse s. 1948

Zu „Lediglich ein Provisorium“ und „Die demokratischen Potenzen des Grundgesetzes“ (Links! 5/2019, S. 9, 8)

Möglichkeiten des Grundgesetzes nutzen

Kurt Schneider zeigt, dass das Grundgesetz im Gegensatz zur DDR-Verfassung undemokratisch zustande gekommen ist. Obwohl im Artikel 20 (2) steht: „Alle Staatsgewalt ... wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeübt“, sind Volksentscheide auf Bundesebene ausgeschlossen. Das von Winfried Steffen erwähnte „System der Erst- und Zweitstimmen ... und die 5-Prozent-Klausel“ schränken die Demokratie weiter ein. Auch die meisten Grundrechte können schon mit einem einfachen Gesetz eingeschränkt werden. Viele Menschenrechte, insbesondere soziale, fehlen

ganz. Wieso wird dann behauptet, dass das Grundgesetz „gute Rahmenbedingungen für den Kampf um die Erweiterung demokratischer Rechte und Strukturen“ bietet, statt einfach festzustellen, dass die wenigen Möglichkeiten dafür, die diese sehr schlechte Verfassung einräumt, konsequent genutzt werden sollten? Dass weitere Verschlechterungen bekämpft werden müssen, egal ob sie vom Kapital, den Regierenden oder antidemokratischeren Kräften kommen, schließt das ein.

• Eric Neuber, Radebeul

Zu „Was vom Tage übrig bleibt“, Sachsens Linke! 5/2019, S. 7

Selbstbestimmtes Leben für alle durchsetzen

Auch ich sehe die Gefahr, dass die LINKE wie die Grünen angepasst wird, dass wir wieder in die Diskussion von Haupt- und Nebenwiderspruch verfallen und ein Herrschaftssystem lediglich durch ein anderes ersetzen wollen, statt ein gleichermaßen selbstbestimmtes Leben für alle durchzusetzen. Sowohl diejenigen, die Rechte von benachteiligten Minderheiten durch diese Minderheiten vertreten wollen, als auch diejenigen, die die sozialen und demokratischen Rechte der benachteiligten Mehrheit durchsetzen wollen, können nur erfolgreich sein, wenn sie sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Es müssen die gemeinsamen im Kapitalismus und den damit zusammenhängenden Herrschaftsverhältnissen (z.B. Patriarchat, Rassismus, (Standort-)Nationalismus) liegenden Ursachen dieser Benachteiligungen bekämpft werden. Nur mehr Vorteile für die eigenen Gruppen anzustreben, stärkt das Herrschaftssystem und die Benachteiligungen. Glücklicherweise haben das viele von uns Linken erkannt.

• Uwe Schnabel, Coswig



Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 27.05.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 11.07.2019.

Schlaglichter auf die Europawahl

Tilman Loos mit Anmerkungen zur Wahlauswertung

Zwar sind zum Redaktionsschluss weder die repräsentative Wahlstatistik noch der Wahlreport von *Infratest dimap* veröffentlicht, dennoch sollen die Ergebnisse betrachtet werden.

Wahlbeteiligung

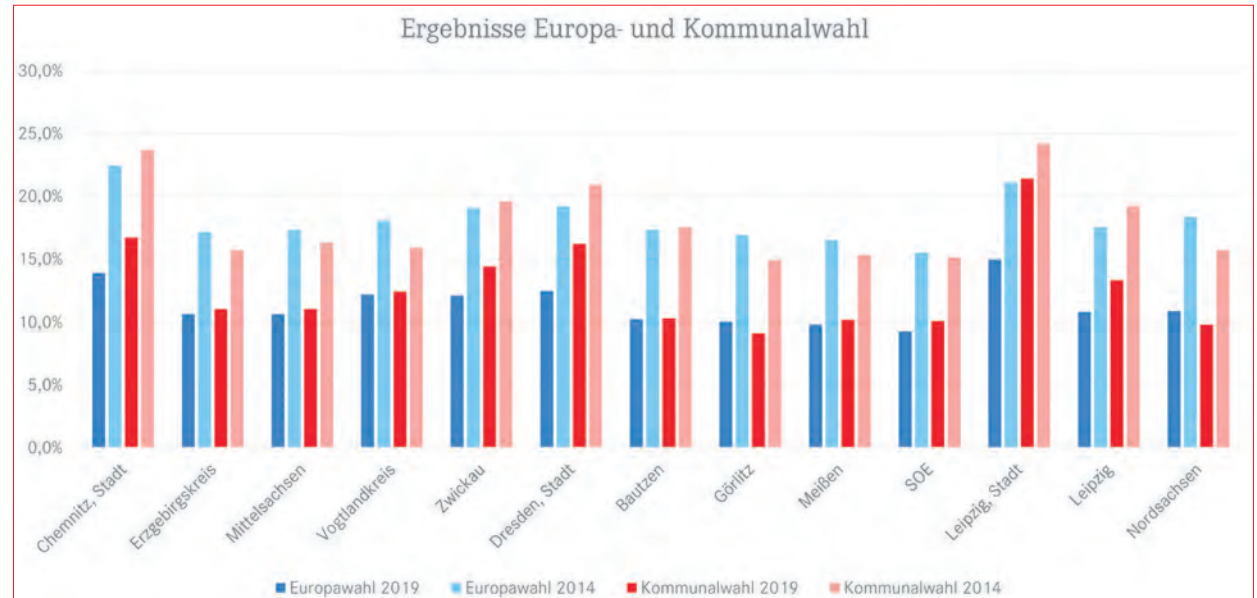
Die Wahlbeteiligung zur Europawahl in Deutschland stieg erneut – auf nun 61,4 Prozent. Im Vergleich zu 2014 lag sie um 13,3 Prozentpunkte höher. In Sachsen lag die Wahlbeteiligung mit 63,7 % erneut leicht über dem Bundesschnitt. Lag die Spannweite der Wahlbeteiligungen 2009 noch bei 28,7 Prozentpunkten (2009: Hamburg, Berlin 35 Prozent; Saarland, Rheinland-Pfalz über 55 Prozent), so beträgt der Abstand zwischen dem Bundesland mit der höchsten zu dem der niedrigsten Wahlbeteiligung 2019 11,7 Prozentpunkte (Sachsen-Anhalt 2019: 54,7 Prozent, Saarland 66,6 Prozent).

Ergebnisse der LINKEN im Bund sowie Ost- und Westdeutschland

Die Ergebnisse können uns nicht zufriedenstellen. Mit 5,5 % Anteil an den gültigen Stimmen konnten wir bundesweit nur 3,3 % aller Wahlberechtigten überzeugen, ihr Kreuz bei uns zu setzen. Wir haben zwar in der Differenz nur einen Verlust von 1,9 Prozentpunkten im Verhältnis zu 2014 (7,4 Prozent), andererseits als einzige größere Partei neben CDU und SPD Verluste erlitten. Zugewinne in Prozentpunkten der gültigen Stimmen konnten die Grünen (+9,8 Prozentpunkte), die kleinen („sonstigen“) Parteien (zusammen +4,1), die AfD (+3,9) und die FDP (+2,0) verbuchen.

Für die Betrachtung nach Ost- und Westdeutschland (jeweils inkl. des jeweiligen Berlin-Teils) stellt sich ein anderes Bild dar: In den alten Ländern büßte die SPD mit 12,3 Prozentpunkten doppelt so stark an Stimmenanteil ein wie die Union (-6,0). Während die Grünen mit Abstand zweitstärkste Partei im Westen werden und knapp 11 Prozentpunkte zulegen konnten, liegt die AfD mit 8,8 % und +2 Prozentpunkten deutlich auf dem vierten Platz. DIE LINKE hingegen erhält lediglich 3,8 % der gültigen Stimmen und damit etwa nur 1,5 Punkte mehr als die Satirepartei DIE PARTEI oder die Freien Wähler.

Bei uns im Osten liegen CDU (21,5 Prozent) und AfD (21,1 Prozent) nahe beieinander, ebenso wie die drei folgenden Parteien DIE LINKE (13,4 Prozent), SPD (12,2 Prozent) und die Grünen (11,6 Prozent). Die kleineren sonstigen Parteien kommen im Osten auf 15,8 % (West: 11,9 Prozent) und haben damit zusammen einen höheren Stimmenanteil als jede der Mitte-Links-Parteien. LINKE, SPD und CDU verlieren im Osten auf ähnlichem Niveau (-7,2 bis -8,6 Prozentpunkte), während vor allem die AfD mit +12,8 und die Grünen mit



+5,2 Punkten zulegen können. Weder der Block der im Bundestag vertretenen rechten und neoliberalen Parteien noch jener der Mitte-Links-Parteien hätte so eine Stimmenmehrheit im Osten – auch wenn der Abstand der Mitte-Links-Parteien auf den rechten Block immerhin zehn Prozentpunkte beträgt.

Ergebnisse in den Bundesländern

In absoluten Stimmen konnten wir zur Europawahl in den alten Bundesländern mit Ausnahme von Rheinland-Pfalz leicht (NRW, Hessen, Baden-Württemberg, Saarland) bis moderat (andere alte Bundesländer) zulegen, während wir in Gesamtberlin leicht und den ostdeutschen Flächenländern trotz gesteigerter Wahlbeteiligung insgesamt deutliche Stimmenverluste (-12 % der Stimmen von 2014 in Mecklenburg-Vorpommern, -19 % bis -20 % in Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt sowie -29,6 % der Stimmen in Thüringen) erleiden mussten. Misst man unsere Stimmenanzahl nicht an den gültigen Stimmen, sondern an den Wahlberechtigten, haben uns im Osten zwischen 7,2 % (Berlin, Brandenburg, Sachsen) und 8,3 % (Thüringen) gewählt. In Bremen und Hamburg (4,9 % bzw. 4,2 Prozent) sowie dem Saarland (3,9 Prozent) liegen wir zumindest über einem Zuspriech von drei % der Wahlberechtigten, während dieser in allen anderen westdeutschen Flächenländern unter drei Prozent, teilweise unter zwei % (Bayern, Rheinland-Pfalz) liegt.

Ergebnisse in Sachsen

Die Nachricht, dass die AfD bei der Europawahl in Sachsen stärkste Partei geworden ist, haben (leider) viele dankbar aufgegriffen. Ohne das hohe Ergebnis relativieren zu wollen, sei darauf hingewiesen, dass der Stimmenanteil der AfD auch in Sachsen schon einmal höher lag: Hatten die Rechten zur Bundestagswahl in Sachsen noch einen Stimmenanteil von 27,0 % und knapp 670.000 Stimmen, waren es bei der Europawahl 25,3 % und etwa 520.000 Stimmen.

Das ist freilich (zu) viel, aber auch keine Fortsetzung eines Aufwärtstrends.

Nicht zufriedenstellend ist unser Ergebnis. In Sachsen erhielten wir bei der Europawahl 11,7 % der Stimmen und damit 6,6 Prozentpunkte weniger als bei der Vorwahl (56.000 Stimmen weniger als 2014). Damit stimmten nur 7,3 % der Wahlberechtigten für uns (2014: 8,7 Prozent). Unser höchstes Ergebnis unter den Landkreisen und kreisfreien Städten erzielten wir wie 2014 in Leipzig (15 Prozent) sowie Chemnitz (13,9 Prozent) und Dresden (12,5 Prozent)

– wobei Chemnitz mit einem Minus von 8,5 Prozentpunkten den größten Verlust aushalten muss. Das geringste Sinken des Stimmenanteils gab es mit -5,8 Prozentpunkten im Vogtland. Mit Ausnahme Leipzigs haben wir bei der Europawahl auch überall an absoluten Stimmen verloren – in sieben Kreisen (Erzgebirge, Mittelsachsen, Bautzen, Görlitz, Meißen, SOE, Nordsachsen) mehr als ein Viertel unserer Stimmen.

Übrigens: Wenn man die Veränderung unseres Stimmenanteils mit der Wohnortgröße (gemessen an der Zahl der Wahlberechtigten in den Gemeinden bis 15.000 Wahlberechtigten) abgleicht, hängt unser Verlust nicht signifikant von der Wohnortgröße ab. Dennoch gibt es ein Großstadt-Land-Gefälle: In Leipzig, Dresden, Chemnitz und Zwickau schneiden wir besser ab als in den neun anderen Landkreisen.

Europa- und Kreistagswahlen im Vergleich

2014 lagen unser landesweites Ergebnis bei Europawahlen einerseits und Kreistagswahlen (sowie Stadtratswahlen in den drei kreisfreien Städten) andererseits nah beieinander. Während wir in Leipzig, Dresden und Chemnitz sowie Westsachsen kommunal 1,3 bis 3,1 Prozentpunkte über dem Europawahlergebnis lagen, lagen wir in sechs Kreistagswahlen unter dem Europawahlergebnis. Bei der Wahl in diesem Jahr war letzteres in nur noch zwei Kreisen der Fall, während sich die Ergebnisse der meisten Kreistagswahlen an das Europawahlergebnis angenähert und nun leicht darunter liegen. Anders ausgedrückt: Mit der Ausnahme von Bautzen sind unsere Verluste bei der Europawahl in allen Kreisen und kreisfreien Städten höher als bei der Kommunalwahl und die Abstände beider Wahlen gewachsen. Allerdings gibt es mehrere Erklärungsansätze, und auch die unterschiedliche Konstellation beider Wahlen (u. a. Antritte kleiner Parteien) muss bedacht werden.

Katja Kipping auf Sommertour

Auch 2019 geht Katja Kipping auf Sommertour in Sachsen. Dabei stehen Themen wie E-Mobilität in Südwestsachsen, regionale Wirtschaftskreisläufe, das soziale und ökologische Wirtschaften sowie die ökologische Landwirtschaft in Nord-sachsen im Blickpunkt. In der Lausitzer Kohleregion wird sich Katja mit den Potenzialen des Wandels einer Region befassen und in Hoyerswerda über die Verbindung grüner und sozialdemokratischer Ideen mit denen der Partei DIE LINKE sprechen. Vertreter*innen der Arbeitnehmerschaft der traditionsreichen Teigwaren Fabrik werden in Riesa mit ihr diskutieren.

Stationen:

1. Juli 2019 – Erzgebirge/Vogtland
2. Juli 2019 – Region Zwickau
3. Juli 2019 – Nordsachsen
4. Juli 2019 – Riesa/Meißen
5. Juli 2019 – Hoyerswerda/Lausitz

Weitere Informationen ab Ende Juni auf www.katja-kipping.de
Ansprechpartner:
mako.forberger@gmail.com

Mit „Streikkiste“ beim RVE

Antje Feiks über die Solidarität der LINKEN mit den Beschäftigten

Am 8. Mai standen von 2 Uhr morgens an 24 Stunden die Busse des RVE im Erzgebirge still. Ver.di hatte zum Warnstreik aufgerufen. Kernforderungen der Beschäftigten waren die Erhöhung des Stundenlohns, die Erhöhung der Vergütung für Auszubildende und eine Laufzeit des Tarifvertrages von 12 Monaten. Grund genug für mich und Angela Hähnel, die Streikenden zu unterstützen.

Beim Besuch der Streikenden lagen Enttäuschung und Selbstbewusstsein nah beieinander. Enttäuschung, weil bis dato kein Kreisrat, keine Politikerin und kein Politiker vor Ort gewesen war, obwohl es doch um ein Kreis-Unternehmen geht. Auch der Landrat hatte sich noch nicht sehen lassen. Enthusiasmus, weil es eben nicht nur um die eigene Brieftasche geht, sondern um die Attraktivität der Region, zu der ein funktionierender ÖPNV und gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze mit ordentlicher Bezahlung gehören. Wir sprachen über die Schweiz, weil dort scheinbar Dinge funktionieren. Auch über viele Details, die sofort verbessert werden könnten, z. B. schon die Taktung von Zügen und Bussen besser abzustimmen. Wir diskutierten darüber, wie schnell ein funktionierender ÖPNV wieder als stetiges und gutes Angebot an Akzeptanz gewinnen kann und waren uns schnell ei-

nig, dass das nach dem Rückbau seit der Wende dauern wird. Viele haben sich auf Individualverkehr eingerichtet. Umweltschutz und das Erreichen der Klimaziele sind nur denkbar mit funktionierendem Personennahverkehr. Mobilität ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und wird immer ein Zuschussgeschäft sein. Dafür Landkreise gut auszustatten, ist die dringendste Aufgabe, die steht.

Bei all den guten Gesprächen gab es auch Skepsis. Einige der Streikenden

haben mit der etablierten Politik, zu der leider auch wir LINKEN gezählt werden, gebrochen. Aus ganz unterschiedlichen Gründen. Es schwingt immer eine tiefe Enttäuschung mit. Vielleicht hat unser Besuch deutlich gemacht, dass wir an der Seite der Beschäftigten stehen und dass sie uns nicht egal sind – im Gegenteil: Wir machen Druck in ihrem Sinne.

Im Übrigen waren die Streiks erfolgreich. Die Beschäftigten haben ihren Abschluss bekommen.



Wenn LINKE am Kindertag wandern



Auch wenn wir trotz intensiver Werbung für unsere geführte Wanderung mit Programm leider nicht viele Teilnehmer überzeugen konnten, hatten wir einen tollen gemeinsamen Ausflug.

Unsere sieben Kilometer in der Nähe des Greifenbachstauweihers führten uns an Omis Steinweg entlang und über den Waldgeisterweg.

Wir waren die coolste Wandergruppe im Wald, denn wir hatten die Hexe

Schlotterknie dabei, die auch alle Kinder, die uns unterwegs begegneten, begeisterte und das beliebteste Fotomodell war.

Unser Ausflug war aber nicht nur eine tolle kollektivbildende Maßnahme, sondern auch noch eine allgemein-

bildende, denn es waren viele Quizfragen vorbereitet, u. a. zu Wald und Waldbewohnern. Auch Ökologie und Umweltschutz kamen nicht zu kurz, denn umherliegender Müll wurde gesammelt und mitgenommen.

• Kathleen Noack



Kommunalwahl vorbei, was jetzt?



Wenn Ihr diesen Artikel lest, dann sind die Kommunalwahlen vorbei und wir können alle über die Ergebnisse, Erfolge und Misserfolge diskutieren. Jetzt, wo ich diesen Artikel schreibe, liegen die Wahlen noch vor uns, was am Redaktionsschluss liegt. Trotzdem möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mich im Namen des Kreisvorstandes Erzgebirge bei allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft bedanken. Jede/r hat im Wahlkampf die Ziele unserer Partei auf lokaler Ebene vertreten und mit viel Engagement den Wahlkampf geführt. Allen am 26. Mai 2019 gewählten Abgeordneten, im Kreistag, den Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten wünschen wir viel Erfolg in ihrer Arbeit in den nächsten fünf Jahren. Alle nicht Gewählten werden auch in der Zukunft über die Arbeit der einzelnen Gremien informiert und in die aktive Mitarbeit einbezogen. Wichtig ist, dass der Kontakt nicht verloren geht, denn nach der Wahl ist bekanntlich auch immer vor der nächsten Wahl. Es wäre schade, wenn uns das Potential der nicht gewählten Kandidatinnen und Kandidaten verloren gehen würde. Hier liegt der Grundstein für die Kommunalwahlen 2024.

Gleichzeitig möchte ich die Gelegenheit nutzen und mich bei allen bisherigen Kreisräten, Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten sowie bei den Ortsvorstehern für die vielen Stunden ehrenamtlicher und unermüdlicher Arbeit in den Kommunen unseres Kreises zu bedanken. Es ist in der heutigen Zeit eben nicht selbstverständlich, dass sich Menschen so aufopferungsvoll für das Wohl unseres Gemeinwesens einsetzen. Jeder und jedem Einzelnen gebühren dafür unser Dank und unsere Hochachtung. Ihr habt viele Dinge zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger bewegt, versucht zu bewegen oder auch manchmal einfach nur den Finger in so manche Wunde gelegt. Lasst uns daran anknüpfen und weitere fünf Jahre erfolgreiche Kommunalpolitik gemeinsam gestalten. Glück Auf!

• Holger Zimmer, Kreisvorsitzender

Fridays for future in Zwickau

René Hahn freut sich über das Engagement

Getreu dem Motto „Global denken – Lokal handeln“ organisierten Schüler aus dem Landkreis am 25. Mai eine Demo in Zwickau. Damit waren sie eine von 250 Ortsgruppen, die bundesweit an dem Tag auf die Straße gingen. Sie zeigen, dass junge Leute an Politik, ihrer Umwelt und Zukunft interessiert sind. Und die Politiker sollten ihnen zuhören und sie ernstnehmen.

Bei der Europawahl zeigte sich deutlich, welchen Einfluss solche Bewegungen haben können. Die Grünen, die aktuell das Thema offenbar am glaubwürdigsten vertreten, lagen bei den Wählern unter 25 Jahren deutlich vorn. In Zwickau folgten dem Aufruf fast 700 junge Menschen. Die meisten von ihnen waren Schüler, aber keine Schwänzer. So hatten sie die Erlaubnis ihrer Eltern – manche kamen sogar mit zur Demo – und Schulleiter. An einigen Schulen wurde der Ausfall sogar nachgearbeitet.



Die Demo startete am Schumannplatz und führte durchs Zentrum zum Georgenplatz, danach weiter zum Neumarkt und endete am Muldeparadies.

Fast alle Redner waren unter 20 Jahre alt und überzeugten trotz Nervosität mit lautstarken Redebeiträgen, die durch klare Worte und gute Vor-

schläge überzeugten. Dies begann mit dem Hinweis darauf, bewusster einzukaufen oder auf Plastik zu verzichten. Aber auch an die Lokalpolitik haben sie Forderungen, wie das Radwegenetz besser auszubauen, kürzere Taktzeiten für Busse zu schaffen oder weniger Flächen zu versiegeln, um den Lebensraum für Insekten zu schützen.

Auch nach der Europawahl wollen sie aktiv bleiben und ihren Forderungen Gehör verschaffen. Um dies zu erreichen, wollen sie nicht nur demonstrieren, sondern auch konkrete Aktionen in Angriff nehmen. So riefen sie für den 7. Juni zu einer Müllsammelaktion auf. Eine Woche davor unterstützten sie auch schon die Anreise nach Chemnitz. Dort wurde gegen die Naziveranstaltung „Tag der deutschen Zukunft“ demonstriert und der gemeinsamen Anreise hatten sich immerhin 40 Leute per Bahn angeschlossen.

Franz Sodann bei den Demokratietagen

Die Tage für Demokratie und Toleranz in der Region Zwickau fanden vom 29. April bis 12. Mai statt und boten wieder viele Angebote von Länderabenden über Podiumsdiskussionen bis zu Lesungen. Eine Lesung fand am 6. Mai im politiKKontor in Kirchberg statt, dem BürgerInnenbüro von Horst Wehner. Bereits im Herbst 2018 hatte die Terminplanung begonnen und so konnten wir trotz seines vollen Terminkalenders Franz Sodann am 6. Mai zur letzten Veranstaltung in diesen Räumen begrüßen.

Mit seiner Lesung „Querbeet“ begeisterte er bereits in Wilkau-Haßlau das Publikum. Und so verwundert es nicht, dass einige der damaligen Gäste erneut den kurzweiligen und bisweilen nachdenklichen Texten lauschten. Jeder Platz war belegt, die maximale Gästezahl von 30 Personen

erreicht. Gerade zur letzten Veranstaltung im Büro hat mich das besonders gefreut. Das gilt auch für die Zusammensetzung der Gäste, zu denen Sympathisanten und Interessierte aus der nahegelegenen evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde zählten.

Im Anschluss gab es bei einem Imbiss noch persönliche Gespräche. Dieser Abend war ein wunderbarer Abschluss einer spannenden Zeit in Kirchberg. Ganz herzlich möchte ich Franz danken, der an diesem Abend und zuvor in meinem Verantwortungsbereich Gast bei Veranstaltungen war.

Ebenso herzlich danke ich den Mitgliedern des Ortsverbandes Zwickauer Oberland für die stetige Unterstützung.

• Simone Hock



Kirchberg in Festtagslaune

Traditionell ist am ersten Juniwochenende in Kirchberg eine ganze Menge los und zahlreiche Gäste von außerhalb besuchen die beschauliche Kleinstadt im Landkreis Zwickau. So auch in diesem Jahr. Los ging es am Samstag mit den Kirchberg Classics mit über 800 Oldtimern. Auf der Rundfahrt konnte man Fahrräder mit Motorantrieb, Mopeds, Motorräder, LKW und Feuerwehrfahrzeuge bestaunen. Besonderes Highlight war die große Rast am Talsperrenblick Pöhl. Einmal mehr war das ein gelungener Auftakt zum Festwochenende.

Dann hieß es „Wir feiern mit allen“. Zeitgleich fanden auf dem Festplatz an der Ernst-Schneller-Straße und der Freilichtbühne am Bohrberg der Familientag zum 57. Bohrbergfest sowie der 8. Regionale Behindertentag statt. Vereine wie der Sozialverband VdK Zwickau e. V., die Lebenshilfe Westsachsen e. V., die Stadtmission Zwickau e. V. und der „Verein geistig und körperlich Behinderte“ Glauchau e. V., stellten sich und ihre Arbeit vor. Gleichzeitig boten sie Aktionen zum Zuschauen und Mitmachen an. Im

Fokus standen Inklusion, Mobilität und Bewegung. Natürlich wurde auch ein buntes Bühnenprogramm geboten, etwa vom Inklusions-Ensemble Lebenshilfe Westsachsen e. V. zusammen mit dem Robert-Schumann-Konservatorium Zwickau. Des Weiteren gab es Beiträge des Grundschulchores, der Kindertagesstätten und vielen anderen. Für mich ein besonderer Höhepunkt war der Auftritt des Tanzkreises „Modus vi Vendi“ (Eine Art zu leben). In dieser Rollstuhltanzgruppe tanzen Rollstuhlfahrer*innen und Fußgänger*innen. Mich als aktiven Rollstuhltänzer hat dieser Auftritt natürlich besonders begeistert.

Bleibt zu erwähnen, dass der regionale Behindertentag 2021 in Werdau stattfinden wird. Dazu übergab die Kirchberger Bürgermeisterin Dorothea Obst den Staffelstab an den Werdauer (noch amtierenden) Oberbürgermeister Stefan Czarnacki. Ich bin gespannt, was sich die Stadt alles einfallen lassen wird. Von den vielfältigen Angeboten und der gelungenen Verbindung aus Regionalem Behindertentag und Familientag in Kirchberg war und bin ich jedenfalls begeistert. So geht gelebte Inklusion.

• Horst Wehner



Erhobenen Hauptes in die nächsten Wahlen!

Ein Resümee von *Uta Knebel, Bärbel Heym und Reinhard Heinrich*

Gut gekämpft und ein bisschen verloren

Dass es leicht werden würde, hätten wir sowieso niemandem geglaubt. Aber: Es liegt ein Wahlkampf hinter uns, der nicht immer nur schwer war, sondern der auch Spaß gemacht hat. Vielerorts und oft genug konnten wir unsere Standpunkte und die Ergebnisse unserer kommunalen Arbeit an die Frau und den Mann bringen. Es schien auch, dass unsere Infostände besser besucht waren als vor früheren Wahlen. Die Distanz der Menschen zu uns war oftmals geringer als sonst. Wo hätten wir es früher schon einmal erlebt, dass, wie in Coswig, die Ehefrau eines CDU-Stadtrats an unseren Stand käme, um zu unterschreiben? Für längeres gemeinsames Lernen zum Beispiel.

Nach dem bekannten Motto „nach der Wahl ist vor der Wahl“ waren die Aktivitäten der letzten Wochen aber auch lediglich ein Endsputt unserer ständigen Arbeit seit 2014.

Mit Prominenz gestartet

Der Startschuss fiel am 30. April in Riesa auf dem Mannheimer Platz mit dem Mitglied des Europaparlaments Dr. Cornelia Ernst, MdB Dr. André Hahn, MdL René Jalaß sowie Kandidatinnen und Kandidaten für Kreis- und Stadtrat und Mitgliedern unseres Kreisverbandes. Improvisierte Interviews unserer Vertreter informierten die Passanten über Ergebnisse und neue Ziele. Diese Veranstaltung fand sich selbstverständlich auch in Presse und regionalem Fernsehen wieder.

Den 1. Mai begingen Teile des Kreisverbands öffentlich mit dem schon traditionellen Familienfest in Coswig – unter aktiver Beteiligung der SPD und so manchen parteilosen Kommunalpolitikern. Die Genossinnen und Genossen aus Weinböhla und Coswig haben weder Zeit noch Mühen gescheut, das gut besuchte Fest zum schon gewohnten Erfolg werden zu lassen. Zeitgleich fand in Meißen ein Kandidatencafé statt.



Informationsstände auf Märkten in Coswig, Weinböhla, Gröditz, Großenhain, Meißen, Riesa, Radebeul und Strehla boten den Vormittagseinkäufern Gelegenheit, uns näher kennen zu lernen. Ein Höhepunkt in Meißen war die Kochtour mit frischen Zutaten vom Grünmarkt. Am Rande fand eine Talkrunde mit Meißener Stadtrats- und Kreistagskandidatinnen und -kandidaten und sowie dem Kandidaten zur Landtagswahl Rico Gebhardt statt. Auf Initiative von Bürgergruppen trafen sich auch in Meißen interessierte Einwohner zu drei Podiumsdiskussionen, wo natürlich Kandidaten von unserer Liste dabei waren.

Unsere Mitglieder engagierten sich bei Verteilaktionen mit Wahlzeitungen und eigenem Material sowie Straßenwahlkampf, verbunden mit der Unterschriftensammlung „Längeres gemeinsames Lernen“. In Coswig gründete sich eine lokale AG Öffentlichkeitsarbeit zur unbürokratischen Pflege der beiden Schaukästen und mittelfristig auch der Online- und Social-Media-Auftritte.

Viel gelaufen – wenig eingesammelt?

Für all den Einsatz gebühren unser Respekt und unser Dank allen Mitstreitern. Vor diesem Hintergrund erscheint das Wahlergebnis nicht gerecht. Auf kommunaler Ebene wurden wir offensichtlich auch für Versäumnisse der Bundespolitik verantwortlich gemacht. Das ist schmerzlich, hält uns aber nicht davon ab, uns auf neue Bedingungen für kommende politische Auseinandersetzungen einzustellen.

Wir haben kreisweit hohe Stimmenanteile verloren. Mit fast einem Drittel bei den Stadt- und Gemeindefürsitzern und einem reichlichen Drittel bei den Kreistagsitzern sind die Verluste deutlich sichtbar. Wir konnten von der größeren Wahlbeteiligung anscheinend nicht unmittelbar profitieren. Die Arbeit der Fraktionen vor Ort war wohl weniger ausschlaggebend bei der Wahlentscheidung.

Uta Knebel kann man bedenkenlos wählen

Eine erfreuliche Ausnahme bildet die Große Kreisstadt Riesa. Zwar ging für DIE LINKE auch hier ein Sitz im Stadtrat flöten, aber im Vergleich mit den anderen Listen sind wir mit einem blauen Auge davongekommen. Dazu kommt, dass unsere Spitzenkandidatin Uta Knebel mit einem Stimmenvorsprung von 1.500 Stimmen vor dem nächsten Kandidaten die Liste aller gewählten Stadträte anführt. Ein Erfolg, der allen Beteiligten Hochachtung abverlangt. Eine LINKE gewinnt die meisten Stimmen bei der Kommunalwahl – das war nur erreichbar, weil die ganze Links-Fraktion im Stadtrat in den letzten fünf Jahren linke Politik zum Anschauen und Anfassen gemacht hat. Der Kampf um den Erhalt des Verkehrslandeplatzes,



die Senkung der Elternbeiträge für Kitas, die Abschaffung der Straßenbaubeitragssatzung mit dem neuen Doppelhaushalt und der überfraktionale Beschluss zur Aufstockung des feuerwehrtechnischen Personals in den neuen Doppelhaushalt, initiiert durch DIE LINKE, haben unübersehbare Akzente gesetzt. Unser kritischer Standpunkt zur derzeitigen Schulnetzplanung und unsere konstruktiven Vorschläge

haben uns in der Stadt offensichtlich spürbare Anerkennung gebracht. Das Wahlergebnis gibt uns Recht und wir machen so weiter.



Alles was Recht ist – der laxer Umgang mit der Demokratie in Meißen

Meißen kommt aus den Schlagzeilen nicht raus. Wurde 2018 noch über die Vorgänge im Meißener Rathaus, die Allianz aus CDU und AfD zur Rettung des OB-Kandidaten Raschke und die Unregelmäßigkeiten bei den Wahlgängen berichtet, dachte jeder – „die Stadt wird schon gelernt haben.“ Fehlanzeige! Auch dieses Jahr wurden Regeln wieder nach Gutsherrenart ausgelegt. So war es der FDP beispielsweise gestattet, ein großes Banner im Innenstadtbereich zwischen ein Privathaus und ein städtisches Verwaltungsgebäude zu spannen – übrigens realisiert von der freiwilligen Feuerwehr. Eigentlich ist dort Plakatieren verboten. Die Antwort des Rathauses: Das Plakat hänge höher als 4,5m – damit gelten die Regeln nicht.

Deutschlandweit für Aufsehen sorgte Meißen aber damit, dass in einem (bisher bekannten) Fall bereits vorausgefüllte Wahlzettel mit drei Kreuzen bei der AfD zur Briefwahl verschickt wurden. Was tat das Rathaus? Schweigen! Wie immer duckte sich die Verwaltung, allen voran der Oberbürgermeister, weg und war weder bereit, zeitnah an die Öffentlichkeit zu gehen, noch etwas zu unternehmen. Strafanzeige wurde dann durch einen LINKE Stadtrat und unser Wahlausschussmitglied erstattet. Es wird sich zeigen, was die Ermittlungen ergeben und welche Konsequenzen das Rathaus ziehen wird. Es bleibt nur zu hoffen, dass demokratische Spielregeln auch in Meißen wieder mehr Beachtung finden und die überregionale Berichterstattung mehr Positives als Peinliches beinhalten wird!

• Tilo Hellmann & Andreas Graff

Bautzen nach der Wahl

Die Kreisvorsitzende *Marion Junge* über Ergebnisse und nächste Schritte

*Liebe Genossinnen und Genossen,
Kandidierende und Wahlkämpfer/innen,*

im Namen des Kreisvorstandes DIE LINKE. Bautzen bedanke ich mich für euren engagierten Wahlkampf in den vergangenen Wochen. Die Wahlergebnisse bei den Europa- und Kommunalwahlen für uns LINKE sind frustrierend und machen sehr nachdenklich.

Die AfD mit ihrem EU-feindlichen Kurs ist Wahlsieger in Sachsen mit 25,3 Prozent geworden. Die CDU erreichte 23 Prozent und wir 11,7 Prozent bei der Europawahl. Vor fünf Jahren hatten wir einen Stimmenanteil von 18,3 Prozent. Eine herbe Niederlage für DIE LINKE in Sachsen! Natürlich freuen wir uns, dass Cornelia Ernst als unsere Europaabgeordnete gewählt wurde. Herzliche Glückwünsche an Conny Ernst!

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen sind ernüchternd. Im Landkreis Baut-



zen (Kreistagswahl) wurde die AfD mit 29,4 Prozent Wahlsieger (29 Sitze), ge-

folgt von der CDU mit 29,1 Prozent (29 Sitze) und an dritter Stelle erreichten wir Linke ein Wahlergebnis von 10,3 Prozent (10 Sitze). Vor fünf Jahren hatten wir einen Stimmenanteil von 17,5 Prozent und somit 18 Sitze im Kreistag Bautzen. Ein herber Verlust für unsere Arbeit im flächengrößten Landkreis Sachsens. Herzliche Glückwünsche dennoch an unsere neu gewählten Kreisrätinnen und Kreisräte!

In fast allen Gemeinde- und Stadträten hat DIE LINKE weniger Mandate als 2014 erreicht. Besonders hart sind die Verluste in den Mittelzentren Kamenz (statt sieben jetzt vier Stadträte), Hoyerswerda (statt acht jetzt fünf Stadträte) und Bautzen (statt sieben jetzt drei Stadträte). In Nebelschütz errang Lukas Delenk mit 8,4 Prozent und in Großröhrsdorf Richard Elsner mit sechs Prozent als Neueinsteiger ein kommunales Mandat. Herzliche Glückwünsche! Wir wünschen allen

gewählten Stadt-, Gemeinde- und Ortschaftsräten viel Erfolg und Kraft für die bevorstehenden Aufgaben.

In den nächsten vier Wochen sollten wir miteinander, im Kreisvorstand, Ortsvorständen und Basisregionen, die Europa- und Kommunalwahlen analysieren und Ursachen für die Wahlniederlage benennen. Ich bitte um Eure Anregungen, Kritiken, Vorschläge und Beteiligung an den Diskussionen zur Wahlauswertung. Nur gemeinsam können wir die Politik verändern! Jeder von uns trägt politische Verantwortung.

Bitte versucht, die nicht gewählten Kandidierenden in die kommunalpolitische Arbeit aktiv einzubeziehen. Wir brauchen jede/n Mitstreiter/in für eine soziale, transparente und bürgerbeteiligte Kommunalpolitik.

*Mit solidarischen Grüßen
Marion Junge, Kreisvorsitzende*

Verlässliche Gesetze zum Kohleausstieg!

Caren Lay fordert Klarheit für alle

Nach mehrmaligem Verschieben hat das Bundeskabinett endlich Eckpunkte für die Hilfen zum Strukturwandel beim Kohleausstieg beschlossen. Ein Gesetzentwurf jedoch lässt weiter auf sich warten. Und die GroKo-Krise nach dem Rücktritt von Andrea Nahles scheint die Fliehkräfte innerhalb der Bundestagfraktionen von CDU und SPD noch zu stärken. So fühlen sich die sächsischen GroKo-Spitzen Kretschmer und Dulig schon genötigt, auf ein Umsetzen des Kohlekompromisses zu drängen, bevor die Koalition auseinander fliegen könnte. Die GroKo verliert Zeit, so kann es nicht weiter gehen! Die sogenannte Kohlekommission hat in ihrem Abschlussbericht

ziemlich klare Empfehlungen abgegeben, was zu tun ist. Mit den Eckpunkten liegt aber noch immer kein einziger Gesetzentwurf vor, den der Bundestag beraten könnte. Die Menschen in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen, zum Beispiel bei uns in der Lausitz, brauchen aber endlich Klarheit, wie der Ausstieg gestaltet werden soll und wie es danach in ihrer Region weiter gehen wird.

Zudem werden zentrale Empfehlungen bereits jetzt nicht mehr verfolgt: Zum Thema Beschäftigungssicherung findet sich im Eckpunkt Papier leider kein Wort. Dabei ist das entscheidend für diejenigen, die Angst haben, ins

„Bergfreie“ zu fallen. Und statt einem Staatsvertrag ist nur noch von einer Bund-Länder-Vereinbarung die Rede, die viel weniger verbindlich wäre. So schafft man keine Planungssicherheit für die Menschen und die Regionen.

Statt wie Bundeswirtschaftsminister Altmaier immer noch allerorten eine Batterieproduktion zu versprechen, sollte die Bundesregierung endlich Nägel mit Köpfen machen und ihre angekündigten Gesetzesentwürfe vorlegen. DIE LINKE wird im Bundestag darauf hinwirken, dass Beschäftigungssicherung und demokratische Mitwirkung vor Ort darin verankert werden.

Meinst Du, die Russen wollen Krieg? – Das Versagen der deutschen Außenpolitik im Verhältnis zu Russland

Informations- und Diskussionsrunde mit

- Wolfgang Gehrcke – ehemals Bundestagsabgeordneter und außenpolitischer Sprecher der Linksfraktion
- Christiane Reymann, Journalistin

Moderation: Heiko Kosel, Landtagsabgeordneter und Historiker

**Dienstag, 25. Juni 2019,
17 Uhr
Röhrscheidtbastei,
Mühlorgasse 1,
02625 Bautzen**

Heimkinder dankten Häftlingen der JVA Bautzen

Am 27. Mai waren Heimkinder aus Ustinad Labem (Tschechien) bei Häftlingen der Bautzener Justizvollzugsanstalt zu Besuch. Sie bedankten sich damit für eine von den Häftlingen gesammelte Spende für ihr Heim. Ganz nebenbei erfuhren die Kinder, wie es hinter den Gefängnismauern aussieht und wie die Gefangenen mit der Verbüßung ihrer Strafe und ihrer Vergangenheit umgehen. Das Projekt mit Präventivcharakter findet bereits seit mehreren Jahren statt. Dabei werden abwechselnd Heimkinder aus Deutschland, Polen und Tschechien mit Spenden bedacht.

Die Initiative dazu hatte vor über einem Jahrzehnt ein polnischer Häftling

ergriffen. Unterstützt wird das Projekt von dem in Bautzen ansässigen Sächsischen Landesverband für soziale Rechtspflege e.V., der gleichzeitig Träger der Europäischen Beratungsstelle für polnische und tschechische Gefangene ist und sich in hervorragender Weise um die Resozialisierung von Straffälligen bemüht, dies insbesondere auch grenzüberschreitend.

Da ich als Rechtsanwalt beobachten konnte, wie sich einige meiner Mandanten mit großen Engagement an diesem Projekt beteiligten und welche positiven Wirkungen das auf die Häftlinge und die beteiligten Kinder hatte, freut es mich besonders, dass dieses

Projekt nun auch die gebührende politische und gesellschaftliche Anerkennung erfährt, indem z. B. der Botschafter der tschechischen Republik, Tomáš Jan Podivínský, und die tschechische Generalkonsulin Markéta Meissnerová an diesem Tag anwesend waren und den Häftlingen aus allen drei Staaten für dieses einzigartige Projekt dankten. Es erfreut mich besonders, dass mit diesem Häftlingsprojekt von Menschen, von denen man es nicht unbedingt erwartet, der Gedanke des europäischen Miteinanders und der Mitmenschlichkeit deutlich zum Ausdruck gebracht wird.

• Heiko Kosel



Eine Frage der Sichtbarkeit

Katja Kipping über Selbstermächtigung und das Theaterstück „In meinem Namen“

„Ich habe eine Bitte. Könnten Sie bei Ihrer Rede zum Frauentag nicht in meinem Namen sprechen und sagen, Jana Lenauer unterstützt diese Position?“ So wandte sich vor einer Weile eine Dresdnerin an mich. Zuvor hatte sie mir berichtet, dass sie als Performerin an einem Theaterstück im Kleinen Haus mitwirke. Der Regisseur Wojtek Ziemiński wollte auf der Bühne Fragen der Repräsentanz bearbeiten: Was passiert, wenn jemand im Namen von anderen spricht? Dazu hatte das Theater eine Ausschreibung an Frauen zwischen 40 und 70 gestartet. Diese begann mit der Frage: „Fühlen Sie sich unsichtbar?“ Lenauer, die sowohl eine Ausbildung zur freiwilligen Feuerwehrfrau als auch zur Yogalehrerin absolviert hat, war eine der Frauen, die sich meldeten. In der Zusammenarbeit dreier Frauen und eines Teams aus Schauspielerinnen und Musikern entstand das Theaterstück „In meinem Namen“. Darin wird u.a. auf spielerische Art die Geschichte ihrer

Kündigung verarbeitet. Sie sei viel zu emotional, hatte ihr Chef ihr vorgeworfen. Übrigens in einer Tonlage, die alles andere als ruhig war. Aber zu emotional – so was kommt ja angeblich nur bei Frauen vor.

Dass Jana Lenauer mich aufsuchte, war Teil der Arbeiten am Stück. Sie wollte durch eine Politikerin, die sie schätzt, sichtbar werden. Ich habe ihr daraufhin vorgeschlagen, dass sie bei unserer Veranstaltung zum 8. März das Wort ergreife. Sicherlich gibt es Situationen, in denen ich als Abgeordnete auch für andere sprechen muss. Im Bundestag können nur Abgeordnete reden. Also nutze ich meine Redezeit oft, um über das Leiden an Hartz IV zu berichten, von dem mir Menschen berichten, die selber kein Rederecht bekommen. Oder wenn ich in einer Talkshow über die Mietenexplosion eingeladen bin und kein Betroffener in der Runde sitzt, nutze ich die Öffentlichkeit, um zu verdeut-



lichen, was die Geschäftspolitik von Deutsche Wohnen und Co. für die Mieterinnen und Mieter bedeutet. Jedoch war mein Ansatz nie paternalistisch. Vielmehr geht es uns als Linken ja um Selbstermächtigung. Darum, möglichst viele von unseren Ressourcen zu nutzen, um die Selbstorganisation und Wehrhaftigkeit der Betroffenen zu unterstützen. Jana war überrascht, aber begeistert und ergriff am 8. März das Wort. Diese Rede wurde in dem Stück verarbeitet. Jana beschreibt sie als Moment ihrer größten Sichtbarkeit. Und nicht nur sie, auch die anderen Frauen sind in der Beschäftigung mit Sichtbarkeit über sich selbst hinausgewachsen. Insofern kann ich den Besuch des Stücks „In meinem Namen“ am Kleinen Haus in Dresden wärmstens empfehlen. Für mich war diese Erfahrung sowohl ein kulturelles Highlight als auch eine Ermutigung, dass es auch auf eine andere Art, Politik zu machen, ankommt.

Kommt vorbei im Gärtjen!

Das Gärtjen ist die einzigartige Symbiose aus meinem Wahlkreisbüro und einem Freiraum mit Gemeinschaftsgartenfläche, ein Politisierungs- und Veranstaltungsraum. Als Büro habe ich bewusst einen Garten gewählt, denn in dieser Form ist die aktive Beteiligung an der Gestaltung des Ortes durch die Besucher*innen möglich und attraktiv. Das Konzept geht auf. Vom Aufbau der Infrastruktur bis zur Gestaltung eigener Abende haben sich viele Menschen beteiligt. Dabei kommt es, beinahe nebenbei, zu einem regen Austausch auf Augenhöhe. Bei vielen ist ein persönlicher Bezug zu dem Ort gewachsen. Ich möchte Beteiligung erfahrbar machen!

Dafür verfüge ich über eine Fläche von 400 Quadratmetern in unmittelbarer Nähe zum Landtag: meine „revolutionäre Parzelle“ am Messering 1 in 01067 Dresden. Hier biete ich mit meinem Team ein vielfältiges Bildungsprogramm über die Sommermonate an. Der Fokus der Veranstaltungen liegt darauf, Besucher*innen zu eigenem Engagement zu befähigen. Dazu braucht es sowohl inhaltliche Kenntnis als auch praktische Fähigkeiten. So entwickelt das Gärtjen eine Wirksamkeit über mein Mandat hinaus. Jeder Monat des Veranstaltungsprogrammes hat einen eigenen Schwerpunkt. Beginnend mit Europa im Mai, Demokratie & Teilhabe im Juni und Nachhaltigkeit im Juli endet das Programm in der Auseinandersetzung mit dem Rechtspopulismus im August. Infos gibt es hier: www.gaertjen.de, www.facebook.com/gaertjen

Ich lade herzlich ein, uns durch den Sommer zu begleiten und das Gärtjen mit zu nutzen und zu gestalten.

• Anja Klotzbücher

Öffnungszeiten: *Mittwoch 12 bis 21 Uhr, Donnerstag 14 bis 19 Uhr, Raumnutzung nach Vereinbarung. Kontakt: 0151/61931296, team@gartjen.de www.gaertjen.de*

12. Juni 2019, 19-21 Uhr
Vortrag von Paul Werner: Cyber bis Wolkig

Wer ist eigentlich der Endboss: NSA, Google oder Axel Voss? Ist das Internet schon verloren? Wie dunkel ist es im Darknet und können dort nur Drogen

gekauft werden? Und warum konnte das LKA die Gruppe Freital durch ihre „sichere“ Telegram-Gruppe belasten?

15. Juni 2019, 11 bis 16 Uhr
Workshop mit dem Kollektiv Skills for Action

Es gibt viele Anliegen, für die sich streiten lässt. Außerhalb der Parlamente sind Protest und ziviler Ungehorsam zwei davon. In Übungen und Rollenspielen erprobt ihr, euch vor und während einer Aktion zu koordinieren, mit

Ängsten und Befürchtungen umzugehen – und ihr lernt Moderationstechniken kennen. Anmeldung bis 10. Juni: team@gartjen.de

19. Juni 2019, 19:30-21 Uhr
Vortrag des Zentrums für politische Schönheit: Widerstand im Kunstpelz

„Widerstand ist eine Kunst, die wehtun, reizen und verstören muss“ erklärt das ZPS. Darüber wollen wir debattieren.

Eine Gesellschaft für alle! Perspektiven für eine linke Behindertenpolitik



landesweiter Inklusions-Stammtisch
15. Juni 2019, 14 Uhr
WIR AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden

Liebe Inklusions-Aktivist*innen und an Inklusion interessierte Genoss*innen, am Samstag, den 15. Juni 2019 treffen wir uns ab 14 Uhr zu einem ersten landesweiten Inklusions-Stammtisch in der WIR AG in Dresden.

Diesem ist kein konkretes Thema zugeordnet. Vielmehr geht es um ein erstes Kennenlernen und Vernetzen von bzw. mit anderen Inklusions-Aktivist*innen im Landesverband sowie einen Austausch zu regionalen Gegebenheiten.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Genoss*innen Eures Kreis- bzw. Stadtverbandes teilnehmen würden. Jede*r ist herzlich eingeladen. Um besser planen zu können benötige ich eine Rückmeldung per Mail an: inklusionsbeauftragte@dielinke-sachsen.de oder telefonisch unter: 0351 - 85 32 751

Kathleen Noack,
Inklusionsbeauftragte

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN

Am 25. April 1945 trafen sowjetische und US-amerikanische Einheiten auf der zerstörten Elbbrücke bei Torgau zusammen und besiegelten symbolisch, mit einem Handschlag, das Ende des Zweiten Weltkrieges. Die russischen und US-amerikanischen Soldaten versprachen sich, dass „die Nationen der Erde in Frieden leben sollten und müssten“. Die Landesarbeitsgemeinschaft Deutsch-Russische Freundschaft beteiligte sich an den Feierlichkeiten zum ELBE DAY in Torgau. Am 25. April fanden die offiziellen Feierlichkeiten der Stadt statt und am 27. April die Demonstration der Friedensfreunde über die Elbe-Brücke. Die Demo wurde von der DKP und von #aufstehen organisiert.

Am Vormittag des 25. April hatte die LINKE von Torgau eine Aktion an einem gut frequentierten Platz organisiert. Es gab ein großes Runddach und einen Pavillon mit Bistrotischen. Wir hatten unser Banner der LAG Deutsch-Russische Freundschaft angebracht. So waren unsere Forderungen gut sichtbar: NATO raus aus dem BALTIKUM und NATO HÄNDE WEG VON RUSSLAND, DIE KRIM IST RUSSISCH, das hatten die Torgauer noch nicht gesehen. Alle, die stehenblieben, bekamen einen Flyer überreicht, der enormen Rüstungsausgaben der NATO und Deutschlands nannte und die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland forderte. Unsere Infostandaktion wurde begleitet von Dr. Cornelia Ernst, unserer Europaparlament-Kandidatin.

Um 13 Uhr begann in Beilrode die Wiedereröffnung des rekonstruierten Panzer-Denkmales. Zu dieser Feierlichkeit hatte der parteilose Bürgermeister eingeladen. Er begrüßte den russischen Konsul Sergej J. Netschajew, den Bürgermeister von Wolgograd, Anrey Koso-

ELBE DAY 2019 in Torgau

Regina Silbermann über Feierlichkeiten und Friedensdemos



lapov, den Leiter der Wolgograder Filiale der Russischen militärhistorischen Gesellschaft Viktor Vasilevskii, den Sächsischen Staatsminister der Justiz, Sebastian Gemkow, den stellvertretenden Leiter der Föderalen Agentur Rosstrudnitchestwo Jury Metelev und andere, aber auch ein russisches Akkordeon-Ensemble. Nach den Eröffnungsreden

spielte das Akkordeonorchester in den alten Uniformen der Roten Armee.

Am 24. April 1975, dem 30. Jahrestag der Begegnung der russischen und US-amerikanischen Soldaten auf der Elbe-Brücke war der sowjetische Panzer auf einen Sockel erhoben worden und dient seit dem als Denkmal für die Befreiung

von Faschismus. Dieses Denkmal bedurfte einer dringenden Sanierung. Dafür erhielt die Gemeinde Beilrode einen hohen fünfstelligen Betrag von einer russischen Person. Dazu wurden Spenden gesammelt und dann das Panzerdenkmal in einen repräsentativen Zustand gebracht.

Auch bei der Kranzniederlegung am Denkmal der Begegnung in Torgau waren wir zugegen. Dort waren sehr viele Ehrengäste anwesend, die von der Bürgermeisterin von Torgau, vorgestellt wurden. Es waren Abordnungen der russischen Streitkräfte, der Bundeswehr und der US-Armee anwesend. Wir, die Abordnung der LAG DRF legten ein Blumengebilde nieder. Es wurden gute Reden auf den Frieden gehalten, auch von der US-amerikanischen Abordnung. Jedoch sieht die Wirklichkeit anders aus. Es werden täglich Spionageflüge entlang der russischen Grenze geflogen und russische Jets müssen täglich mehrmals aufsteigen, um diese Eindringlinge abzuwehren. Die NATO rüstet ständig mehr auf in den baltischen Staaten, entlang der russischen Grenze und bei Kaliningrad. Dann wirken die Reden am Denkmal wie hohle Phrasen. Lasst uns gemeinsam tatsächlich etwas tun, damit der Frieden mit Russland und auch mit allen Nationen erhalten bleibt. Fordern wir gemeinsam, dass keine US-amerikanischen und NATO-Truppen Sachsen als Durchmarschgebiet an die russische Grenze nutzen. Lasst uns etwas unternehmen, damit die Flugplätze in Leipzig und Dresden nicht mehr für Waffen- und Rüstungstransporte genutzt werden dürfen. Wir wollen Frieden mit Russland, Beendigung der Sanktionen gegen Russland. Wir wollen auch Frieden und Handel mit der Ukraine und allen anderen Ländern.

Würdiger Gedenkort zum Druck des „Kapitals“ in Leipzig

Für die angemessene Würdigung des bevorstehenden 200. Geburtstages von Karl Marx im Mai 2018 hatte die Leipziger LINKE im Sommer 2017 einen ganz besonderen Einfall. Da die Erstausgaben der drei Bände seines ökonomischen Hauptwerkes „Das Kapital“ alle in Leipzig gedruckt worden waren, beantrage die Fraktion, an einen weiteren der jeweiligen Druckorte angemessen zu erinnern, nachdem es seit 1983 bereits eine Gedenktafel am Rossplatz für die Druckerei von Otto Wigand gibt, in der 1867 der erste Band gedruckt worden war.

Das Vorhaben dauerte allerdings wesentlich länger als gedacht, denn die Besitzverhältnisse am ehemaligen Standort der Druckerei von Guido Albert Reusche in der Brüderstraße 26-28 entpuppten sich als recht kompliziert. Das Gebäude ist heute eine Unterkunft des Studentenwerks Leipzig und die Genehmigung des Eigentümers ließ etwas auf sich warten. Nun aber ist seit dem 13. Mai die Gedenkskulptur dort, wo sie hingehört, direkt am Studentenkeller („STUK“), gegenüber dem Anatomiegebäude. Finanziert wurde das Projekt übrigens über einen Spendenaufruf, der exakt 5.564 Euro erbrachte. Ist man in dieser Ecke der Leipziger City unterwegs

und richtet seinen Blick nach oben, sieht man einen großen Stapel Bücher, aus dem drei Bände seitlich herausragen, sodass man beinahe fürchten muss, dass der Stapel gleich umkippt. Die Inschrift am Fuß der Bücherskulptur lautet: Druck des „Kapitals“ Band II/von Karl Marx im Jahr 1885/an diesem Ort bei Reusche/Stadt Leipzig 2018.

Das Kunstwerk wurde von Philipp Fritzsche geschaffen, der den kleinen Wettbewerb für sich entschied. Der Künstler hatte seit 2001 an der Burg Giebichenstein in Halle studiert, war Meisterschüler bei Prof. Ute Pleuger und hat seit 2003 sein Atelier in der berühmten „Spinnerei“ im Ortsteil Neulindenau. Wie viel Nachdenken über die Gefährdungen unserer Gesellschaft in dem Bücherstapel stecken, beschrieb er in seiner Ideenskizze: „Ein Stapel von Büchern rankt auf einem Podest an der Fassade des heutigen Studentenwerks in der Brüderstraße 26-28 und dem ehemaligen Standort der Druckerei von Guido Albert Reusche in die Höhe. Drei Bücher des Turmes sind nach links gerückt und prägen/beherrschen das Gesamtbild der Edelstahlskulptur. Sie stehen für die drei marxschen Bände (alle in Leipzig gedruckt), während der II. Band hier an

diesem Ort am weitesten hervorragt.“ Bei der Einweihung der Installation beschritt die Stadt Neuland. Unter Anspielung auf die berühmte Disputation zwischen Luther und Eck genau 500 Jahre zuvor, kündigte Kulturbürgermeisterin Dr. Skadi Jennicke (DIE LINKE) in ihrer Eröffnungsrede zwei Redner an, die nicht gegensätzlicher hätten sein können: Stadtrat Michael Weickert von der CDU und den linken Kulturpolitiker Marco Götze. Während der junge Christ-



demokrat Marx nur noch als historische Figur verstanden wissen wollte, der spätestens mit der Einführung der sozialen Marktwirtschaft erledigt sei, war LINKE-Stadtrat Götze deutlich anderer Meinung: Er hält „Das Kapital“ keinesfalls für erledigt, sondern nach wie vor für ein Buch mit wichtigen Anregungen zum Verständnis der globalen kapitalistischen Gegenwart.

Der 200. Geburtstag von Karl Marx im letzten Jahr führte weltweit zu einer verstärkten Beschäftigung mit seinem Leben und Werk. Er gilt als der einflussreichste politische Denker des 19. und 20. Jahrhunderts. Diese Einschätzung wird auch dadurch belegt, dass die UNESCO 2013 beschloss, das „Kommunistische Manifest“ und den ersten Band des „Kapital“ in das Weltregister des Dokumentenerbes aufzunehmen. Die Entscheidung wird mit dem Einfluss dieser in alle Sprachen übersetzten Schriften auf die sozialen Bewegungen weltweit begründet. Die Stadt Leipzig als weltweite Kulturmetropole hat mit einer geringfügigen Verspätung dazu nunmehr einen weiteren würdigen Gedenkort beigesteuert.

• Volker Külöw

Bundesweit 5,5 Prozent statt 7,4 Prozent. Nur noch fünf Abgeordnete statt deren sieben. In Sachsen in allen Landkreisen abgeschlagen hinter CDU und AfD. Selbst in Dresden und Leipzig war nur der vierte Platz drin. Das sind die nackten Zahlen der LINKEN-Wahlschlappe bei der Europawahl 2019 in Deutschland beziehungsweise Sachsen. Damit bestätigen wir den europäischen Trend und dürfen uns wenigstens das Leid teilen. In nahezu allen anderen Ländern, die bei der Wahl zum Europäischen Parlament antraten, musste die jeweilige Linke eine Niederlage einstecken. Alexis Tsipras rief nach der Schlappe von Syriza in Griechenland gar Neuwahlen aus. Kleine Ausnahme bleibt Belgien, wo die PTB-PVDA (Parti du Travail de Belgique) einen Sitz gewinnen konnte. Alles in allem verliert die GUE/NGL wohl zehn Sitze und kommt auf nunmehr 42 Mandate im neuen Parlament.

Die Gründe hierfür sind sicherlich vielseitig. Einige kann man als Partei kurz- oder mittelfristig kaum beeinflussen. Für unsere Strategie, also Wahlprogramm, unsere Kampagne und unser Auftreten im Wahlkampf – dafür können wir schon etwas. All dies war leider mit zu wenig klarem Profil, mit wenig Mut und letztlich einem diffusen und unverständlichen ‚Jein‘ zu Europa durchdrungen. Wir haben es nicht geschafft, unsere zu meist treffliche Analyse und Kritik der gegenwärtigen Verfasstheit der Europäischen Union – die über die Parteiflügel hinweg im Kern doch dieselbe ist – in eine linke Vision zu gießen, mit der man Leute am Infostand und in Diskussionen begeistern kann. Das Gros der Jugend hat Bock, Europa zu gestalten. Sie hat Bock auf Politik,

Das war wohl nüscht mit Europa

Andy Sauer (Text und Foto) über die Rechnung für fehlenden Mut und Visionen



möchte etwas reißen und die eigene europäische Zukunft mitgestalten. Und wen wählt sie für all das? Uns

nicht wirklich. Nur 7 Prozent bei den Unter-30-jährigen, während die GRÜNEN auf 29 Prozent kommen. Leider

ist das in meinen Augen nachvollziehbar.

Sowohl die europäischen Rechte als auch wir haben fundamentale, wenn gleich völlig unterschiedliche Kritik am Zustand der EU. Jene Rechte hat uns jedoch aktuell zwei entscheidende Dinge voraus. Erstens: Weitestgehend breite Wahlerfolge bei der Europawahl. Zweitens: eine eigene Erzählung von der Zukunft Europas. Und diese beiden Punkte haben etwas miteinander zu tun. Während wir seit Jahren im ‚Jein‘ zu Europa rundümpeln, schaffen es die rechten Akteur_innen, eine eigene Vision von Europa zu schaffen. Eine ziemlich ekelhafte eines Europas der Vaterländer, aber eben eine eigene Story, mit der sie es schafft, ihr Klientel zu mobilisieren. Die oben genannten jungen, motivierten und proeuropäischen Menschen überzeugt man mit dem von uns im Wahlprogramm gemalten Bild Europas ziemlich offensichtlich gar nicht.

Haben wir endlich den Mut, eine linke Vision für Europa zu schaffen und dafür zu streiten! Haben wir endlich Mut, den Leuten da draußen für ihre Zukunft Mut zu machen! „Wir haben eine fundamentale Kritik an der EU und möchten einen sozialen und demokratischen Neustart dieser“ lässt sich wirklich gar nicht gut durch Straßen rufen. Dabei konnten wir so etwas ja schon mal besser. Wann immer die Linke ein unliebsames Staatswesen durch ein eigenes, linkes ersetzen wollte und das mithin gar schaffte, klang welcher Hall durch die Straßen? Der einer Republik. Lasst uns daran anschließen. Lasst uns nach dieser verkorksten Europawahl endlich durch die Straßen rufen: „Die Union ist tot, es lebe die Republik Europa!“

Streiten wir voran!

Diesmal: **E-Roller**. Dafür oder dagegen?

Pro – von Marius Neubert

Elektro-Scooter müssen auf der Straße oder dem Radweg fahren, darum ist die Gefährdung von Fußgänger_innen gering. Auf Grund der Maximalgeschwindigkeit von 20 km/h ist das Gefahrenpotential wohl sowieso nicht höher als bei Fahrrädern, die viel schneller werden können. Es ist unwahrscheinlich, dass sie zur Verdrängung von Fahrradfahrer_innen führen, sondern sie stellen vielmehr eine gute Alternative zum Rad dar, insbesondere für ältere, beeinträchtigte oder einfach faule Leute, die dem sportlichen Teil des Radfahrens wenig abgewinnen können oder wollen. Damit können Scooter einen Beitrag zur Reduzierung des Autoverkehrs in vollen Städten leisten. Ich halte Elektro-Scooter für eine hervorragende Ergänzung



Foto: Razor Scooter / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 4.0

eines fortschrittlichen Verkehrskonzepts.

Contra – von Andy Sauer

Die E-Roller sollen nun und anders als zuerst geplant nur auf Radwegen fahren. Warum? Die Fußwege sind zu eng, es ist zu gefährlich. Nun gilt dies jedoch auch gänzlich für die ohnehin überfüllten, wenn überhaupt vorhandenen Radwege. Die Rollerbreite von bis 70 cm und ihre nicht gerade hohe Maximalgeschwindigkeit führen dazu, dass flotte Radler_innen gezwungen sind, beim Überholen auf die Straße auszuweichen. Das nervt und ist gefährlich. Klar sind E-Roller besser als Autos. Weitere Verkehrsteilnehmende auf den Radweg zu stopfen, ohne dieselben auszubauen und sicherer zu machen, wird aber zu mehr Gefährdung der Rad- aber auch Rollerfahrer_innen führen. So kommt man sich nur in die Quere und erzeugt gegenseitig Hass. Die lachenden Dritten: die Leute im Auto.

Gemeinsamer Theaterbesuch in Dresden

Am 27. April stand bei der Linksjugend Dresden und bei der Linksjugend Meißen ein Theaterbesuch im Staatsschaupiel Dresden auf dem Plan. An diesem beteiligten sich auch einige interessierte Jugendliche, welche vorher noch nichts mit der Linksjugend zu tun hatten.

Auf der Bühne war das Stück „Das blaue Wunder“ vom Regisseur Volker Lösch zusehen. In diesem wurde sehr drastisch und erschreckend dargestellt, was passiert, wenn die Aussagen von AfD-Politiker_innen zuende gedacht werden und ihren Worten Taten folgen würden.

Dem entgegen standen immer wieder Statements von Organisationen und Einzelpersonen aus Dresden, welche sich seit Jahren gegen rechts in der Stadt engagieren. Darunter auch Menschen aus unserem Jugendverband, welche ihre eigene Geschichte der letzten Jahre und

Wünsche für diese Stadt erzählten. Den Abschluss bildete ein Bürger_innenchor, der das Publikum dazu aufrief, sich stärker gegen rechts zu engagieren.

Nach dem Stück hatten wir die Möglichkeit, mit der Dramaturgin sowie einigen Schauspieler_innen zu sprechen. Es entwickelte sich schnell eine lebhaft Diskussion nicht nur über das Gesehene, sondern auch über die aktuelle politische Lage sowie Möglichkeiten, gegen die AfD und andere Rechte Flagge zu zeigen.

Am Ende gingen wir mit gemischten Gefühlen nach Hause: Zum einen immer noch erschrocken über das Gesehene, aber trotzdem gestärkt für unseren Kampf für ein weltoffenes und tolerantes Dresden. Auch wegen der motivierenden Worten der Schauspieler_innen.

• Karl Lehmann

Drei Jahre EU-Türkei Deal

Cornelia Ernst über Hotspots in Griechenland und die Rettung von Menschenleben

Pünktlich zum 3. Jahrestag des EU-Türkei-Deals am 18. März veröffentlichte DIE WELT einen Artikel, in dem die Vereinbarung als gescheitert beschrieben wird. Das wird mit den schlimmen Zuständen in den Hotspots auf den griechischen Inseln in der Ägäis und den niedrigen Abschiebungsquoten von dort in die Türkei begründet.

Grund genug, Resümee zu ziehen und einen Blick auf die Fakten, Zahlen und Zusammenhänge zwischen dem Türkei-Deal und den Hotspots in Griechenland zu werfen.

Der EU-Türkei-Deal sieht vor, dass Flüchtlinge, die ohne Einreiseerlaubnis von der Türkei nach Griechenland kommen, von dort zurückgeschickt werden sollen. Im Gegenzug sollen Syrer, die sich in der Türkei befinden, in die EU überstellt werden, sobald die Ankunfts zahlen gesunken wären. Außerdem sollen sechs Milliarden Euro an Hilfsmitteln an die Türkei gezahlt werden, um die Aufnahme von Flüchtlingen dort zu unterstützen.

In der praktischen Umsetzung bedeutete dies, dass Menschen, die aus der Türkei kommend auf den griechischen Inseln ankamen, dort bleiben müssen und nicht in andere Teile der Türkei transferiert werden können, da ansonsten von der Türkei die Rücknahme verweigert werden würde. Werfen wir einen Blick auf die Zahlen.

Nachdem im Jahr 2015 knapp 900.000 Menschen über das Mittelmeer nach Griechenland gekommen waren, sank deren Zahl 2016 auf knapp 180.000, 2017 waren es, wie dann auch 2018, nur noch 30.000. Allerdings sind in 2018 wesentlich mehr über die Landgrenze am Evros nach Griechenland gekommen. Deren Zahl stieg von 4.000 in 2015 auf 18.000 in 2018.

Während 2015 nur 13.195 Asylanträge in Griechenland gestellt wurden, liegt diese Zahl seit 2016 bis heute bei ungefähr 50.000 im Jahr, mithin die meisten Asylanträge pro Einwohner in der EU.

Ein genauerer Blick auf das vergangene Jahr verdeutlicht die aktuelle Situation. Von Januar bis November 2018 kamen 28.031 „Drittstaatsangehörige ohne Einreiseerlaubnis“, die also unter den EU-Türkei-Deal fallen, auf den Inseln der Ostägäis an, wie der zuständige Minister Vitsas in einem Brief an den LIBE-Ausschuss des Europaparlaments schrieb. Im selben Zeitraum wurden von den Inseln 23.014 Personen auf das griechische Festland überstellt, da ihrem Asylersuchen in Griechenland stattgegeben wurde. Die Zahl für das ganze Jahr 2018 liegt bei 29.090. Damit haben die griechischen Behörden annähernd so viele Menschen von den Inseln auf das Festland befördert, wie auf

den Inseln aus Richtung Türkei angekommen sind.

In den Hotspots auf den Inseln Lesbos, Samos, Chios, Leros und Kos ist es im Laufe des Jahres 2018 gelungen, die Zahl der Menschen deutlich zu verringern, wobei die Hotspots auf Lesbos und Samos nach wie vor weit über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus belegt sind. So befanden sich etwa im November 2018 16.899 Menschen in den Hotspots, im Februar 2019 waren es noch 12.330. Davon entfielen 9.232 auf die Hotspots in Samos und Lesbos. Niemand, der sich die Hotspots in Griechenland angeschaut hat, wird bestreiten, dass die Zustände dort inakzeptabel sind.

Allerdings stellt sich die Frage, ob solche Hotspots, wie sie auf Betreiben der EU eingerichtet wurden, überhaupt unter menschenwürdigen Bedingungen zu

Griechenland waren es 2017 insgesamt 1.487, von Januar bis November 2018 dann 290 Personen. Die Zahl entspricht etwa einem Prozent der Personen, die im selben Zeitraum aus der Türkei angekommen sind. EU-Kommission und Regierungschefs hatten sich deutlich höhere Zahlen erhofft, was sich auch in den wiederkehrenden Forderungen zeigt, dass die Rückführungsquoten gesteigert werden müssten.

Insofern lässt sich feststellen, dass das Abkommen betreffs der Abschiebungen gescheitert ist. Diese haben nicht in dem von der Kommission gewünschten Ausmaß stattgefunden. Daraus aber ein Versagen der griechischen Regierung zu konstruieren ist böswillig – in Athen weist man darauf hin, dass unter anderem das EU-Recht vorschreibt, dass Asylanträge einzeln geprüft werden müssen. Und wenn die Türkei kein sicheres Land ist, entscheiden griechi-

schwerde eingelegt hatten. Und dabei steht Deutschland – in absoluten Zahlen gesehen – im EU-Vergleich noch gut da.

Nimmt man an dieser Stelle die Ankunfts zahlen in den Jahren 2016 bis 2018 zusammen und vergleicht sie mit den Überstellungen und Abschiebungen, wird deutlich, dass nur knapp zehn Prozent der Menschen ein legaler Weg zum Schutz außerhalb Griechenlands gewährt wurde.

Um die anerkanntermaßen schwierige Situation auf den Inseln zu bewältigen, standen der Regierung in Griechenland EU-Mittel zur Verfügung. Weiteres Geld wurde zudem „für die Situation in Griechenland“ bereitgestellt. Diese gingen nicht an die Regierung, sondern an die vor Ort aktiven internationalen Organisationen wie UNHCR und IOM. So gingen im Rahmen der Notfallunterstützung seit Anfang 2015 insgesamt 816,4 Millionen Euro nach Griechenland, und davon allein 548,9 Millionen direkt an UNHCR und IOM. 260 Millionen Euro erhielten die griechischen Behörden selbst. Wenn die EU-Kommission darauf verweist, weitere 613,5 Millionen Euro zu zahlen, so sind dies Mittel aus den EU-Fonds für Innere Sicherheit sowie für Asyl und Migration. Diese sind Teil der regulären Förderung für sieben Jahre, von 2014 bis 2020. Diese Gelder sind projektgebunden und können in überwiegender Mehrheit ausschließlich zur Grenzsicherung und für Projekte im Bereich Strafverfolgung genutzt werden. Auch wenn an vielen Stellen anderes zu lesen war, wurden diese Mittel konsequent abgerufen und auch ordnungsgemäß abgerechnet.

Hinter all den Zahlen verbirgt sich ein politischer Streit. Die Gelder, die Griechenland zur Verfügung gestellt wurden, sind nicht geeignet, um die unmenschliche Situation in den Hotspots maßgeblich zu verbessern. Stattdessen können mit diesen Mitteln Fingerabdruckscanner, Überwachungskameras und Zäune angeschafft werden. In der Logik der EU-Kommission sollen die Gelder die Situation verbessern, indem die Anzahl an Menschen verringert wird, die per Boot in Griechenland ankommen. Diese Zahl ist, wie gezeigt, seit März 2016 deutlich gesunken, hat sich aber seitdem auf einem festen Niveau stabilisiert. Ruft man sich die geografischen Gegebenheiten in der Ägäis vor Augen – tausende Küstenkilometer direkt vor der türkischen Küste – dann ist fragwürdig, wie mit Grenzschutz und Überwachung deren Zahl noch gesenkt werden soll. Tatsächlich bleiben nur zwei Alternativen. Die eine wird derzeit von Italiens Regierung praktiziert, die nicht mehr rettet und auch keine Geretteten an Land lässt. Die andere wird von Griechenland praktiziert: hier wird noch gerettet.



Warteschlange für die Registrierung bei den serbischen Behörden, Prevevo, Kleinstadt in Südserbien an der mazedonischen Grenze

führen sind. Klar ist in jedem Fall, dass eine große Summe Geld notwendig ist, um tausende teils traumatisierte Menschen eingesperrt hinter Drahtzäunen in strukturschwachen Gegenden human unterzubringen. Dabei sind die Hotspots grundsätzlich als Durchgangsstationen konzipiert, sollen doch die Menschen aus den Hotspots schnell an andere Orte kommen. Die EU müsste ihre finanzielle Unterstützung für Griechenland erhöhen, um die Situation auf den Inseln zu entschärfen.

Die Situation in der Türkei

Der Kern des Deals mit der Türkei sieht die Abschiebung von Syrern in die Türkei vor. Man geht dabei davon aus, dass die Türkei ein sicherer Drittstaat für Flüchtlinge ist – doch dies ist schlicht nicht der Fall.

Aus Griechenland wurden von März bis Ende 2016 insgesamt 801 Menschen aufgrund des Deals in die Türkei abgeschoben. Aufgrund bilateraler Vereinbarungen zwischen der Türkei und

sche Behörden gegen eine Abschiebung.

Bereits Ende 2015 wurden in der EU Maßnahmen erlassen, auf deren Grundlage bis zu 120.000 Geflüchtete aus Griechenland und Italien in andere EU-Staaten übersiedelt werden sollten. Die Teilnahme der aufnehmenden EU-Staaten war jedoch freiwillig, und die Resonanz insgesamt gering. Auch eine Aufstockung der Pläne auf 160.000 brachte keine nennenswerte Änderung. Als das Programm Ende 2017 eingestellt wurde, waren grob 30.000 Menschen in andere EU-Staaten überstellt worden, davon etwa 20.000 aus Griechenland. Seither besteht für eine Umverteilung von Asylsuchenden aus Griechenland nur die Möglichkeit der Familienzusammenführung unter der Dublin-Verordnung. Im Jahr 2018 wurde eine solche Familienzusammenführung 2.115 Mal beantragt und in nur 885 Fällen genehmigt. Dabei wurde mehr als die Hälfte dieser Zustimmungen nur erteilt, nachdem die griechischen Behörden in Deutschland Be-



EUROPEAN UNITED LEFT/
NORDIC GREEN LEFT
EUROPEAN PARLIAMENTARY
GROUP

Seit Februar ist die Katholische Akademie mit einer neuen Veranstaltungsreihe unterwegs, dem Sachsensofa. Doch schon bei der Vorstellung hagelte es Kritik, weil die Oppositionsfractionen nicht eingeplant waren. Wie ist die Idee entstanden und warum waren zunächst keine Gäste der Oppositionsparteien am Start?

Lassen Sie mich Eines voranstellen: Als Leiter des Kommissariats der Katholischen Bischöfe im Freistaat Sachsen übe ich keine Kontrolle auf die Projekte der Katholischen Akademie des Bistums Dresden-Meißen aus. Wir arbeiten gut zusammen, aber die Katholische Akademie (KA) handelt eigenständig. Konkret zur Veranstaltungsreihe des Sachsensofas sage ich, dass ich die zugrundeliegende Idee und das Format für sehr gelungen halte: Der KA geht es darum, Debatten zu gesellschaftlichen Fragen mit prominenten Vertretern auch in die kleineren Kommunen des Freistaats zu bringen und dabei den Austausch zwischen „denen da oben und uns hier unten“ zu verbessern. Solche Gesprächsforen – unabhängig von der Parteienlandschaft – waren überfällig.

Aber ein Kritikpunkt war ja, dass die Veranstaltungsreihe mit Fördermitteln finanziert wird. „Vom Freistaat geförderte Wahlkampfunterstützung“ lautete der Vorwurf mit Blick auf das Fehlen der Opposition. War es taktisch nicht unklug, die Opposition nicht sofort einzubeziehen?

Die Idee des Sachsensofas knüpft gerade nicht an einer Befragung und Stellungnahme der etablierten Regierungsparteien an, sondern sie lädt ein zur Diskussion über konkrete die Gesellschaft bewegende Sachthemen. Dass anfangs zu dieser Diskussion keine Vertreter aus der Opposition angefragt wurden, war keine Strategie, sondern schlichtweg eine Unaufmerksamkeit. Im freundschaftlichen und konstruktiven Diskurs mit dem Direktor der KA habe ich dies auch als einen „Webfehler, der uns lernen lässt“ bezeichnet. Die KA hat umgehend nachgebessert. Als ich angefragt wurde, ob ich bereit wäre, zusammen mit dem Fraktionsvorsitzenden der LINKEN auf dem Sofa ins Gespräch zu kommen, habe ich gerne zugesagt. Und ich finde, dass es ein gutes Gespräch in gegenseitiger Wertschätzung war.

Die Gesellschaft driftet auseinander – nicht nur im sozialen Bereich, sondern ganz besonders im politischen und gesellschaftlichen Miteinander. Die Sprache im Diskurs ist von Hass geprägt. Wo sieht die Katholische Kirche hier ihre Aufgabe?

Über die Aufgaben, die wir als Kirche in der Gesellschaft haben, könnte ich mit Ihnen stundenlang sprechen. So kurz vor dem Pfingstfest, dem Fest des Heiligen Geistes, liegt eines für mich besonders nah: Durch den Heiligen Geist wirkt Gott in uns, er eint die Menschen, wie er damals die Jünger Jesu Christi geeint hat. Unsere Hauptaufgabe als Kirche in der heutigen Gesellschaft sehe ich darin, in diesem einigenden Geist zu wirken, Vorbehalte, Vorurtei-

„Staat und Kirche haben gemeinsame Aufgaben“

Simone Hock, Mitglied im Katholikenrat des Bistums Dresden Meißen, sprach mit Diakon Dr. Daniel Frank, Leiter des Katholischen Büros Sachsen

le, Verachtung und Hass abzubauen, Grenzen und Ausgrenzung zu überwinden, Vertrauen und ein rücksichtsvolles Miteinander zu stiften. Dieses Anliegen muss unseren Alltag durchziehen. Und ich vertraue darauf: Der Heilige Geist kommt uns auch in Menschen entgegen, die nicht getauft sind.

In den alten Bundesländern erlebt man es häufiger, dass sich Kirchengemeinden oder Bistümer an Aufrufen zum Widerstand gegen menschenfeindliche Positionen und Demos beteiligen. Das ist im Osten nicht so üblich. Der Katholikenrat des Bistums positioniert sich zwar deutlich, auch mit der Unterstützung des Friedensfestes in Ostritz. Aber vom Bischof hört man wenig. Woran liegt das?

Zunächst muss ich Ihnen erwidern, dass ich – als „Außenminister“ der drei Bistümer, die sich mit dem Freistaat Sachsen überlappen – hier eine andere Wahrnehmung habe: Die Bischöfe von Dresden-Meißen, Görlitz und Magdeburg haben immer wieder in Predigten, Presseerklärungen, Gesprächen und Foren offen und klar Stellung gegen Positionen bezogen, die dem christlichen Menschenbild und der katholischen Soziallehre zuwider laufen. Sie haben sich aber bewusst zurückgehalten, wenn die sächsische Bevölkerung pauschal in den Medien als demokratieunfähig und fremdenfeindlich an den Pranger gestellt wurde, wie z.B. nach der letzten Bundestagswahl. Solche Verurteilungen helfen auch nicht weiter, sondern führen nur zur nächsten Eskalationsstufe.

Den Bischöfen wie auch meinen Mitbrüdern im Priester- und Diakonenamt geht es ganz klar darum, mit Besonnenheit den Zusammenhalt und das Vertrauen in die Demokratie zu stärken.

Immer wieder Streitpunkt: Die staatliche Finanzierung der Kirchen. Wie setzt sich diese zusammen?

Bei diesen Fragen wird regelmäßig sehr viel in einen Topf geworfen, was nicht zusammengehört; eine Differenzierung ist bitter nötig. Erstens erhalten die Kirchen als Träger sozialer Aufgaben und Einrichtungen (wie z.B. Krankenhäuser, Altenpflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten) – wie jeder andere Träger solcher sozialer Einrichtungen auch – gesetzlich genau vorgeschriebene Refinanzierungen. Darin liegt keine Privilegierung der Kirchen, weil die Refinanzierung landesweit einheitlich gilt. Zweitens: Die Kirchensteuer stellt keine Staatsleistung dar, sondern sie wird durch die Kirchen gegenüber ihren Mitgliedern erhoben. Die staatlichen Finanzämter erbringen mit der Einziehung der Kirchensteuer lediglich eine Dienstleistung für die Kirchen, die sie dem Staat wiederum mit drei Prozent der Kirchensteuereinnahmen vergüten. Da Landes- und Bistumsgrenzen nicht identisch sind, halte ich es für zweckmäßig, Ihnen die Zahlen für das Bistum Dresden-Meißen zu nennen. Das Kirchensteuerbruttoaufkommen dieses Bistums betrug 2018 36,9 Mio. €. Abzüglich der an die Finanzverwaltung abzuführenden Verwaltungsgebühr von 1,1 Mio.€ verbleibt ein tatsächliches

„Ist vor Clearing“ von 35,8 Mio. €. Drittens erhielt das Bistum Dresden-Meißen im Jahr 2018 Staatsleistungen in Höhe von 909.435 €. Davon stammen 592.172 Euro vom Freistaat Sachsen und 317.263 € vom Freistaat Thüringen. Die Staatsleistungen stehen dem Bistum dabei allgemein zur Erfüllung seines kirchlichen Auftrags zur Verfügung. Die in den Staatsverträgen geregelten Zahlungen begründen sich auf dem geschichtlichen Vermögenszug der Kirchen.

Es wird immer wieder die Abschaffung der Staatsleistungen gefordert, wie es seit 1919 Verfassungsauftrag ist. Wie steht die katholische Kirche Sachsen dazu, eine Abschlusssumme festzulegen und damit die Staatsleistungen nach GG zu beenden?

Der Verfassungsauftrag in Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 Satz 2 WRV spricht nicht von Abschaffung, sondern von einem Ablösen der Staatsleistungen. Gemeint ist damit, dass die Länder mit den Kirchen auf der Grundlage eines vom Bund noch zu schaffenden Ablösegrundsatzgesetzes eine Vereinbarung treffen, gegen welche (einmalige) Abschlussleistung oder -zahlung die Staatsleistungen für die Zukunft eingestellt werden. Wie hoch eine solche Einmalzahlung für den Freistaat Sachsen wäre, lässt sich derzeit nicht sagen, da es eben an einem Ablösegrundsatzgesetz fehlt. Insoweit lässt sich auch keine Aussage darüber treffen, was diese Ablöse für den Haushalt der Katholischen Kirche bedeuten würde. Es lässt sich aber eine einfache Betrachtung anstellen. Wie gesagt erhielt das Bistum Dresden-Meißen im Jahr 2018 Staatsleistungen in Höhe von 909.435 €. Wenn wir dem gegenüberstellen, wieviel Vermögen das Bistum jährlich in gesellschaftliche Aufgaben investiert, die nicht oder nicht vollständig staatlich refinanziert werden (Schulen, Erwachsenenbildung, kulturelle Angebote, Beratungseinrichtungen der Caritas, ...), so belaufen sich diese Ausgaben auf über 3 Mio. €. Das heißt: mit mehr als drei Mio. € bringt sich die katholische Kirche im Bistum Dresden-Meißen jährlich im Dienst an der Gesellschaft ein. Angesichts dessen ist die Frage, ob die Zeit für eine Ablösung reif ist, eine Frage, die Kirche und Staat nur im Einvernehmen beantworten können und sollten.

Welchen Wunsch haben Sie an die Politik im Allgemeinen und an DIE LINKE im Besonderen?

Kirche und Staat sind zwar voneinander getrennt, aber sie haben gemeinsame Aufgaben und stehen vor gemeinsamen Herausforderungen. Es ist enorm wichtig, dass Kirche nicht auf ihren innerkirchlichen Bereich verengt gesehen, sondern als gesellschaftlicher Partner wahrgenommen und in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbezogen wird. Nun zu DIE LINKE: Als geborener DDR-Bürger sehe ich diese Partei als Nachfolgepartei der damaligen SED, welche offensiv kirchenfeindlich war; ich wünsche mir, dass sich DIE LINKE mit dieser Vergangenheit auseinandersetzt. Vielleicht könnten dann kirchenfeindliche Tendenzen, oder nennen wir es Vorbehalte gegen die Kirchen, die ich noch heute bei Teilen der LINKEN wahrnehme, abgebaut werden.





Ausschüsse

Über die Bedeutung von kommunalen Ausschüssen

Seite 3

Städtebauförderung

Positionspapier zur Weiterentwicklung der Städtebauförderung

Seite 4

Selbstverwaltung

Grundsatzpapier des SSG zur Kommunalen Selbstverwaltung

Seite 4

Seminare

Zum Rüstzeug für die ersten Sitzungen in den kommunalen Vertretungen

Seite 4

Nach den Kommunalwahlen ...

Nachdem die Wahlergebnisse vom 26. Mai bekannt gegeben wurden, begann die Prüfung des Wahlergebnisses durch die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde (RA). Sie hat die Gültigkeit der Wahl binnen einer Frist von einem Monat zu prüfen. Im Falle der Wahlanfechtung beginnt die Wahlprüfungsfrist am Tag nach der Entscheidung der RA über den letzten Einspruch.

Innerhalb einer Woche nach der öffentlichen Bekanntmachung des Wahlergebnisses kann gegen die Wahl unter Angabe des Grundes Einspruch bei der Rechtsaufsichtsbehörde erhoben werden. Wird die Wahl von der RA innerhalb der Wahlprüfungsfrist nicht beanstandet, ist sie als gültig anzusehen. Die Gewählten treten dann ihr Amt nach Feststellung der Gültigkeit der Wahl durch die RA oder nach ungenutztem Ablauf der Wahlprüfungsfrist an.

Nun steht an, sich auf die konstituierende Sitzung der Stadt- und Gemeinderäte bzw. der Kreistage vorzubereiten. Die Fraktionen müssen sich neu finden und ihre Vorstände wählen. Erste Überlegungen sind anzustellen, wie die Ausschüsse und andere Gremien zu besetzen sind. Genau um diese Themen soll es in den Beiträgen dieser Ausgabe der Kommunal-Info gehen. Wie die Vertretung in den Aufsichtsräten kommunaler Unternehmen zu erfolgen hat, wurde bereits in der vorangegangenen Ausgabe Nr. 4/2019 behandelt.

Kommunale Fraktionen

Nunmehr steht nach der Kommunalwahl fest, wer das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler erhalten hat und in den neuen Gemeinderat, Stadtrat oder Kreistag einziehen wird. Bis zur ersten konstituierenden Sitzung der neuen Gemeinde- oder Stadträte und Kreistage haben sich jetzt die Fraktionen neu zu bilden, denn die bisherigen Fraktionen hören mit dem Ende der Wahlperiode auf zu existieren.

Fraktionsbildung

§ 35a der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) enthält die allgemeinen Bestimmungen über die Bildung von Fraktionen im Gemeinderat. Näheres über die Bildung, die Stärke der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten innerhalb des Gemeinderats hat die Gemeinde durch Geschäftsordnung zu regeln. Dazu gehören u.a.

- der Akt der Fraktionsbildung (ihre Bezeichnung, der Name des Vorsitzenden, des Stellvertreters sowie die Na-

men der Mitglieder), der Zeitpunkt, Form und Anzeige gegenüber dem Bürgermeister;

- die Fraktionsstärke;
- Rechte von Fraktionen im Zusammenhang mit dem Geschäftsgang im Gemeinderat (z. B. Antragsrecht, Anfragerecht, Recht auf Geschäftsordnungsanträge, Entsendungsrecht in Ausschüsse) innerhalb des rechtlichen Rahmens, den die Sächsische Gemeindeordnung zulässt.

Wenn nachfolgend von den Fraktionen im Gemeinderat die Rede ist, dann sind selbstverständlich die Stadtratsfraktionen immer mit gemeint. Da für die Fraktionen in den Kreistagen § 31a der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) analoge Regelungen enthält, gelten die hier getroffenen Aussagen sinngemäß im Grundsatz auch für die Kreistagsfraktionen.

Nach § 35a Absatz 1 SächsGemO können sich Gemeinderäte zu Fraktionen zusammenschließen. Das heißt:

- Fraktionen beruhen auf freiwilligem Zusammenschluss, die Gründung erfolgt durch freie öffentlich-rechtliche Vereinbarung ihrer Mitglieder;
- eine Verpflichtung zur Fraktionsbildung oder zum Beitritt von Fraktionen besteht somit nicht;
- Mitglieder der Fraktion können nur Gemeinderäte sein, keine Mitglieder können z.B. sachkundige Einwohner oder Fraktionsbedienstete sein.

Es liegt in der Natur eines Zusammenschlusses, dass eine Fraktion aus mindestens 2 Personen bestehen muss. In den Geschäftsordnungen von Gemeinderäten kann bestimmt werden, dass mindestens 5 Prozent der Mitglieder des Gemeinderats eine Fraktion bilden können. Sogar eine Mindeststärke von 10 Prozent der gesamten Vertretungskörperschaft für einen Fraktionsstatus ist in der Rechtsprechung mit dem Minderheitenschutz für vereinbar gehalten worden.¹

Sinn und Funktion

Eine Fraktion ist der freiwillige Zusammenschluss politisch gleichgesinnter Mandatsträger, die für die Entscheidungsfindung ihre Vorstellungen aufeinander abstimmen. Der Sinn einer Fraktion besteht darin,

- die kommunalpolitische Willensbildung unter Gleichgesinnten zu koordinieren, durch eine fraktionsinterne Vorberatung der Tagesordnungsgegenstände eine zügige Behandlung derselben in der Gemeinderatssitzung zu unterstützen und so die Gemeinderatsarbeit zu optimieren und effektiv zu gestalten;
- die einzelnen Mitgliedern der Kommunalvertretung zustehenden Rechte durch den Zusammenschluss in einer Fraktion wirksamer zu gestalten, dem Einzelnen den Zugang zu Informationen zu erleichtern, durch Arbeitstei-

lung in der Fraktion das Wirken der Gesamtheit der Fraktionsmitglieder effektiver zu gestalten.

In der Regel handelt es sich bei Fraktionen um die Vereinigung der Mitglieder des Wahlvorschlages einer Partei oder Wählervereinigung. Möglich ist aber auch die Bildung einer Fraktion aus mehreren Parteien und Wählervereinigungen bzw. aus Bewerbern oder Gruppierungen, die sich erst nach der erfolgten Wahl mit der Konstituierung des Gemeinderats zusammenfinden.

Jedoch darf es keine nur vorübergehende, fiktive oder auf kurzzeitige Einzelzwecke ausgerichtete Gemeinschaft sein, etwa aus bloß taktischen Erwägungen zur Absicherung von Sitzen in Ausschüssen des Gemeinderats. Fraktionen sind nicht für einen nur vorübergehenden Zweck möglich, sondern sie werden nur anerkannt als Vereinigung von Mitgliedern mit gemeinsamen Grundanschauungen zu einem relativ dauerhaften Zusammenschluss.²

„Ein Zusammenschluss von Gemeinderäten lässt sich nur dann als Fraktion im Sinne des § 35a SächsGemO qualifizieren, wenn seine Mitglieder in wesentlicher Hinsicht übereinstimmende politische Überzeugungen besitzen.“

Rechtsstatus der Fraktion

Kommunale Mandatsträger schließen sich in Fraktionen nicht als natürliche Personen zusammen, sondern kraft ihrer öffentlich-rechtlichen Stellung als gewählte Mitglieder der Vertretungskörperschaft. Deshalb kann der Zusammenschluss in der Fraktion auch nicht auf der Basis des Privatrechts (z.B. als eingetragener Verein) erfolgen, sondern Fraktionen sind von ihrer rechtlichen Natur her ein öffentlich-rechtliches Gebilde. Die SächsGe-

Fortsetzung auf folgender Seite



Fortsetzung von Seite 1

... Fraktionen

mO trifft hierzu in § 35a, Absatz 1 die klarstellende Bestimmung, dass Fraktionen „Organeile des Gemeinderats“ sind.

Als „Organeil“ ist die Fraktion die Fraktion jedoch keine juristische Person, sondern eine nicht rechtsfähige Personenvereinigung. Als solche besitzt sie aber die Beteiligungsfähigkeit im Kommunalverfassungsstreitverfahren, soweit es zur Wahrnehmung der Fraktionsrechte erforderlich ist.

Wenn Fraktionen „Organeile des Gemeinderats“ sind, hat das weiterhin zur Folge:

- dass Fraktionen in ihrer Tätigkeit der SächsGemO unterliegen, dies gilt insbesondere für die Wahrung der Verschwiegenheitspflicht nach § 19 Absatz 2 und § 37 Absatz 2 SächsGemO;
- dass Fraktionen „öffentliche Stellen“ im Sinne von § 2, Absatz 2 des Sächsischen Datenschutzgesetzes sind und damit die bei ihrer Tätigkeit anfallende Datenverarbeitung und Datenweiterleitung den allgemeinen Vorschriften dieses Gesetzes zu entsprechen hat;
- dass Fraktionen nicht Teil einer Partei oder Wählergemeinschaft sind und jene daher auch keine Aufträge oder Weisungen an die Fraktionen erteilen können, in Verbindung mit § 35 Absatz 3 SächsGemO („freies Mandat“).

„Freies Mandat“ sowie rechtliche und organisatorische Unabhängigkeit der Fraktion von der Partei schließen nicht aus, dass zwischen Fraktion und Partei normalerweise gemeinsame kommunalpolitische Zielvorstellungen bestehen. Die Fraktionen werden sich bei ihren kommunalpolitischen Aktivitäten und Entscheidungen regelmäßig an den politischen Leitvorstellungen der Partei orientieren (z.B. am Kommunalwahlprogramm der Partei).

Rechte erweitert

Mit dem Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts vom 28. November 2013 wurden die Rechte von Fraktionen weiter konkretisiert:

- Nunmehr steht es den Fraktionen ausdrücklich, für die Willensbildung und Entscheidungsfindung im Gemeinderat ihre Auffassungen öffentlich darstellen (§ 35a Absatz 2 SächsGemO).
- Die Geschäftsordnung des Gemeinderats kann vorsehen, dass Arbeitnehmer der Fraktionen zu nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse Zutritt haben (§ 35a Absatz 4 SächsGemO).

- Eine Fraktion kann jetzt auch beantragen, einen Verhandlungsgegenstand auf die Tagesordnung spätestens der übernächsten Sitzung des Gemeinderats zu setzen (§ 36 Absatz 5 SächsGemO).

Fraktionsgeschäftsordnung

In der Geschäftsordnung des Gemeinderats wird nicht die innere Organisation der Fraktionen geregelt. Um die Rechte und Pflichten der Fraktionsmitglieder klarzustellen, können sich Fraktionen jedoch eine eigene Geschäftsordnung geben, eine Pflicht hierzu besteht allerdings nicht.

Aber: als „Organeil“ des Gemeinderats muss die Fraktion in ihrer inneren Organisation demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen. Das gilt auch, wenn eine geschriebene Geschäftsordnung der Fraktion nicht existiert. D.h. unter anderem: jedem Fraktionsmitglied stehen die gleichen Rechte zu, insbesondere muss jedes Fraktionsmitglied die Möglichkeit haben, innerhalb der Fraktion gleichberechtigt seine Auffassungen in den Meinungsbildungsprozess einzubringen.

In einer Fraktionsgeschäftsordnung können u.a. Bestimmungen aufgenommen werden

- über die Mitglieder, ihre Aufnahme und deren Ausschluss, über Rechte und Pflichten der Mitglieder,
- über Wahl und Abwahl des Fraktionsvorsitzenden, seiner Stellvertreter und ggf. des Fraktionsgeschäftsführers sowie deren Befugnisse,
- über Einladung und Ordnung der Fraktionssitzungen, über die Beschlussfähigkeit, über die Fraktionsfinanzen und ggf. über das Fraktionspersonal.

Freies Mandat und Fraktionsdisziplin

Mit § 35 Absatz 3 SächsGemO wird dem einzelnen Gemeinderat das freie Mandat gesichert. Damit ist er an keinerlei Aufträge oder Verpflichtungen gebunden, ob von den Wählern, von der eigenen Partei oder der eigenen Fraktion. Damit ist aber auch jeder Fraktionszwang mit dem freien Mandat unvereinbar.

Dennoch unterliegt im Sinne der Kollegialität jedes Fraktionsmitglied einer Fraktionsdisziplin, denn es ist nachgerade das Wesen einer Fraktion, dass sich politisch gleichgesinnte Mandatsträger zu geschlossenem Handeln vereinen. Die ihr zugedachte Aufgabe, die Arbeit im Gemeinderat zu rationalisieren, indem sie die Meinungs-

bildung fraktionsintern koordiniert, kann nur erfüllt werden, wenn ihre Mitglieder ein Mindestmaß an kollektiver Geschlossenheit aufweisen. Daher sind Sanktionen zulässig, die sich auf die Stellung eines Gemeinderats in der Fraktion beziehen, wenn er sich in zentralen Fragen der kommunalpolitischen Arbeit gegen die Fraktionsinteressen stellt.

Gleichzeitig ist aber zu gewährleisten, dass in der Fraktion unterschiedliche Auffassungen zu einer Sache vorgebracht werden können. Erst wenn durch das Verhalten des einzelnen Gemeinderats die Arbeit der Fraktion nachhaltig beeinträchtigt würde und damit dem für die Zusammenarbeit notwendigen Vertrauensverhältnis die Grundlage entzogen wäre, läge ein wichtiger Grund vor, der den Fraktionsausschluss rechtfertigen könnte.⁴

Fraktionsfinanzierung

Durch das Gesetz zur Fortentwicklung des Kommunalrechts vom 28. November 2013 wurden auch bei der Fraktionsfinanzierung die gesetzlichen Regelungen geändert:

- Weiterhin gilt die bereits bisher geltende Bestimmung, wonach die Gemeinde den Fraktionen Mittel aus ihrem Haushalt für die sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung *gewähren kann*.
- Neu ist die Bestimmung, dass in Gemeinden ab 30 000 Einwohnern den Fraktionen Mittel aus dem Haushalt *gewährt werden sollen*.
- Für die Fraktionen in den Kreistagen gilt nach § 31a SächsLKRVO jetzt, dass der Landkreis den Fraktionen Mittel aus seinem Haushalt *gewähren soll*. Bisher galt die weitergehende „Muss-Vorschrift“: der Kreistag *gewährt* den Fraktionen angemessene Mittel für die Geschäftsführung.

Eine „Soll-Vorschrift“, wie sie für die Fraktionsfinanzierung in Gemeinden ab 30 000 Einwohnern und in Landkreisen nun gilt, bedeutet in der praktischen Anwendung, dass in der Regel so zu verfahren ist. Eine Abweichung davon ist nur in begründeten Ausnahmefällen möglich.

Die Fraktionsmittel sind im Haushaltsplan der Gemeinde in einem gesonderten Ausgabebetitel auszuweisen. Hierbei ist darauf zu achten, dass unzulässigerweise keine Vermischung mit dem Ausgabebetitel „Aufwandsentschädigung für Gemeinderäte“ nach § 21 Absatz 2 SächsGemO erfolgt.

Zweckbindung

Die an Fraktionen ausgereichten finanziellen Mittel unterliegen bestimmten Beschränkungen und Zweckbindungen:

- die Fraktionsmittel sind im wesentlichen dafür einzusetzen, dass die Fraktionsmitglieder ihr ehrenamtliches Mandat qualifiziert wahrnehmen;
- der Einsatz der finanziellen Mittel hat sich auf die Angelegenheiten der Gemeinde zu beschränken;
- Fraktionsmittel dürfen nicht der Finanzierung von Parteien oder Wählervereinigungen dienen, eine verdeckte Parteienfinanzierung ist gesetzswidrig;
- aus Fraktionsmitteln darf keine Entschädigung an Fraktionsmitglieder gewährt werden, soweit diese bereits einen Entschädigungsanspruch nach §

21 Absatz 2 SächsGemO haben. Für welche Zwecke können u.a. die Finanzmittel der Fraktion eingesetzt werden:

- zur Unterhaltung einer Geschäftsstelle, sofern nicht durch Gemeinde bzw. Kreis ein Büro mit entsprechender Büroausstattung zur Verfügung gestellt wird;
- Personalkosten für voll- oder teilzeitbeschäftigtes Fraktionspersonal;
- Kosten für die Anmietung eines Sitzungsraumes für Fraktionssitzungen, sofern Gemeinde bzw. Landkreis keine zumutbaren Räumlichkeiten zur Verfügung stellen;
- Kosten für die Teilnahme an Lehrgängen und Seminaren zur Weiterbildung zu kommunalpolitischen und kommunalrechtlichen Themen sowie für die Anschaffung von Fachliteratur zur Qualifizierung im ehrenamtlichen Mandat;
- von Mitgliedern aufgewandte Beiträge für kommunalpolitische Vereinigungen, sofern diese Vereinigungen satzungsgemäß bzw. tatsächlich nicht nur eine untergeordnete Beratung der Fraktion anbieten;
- Öffentlichkeitsarbeit, sofern sie im Zusammenhang mit der Fraktionstätigkeit steht (§ 35a Absatz 2 SächsGemO) und keine offene oder versteckte parteipolitische Werbung enthält.

Nicht aus Fraktionsmitteln *finanziert werden dürfen* ausdrücklich u.a. folgende Ausgaben:

- Kosten für Sachverständige, Gutachten und Studien;
- Ausgaben für Bewirtung mit Speisen und Getränken;
- Ausgaben für Repräsentation und gesellige Veranstaltungen.

Über die Verwendung der Fraktionsmittel ist ein Verwendungsnachweis in einfacher Form zu führen. Die Verwendung unterliegt sowohl der örtlichen Prüfung (Rechnungsprüfungsamt) als auch der überörtlichen Prüfung (Landesrechnungshof).

AG

¹Vgl. VGH München, in: NVwZ-RR 2000, 811ff; VGH Mannheim, in: DÖV 2002, 912ff.

²Vgl. Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar mit weiterführenden Vorschriften, Erich Schmidt Verlag, Kommentar zu § 35a.

³Beschluss des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts 4 A 116/09 vom 06.05.2009

⁴Vgl. Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbarer Kommentar... Kommentar zu § 35a.

Impressum

Kommunales Forum Sachsen e.V.

Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalesforum-sachsen.de

www.kommunalesforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha



Ausschüsse im Gemeinderat

Nach den Kommunalwahlen werden in der ersten konstituierenden Sitzung oder der darauffolgenden Sitzung des Gemeinderats die Ausschüsse neu bestellt. Gemeinde- bzw. Stadträte können entsprechend §§ 41 und 43 der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) für die effektivere Gestaltung der Ratsarbeit beschließende und beratende Ausschüsse bilden.¹

Sinn und Zweck

Der Zweck von Ausschüssen besteht darin

- der Entlastung des kommunalen Hauptorgans Gemeinderat, damit dieser sich auf die Beratung und Beschlussfassung der grundlegenden und wichtigeren, auf die Ausschüsse nicht übertragbaren Aufgaben konzentrieren kann
- sowie der sachkundigen Vorberatung von Fach- und Detailfragen, um so dem Gemeinderat eine fundiertere Grundlage für seine Entscheidungen geben zu können.

Gerade in größeren Gemeinden, in denen auch die Gemeinderäte eine größere Mitgliederzahl aufweisen, kommt der Ausschusstätigkeit eine erhebliche Bedeutung zu. Gleiches gilt für die Kreistage, die ja nur relativ selten zusammentreten und nunmehr nach der letzten Kreisgebietsreform von 2008 eine beträchtliche Größe erreicht haben.

Mit der Spezialisierung des Ausschüsse auf bestimmte Sachgebiete kann der Erwerb und die fortlaufende Vertiefung der notwendigen und nützlichen Fachkenntnisse durch die Ausschussmitglieder erreicht werden. In den Ausschüssen können auch bereits vorhandene Spezialkenntnisse der Ausschüsse intensiver zur Geltung gebracht werden, um zu qualifizierten Entscheidungen zu kommen bzw. für den Gemeinderat wichtige fachliche und gemeindepolitische Fragen sachkundig vorzuklären.

Wie viele und welche Ausschüsse gebildet werden, gibt die SächsGemO indes nicht vor, das liegt vollständig in der Zuständigkeit der kommunalen Selbstverwaltung. In der Regel werden in allen größeren Gemeinden zur Entlastung des Gemeinderats Ausschüsse gebildet. Wie viele und welche das sind, hängt ganz von der Größe der Gemeinden ab. In größeren Gemeinden wie etwa den kreisfreien Städten, wo auf verschiedensten Sachgebieten eine Vielzahl von Entscheidungen durch den Rat zu treffen sind, wird es aufgrund eines höheren Grads an Arbeitsteilung mehr Ausschüsse geben müssen als etwa in einer ländlichen Gemeinde. In kleineren Gemeinden kann es sogar sinnvoll sein, ganz auf die Bildung von Ausschüssen zu verzichten, da eine Aufspaltung der Gemeinderatsarbeit in Ausschüsse eher von Nachteil wäre.²

Nach § 71 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes /Achtes Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) ist durch Bundesrecht vorgegeben, dass die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe – das sind die Landkreise und die Kreisfreien Städte – verpflichtet sind, in ihren Vertretungskörperschaften einen Jugendhilfeausschuss als beschließenden Ausschuss zu bilden.



Zuständigkeiten und Vorsitz

Ausschüsse sind keine Organe der Gemeinde, sondern Organteile des Gemeinderats mit nur vom Gemeinderat abgeleiteten Zuständigkeiten. Soweit ihnen eigene Aufgaben übertragen wurden, besitzen sie eigene Innenrechtspositionen, die im Kommunalverfassungsrecht geltend gemacht werden können.³

Die Bildung von beschließenden und von beratenden Ausschüssen kann nur aufgrund einer Bestimmung in der Hauptsatzung der Gemeinde erfolgen. Dabei können den beschließenden Ausschüssen bestimmte Aufgabengebiete zur dauernden Erledigung übertragen werden. Nicht übertragbar sind die wichtigen Gemeindeangelegenheiten, die nach § 28 Absatz 2 SächsGemO von vornherein nur in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen.

Den Vorsitz in beschließenden Ausschüssen führt nach § 41 Absatz 5 i.V.m. § 36 Absatz 1 SächsGemO der Bürgermeister bzw. nach SächsLKrO der Landrat. Für beratende Ausschüsse kann die Hauptsatzung nach § 43 Absatz 3 bestimmen, dass der Ausschuss den Vorsitzenden anstelle des Bürgermeisters/Landrats aus seiner Mitte wählt.

Zusammensetzung

In Gemeinden bestehen die Ausschüsse aus dem Vorsitzenden und mindestens vier Mitgliedern, in Landkreisen aus dem Vorsitzenden und mindestens 10% der Mitglieder des Kreistages. Die sächsischen Landkreise haben in den beschließenden Ausschüssen die Zahl der Kreisräte unterschiedlich bestimmt: Bautzen (24-22), Sächsische Schweiz-Osterzgeb. (20), Meißen (20), Mittelsachsen (18), Görlitz (16), Zwickau (16), Nordsachsen (15), Leipzig (14), Erzgebirgskreis (12).

Die Mitglieder der Ausschüsse und in gleicher Zahl deren Stellvertreter werden widerruflich aus der Mitte des Gemeinderats/Kreistags bestellt.

Für Jugendhilfeausschüsse in Landkreisen und die Kreisfreien Städten besteht nach § 71 Absatz 1 SGB VIII die Besonderheit, dass ihnen als stimmberechtigte Mitglieder angehören:

- zu drei Fünfteln Mitglieder aus der Vertretungskörperschaft (Stadtrat bzw. Kreistag) oder von „ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind“;
- zu zwei Fünfteln Frauen und Männer, „die auf Vorschlag der im Bereich des öffentlichen Trägers wirkenden und

anerkannten Träger der freien Jugendhilfe von der Vertretungskörperschaft gewählt werden“.

Dabei ist zu beachten, dass unter den drei Fünfteln der stimmberechtigten Mitglieder nicht nur Stadt- bzw. Kreisräte bestellt werden können, sondern Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren. Sie müssen also selbst nicht Mitglieder der Vertretungskörperschaft sein. Bei den zwei Fünfteln sind Vorschläge der Jugendverbände und der Wohlfahrtsverbände angemessen zu berücksichtigen.

Für die Zusammensetzung aller Ausschüsse gilt als Grundsatz: Die Zusammensetzung der Ausschüsse soll der Mandatsverteilung im Gemeinderat/Kreistag entsprechen. Für den Jugendhilfeausschuss bezieht das dann auf den o.g. Drei-Fünftel-Anteil.

Bildung von Ausschüssen

Für die Bildung der Ausschüsse sind nach § 42 Absatz 2 SächsGemO mehrere Verfahren möglich:

Zunächst sieht das Gesetz die *Möglichkeit der Einigung* vor, wobei auch hier der Grundsatz gilt, dass die Zusammensetzung der Ausschüsse der Mandatsverteilung im Gemeinderat/Kreistag entsprechen soll. In der Praxis geschieht das so, dass die Fraktionen eine ihnen entsprechende Zahl ordentlicher Mitglieder und Stellvertreter dem Bürgermeister/Landrat vorschlagen. Möglich ist im Einigungsverfahren in Abhängigkeit vom politischen Klima in der Gemeinde auch die Einbindung einzelner fraktionsloser Mandatsträger in die Ausschüsse. Eine Einigung liegt dann vor, wenn alle anwesenden stimmberechtigten Mitglieder der Vertretung unter Einschluss des Bürgermeisters/Landrats zustimmen; ist nur einer dagegen oder enthält sich auch nur der Stimme, ist die Einigung nicht zustande gekommen.

Kommt nun eine Einigung über die Zusammensetzung eines Ausschusses nicht zustande, werden die Mitglieder von den Gemeinderäten/Kreisräten auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der *Verhältnismahl* unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt, um auf diese Weise der Mandatsverteilung im Gemeinderat/Kreistag entsprechen zu können. Bei dieser Wahl hat der Bürgermeister/Landrat kein Stimmrecht. Da es sich hier um eine echte Verhältniswahl mit „gebundener“ Liste handelt, hat jeder Gemeinderat/Kreisrat nur eine Stimme. Gewählt wird also nicht eine Person, sondern eine Li-

ste. Bei der Auswertung werden die Sitze auf die einzelnen Wahlvorschläge verteilt. Für die Aufteilung der Sitze auf die Bewerber ist die Reihenfolge im Wahlvorschlag entscheidend. Wird nur ein gültiger oder kein Wahlvorschlag eingereicht, findet Mehrheitswahl ohne Bindung an die vorgeschlagenen Bewerber statt. In diesem Falle hat jeder Gemeinderat so viele Stimmen wie Mitglieder in den Ausschuss zu wählen sind. Gewählt sind die Bewerber mit den höchsten Stimmenzahlen, bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Anstelle einer Wahl der Ausschussmitglieder kann der Gemeinderat/Kreistag beschließen und darüber hinaus in der Hauptsatzung festschreiben, dass sich alle oder einzelne Ausschüsse *nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen* zusammensetzen. Die Sitze sind gemäß § 21 Absatz 1 des Kommunalwahlgesetzes nach dem d'Hondtschen Höchstzahlverfahren auf die Fraktionen zu verteilen. In diesem Fall werden die Ausschussmitglieder dem Bürgermeister/Landrat von den Fraktionen schriftlich benannt; dieser gibt dem Gemeinderat/Kreistag die Zusammensetzung der Ausschüsse schriftlich bekannt. Die Mitglieder der Ausschüsse können sich im Einzelfall durch andere Gemeinderäte/Kreisräte vertreten lassen. Die von einer Fraktion benannten Ausschussmitglieder können von dieser abberufen werden; die Abberufung ist gegenüber dem Bürgermeister schriftlich zu erklären. Treten im Verlaufe der Wahlperiode solche Änderungen im Stärkeverhältnis der Fraktionen auf, die sich auf die Zusammensetzung der Ausschüsse auswirken, sind sie zu berücksichtigen.

Gemeinderäte/Kreisräte eines Wahlvorschlags einer Partei oder Wählervereinigung, die infolge des Wahlergebnisses nicht so viele Mandate errungen haben, um zu einem Sitz in einem Ausschuss zu kommen, haben die Möglichkeit, sich bestehenden Fraktionen anzuschließen.

Möglich ist aber auch der Zusammenschluss von einzelnen Mandatsträgern kleiner Parteien, Wählervereinigungen oder Gruppierungen, die sich mit der Konstituierung des Gemeinderats/Kreistags in einer Fraktion zusammenfinden. Anders als im Landtag ist es auf kommunaler Ebene möglich, aus Wahlvorschlägen verschiedener Parteien eine Fraktion zu bilden.

AG

¹Die Aussagen über beschließende und beratende Ausschüsse gelten sinngemäß auch für die Kreistage, da die §§ 37 und 39 der Sächsischen Landkreisordnung (SächsLKrO) analoge Bestimmungen enthalten.

²Vgl. Hegele/Ewert, Kommunalrecht im Freistaat Sachsen, 3. Aufl. 2004, S. 129.

³Vgl. Menke/Arens, Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Kommentar, 4. neubearb. Aufl. 2004, S. 114.

Positionspapier Städtebauförderung



Wie kann und wie muss sich die Städtebauförderung anpassen an sich verändernde Rahmenbedingungen durch demografischen Wandel, Globalisierung, Migrationsbewegungen, Klimawandel, Strukturwandel und Digitalisierung? Welche Förderstrukturen und Fördermittel sind am besten geeignet für eine erfolgreiche Stadt- und Quartiersentwicklung? Was sollten Bund und Länder kurz, mittel und langfristig dazu beitragen und was die Städte und Gemeinden? Die Diskussionsgrundlage und eine Reihe von Antworten auf solche und weitere Fragen vermittelt ein aktuelles Positionspapier des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Unter dem Titel: „Weiterentwicklung der Städtebauförderung“ ist es am 9. Mai veröffentlicht worden – anlässlich des Tages der Städtebauförderung am 11. Mai 2019.

Die Städtebauförderung dient der Vorbereitung, Durchführung, Abwicklung und Finanzierung von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen nach den §§ 136 bis 171e BauGB und obliegt den Städten und Gemeinden als Selbstverwaltungsaufgabe. Zu ihrer Förderung stellt das Land nach Maßgabe des Landeshaushaltsplanes Städtebauförderungsmittel in Form von Zuwendungen bereit. In den Städtebauförderungsmitteln des Landes können Finanzhilfen des Bundes nach Art. 104a Abs. 4 des Grundgesetzes enthalten sein.

Die Kommunen sind somit für die städtebaulichen Entwicklungsziele, die Umsetzung der geplanten Maßnahmen wie auch für die korrekte Mittelverwendung verantwortlich. Bei einer nicht sachgerechten Verwendung müssen die Kommunen die Fördermittel an das jeweilige Land zurückerstaten. Entsprechend sind die inhaltliche Ausgestaltung sowie die Priorisierung der Maßnahmen durch die Kommunen maßgebend.

Die Städtebauförderung kann erst dann zum Einsatz kommen, wenn bereits ein konkreter Missstand vorliegt. Präventive Maßnahmen sind derzeit nur sehr eingeschränkt förderfähig. Um die Ausbreitung von Missständen zu vermeiden, wäre eine niedrigschwellige Förderung im Vorfeld von Städtebaufördermaßnahmen hilfreich. Bund und Länder sollten daher prüfen, ob im Vorfeld einer Städtebaufördermaßnahme kleinere Maßnahmen gezielt und unbürokratisch gefördert werden können. Dies würde insbesondere eine frühzeitige Prävention von negativen städtebaulichen Entwicklungen erlauben.

Die Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Helmut Dedy und Dr. Gerd Landsberg erklär-

ten: „Gute Städtebauförderung hat in sehr vielen Städten und Gemeinden viele positive Effekte. Ein Euro Fördermittel löst beispielsweise durchschnittlich 7 Euro an privaten Investitionen aus, belegen Studien. Städtebauförderung trägt aber auch seit über 45 Jahren dazu bei, stadtbildprägende und historische Gebäude zu erhalten, Wohngebäude energetisch zu sanieren, neue Plätze und Grünanlagen zu gestalten und bauliche Missstände zu beseitigen. Das ist ein ganz erheblicher Beitrag zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den Städten und Gemeinden und zum Zusammenhalt in der Gesellschaft.“

Neben den baulichen Effekten stärkt die Städtebauförderung auch die Kooperation und Kommunikation der Bürgerinnen und Bürger untereinander. In einem Großteil der Städtebaufördergebiete kooperieren die Städte und Gemeinden mit den Eigentümern, Interessenverbänden, mit Initiativen und einer breiten Öffentlichkeit. Beispielsweise wird im Programm „Soziale Stadt“ bei so gut wie allen Maßnahmen mit verschiedenen Kooperationspartnern zusammengearbeitet. Im „Denkmalschutz Ost“ und dem „Zentrenprogramm“ lag der Anteil bei jeweils rund 85 Prozent.

Die Kommunen bewerten die Städtebauförderung als wichtigstes Instrument, um nachhaltige städtebauliche Strukturen schaffen und städtebauliche Missstände beheben zu können. Um die Wirksamkeit zu erhöhen und die langen Zeiträume der Förderprojekte besser zu berücksichtigen, sollten Bund und Länder formale Hemmnisse reduzieren, zum Beispiel die Antragstellung vereinfachen, Antragszeiten verkürzen und Bewilligungszeiträume verlängern, eine flexiblere Verwendung der Fördermittel ermöglichen und das Controlling und die Abrechnung entbürokratisieren.

„Als Zugangsvoraussetzung zur Städtebauförderung haben sich besonders so genannte integrierte Entwicklungskonzepte bewährt. Sie berücksichtigen nicht nur den konkreten Um- oder Neubau oder die Sanierung von Gebäuden, sondern auch die Auswirkungen auf Sozialstruktur, Umwelt, Verkehr, Grünflächen etc. Solche Planungen sind sehr komplex. Deshalb sollten integrierte Entwicklungskonzepte künftig auch herangezogen werden können, wenn andere Fördermittel aus anderen Ministerien beantragt werden. Dies würde den Aufwand nicht nur bei den Kommunen, sondern auch bei Bund und Ländern spürbar reduzieren“, betonten Dedy und Landsberg.

Das Positionspapier „Weiterentwicklung der Städtebauförderung“ kann unter www.dstgb.de abgerufen werden.

Tagesseminar: Gewählt – was nun?

Die Stimmen sind ausgezählt, das Ergebnis wurde verkündet, die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats steht fest. Du bist frisch gewählt, hast den Kopf voller Ideen und willst dich gleich mit Tatendrang in die Ratsarbeit stürzen. Aber wie genau anfangen, was wird gebraucht und wo ist noch gleich der Ratssaal?! „Gewählt – was nun?“ hilft dir weiter.

In diesem Seminar bringen wir euch die Grundlagen bei, die ihr in den ersten Sitzungen des Gemeinderats braucht. Ganz konkret widmen wir uns der Vorbereitung und dem Ablauf der sogenannten konstituierenden Sitzung: Die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderates, in der wichtige Entscheidungen für die kommende Legislatur getroffen werden. Dazu gehören die Bildung einer Fraktion und die Besetzung von als auch die Arbeit in Aufsichtsräten, Ausschüssen und Beiräten.

Darüber hinaus lernt ihr eure grundlegenden Rechte und Pflichten im kommunalen Mandat kennen. Hierfür schauen wir gemeinsam in die Sächsische Gemeindeordnung und erarbeiten mit euch, was eine Hauptsatzung ist und was eine Geschäftsordnung ausmacht.

Nicht zuletzt geht es bei „Gewählt – was nun?“ um eure Vernetzung. Lernt euch kennen, bleibt in Kontakt, tauscht eure Erfahrungen aus und stützt euch aufeinander. Das KFS wird euch mit seinen über 25 Jahren an Wissen und Kompetenz immer zur Seite stehen.

Gehen wir es gemeinsam an!

Teilnahmebeitrag: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive alkoholfreier Tagungsgetränken und Handbuch.

Termine und Veranstaltungsorte

Sonnabend, 15. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Haus für Viele(s), Dresdner Straße 13, 01662 **Meißen**
- Villa Rosental, Humboldtstraße 1, 04105 **Leipzig**

Sonntag, 16. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Kreativcafé „All In“, Rosenhof 14, 09111 **Chemnitz**

Sonnabend, 29. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Jugendherberge „Altstadt“, Peterstraße 15, 02826 **Görlitz**
- Multifunktionsraum „Am Schulplatz“, Schulplatz 1, 08371 **Glauchau**

Sonntag, 30. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Volkshochschule, Macherstraße 144A, 01917 **Kamenz**
- Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, 01067 **Dresden**

SSG zu Kommunale Selbstverwaltung

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) hatte am 15. April Kernpunkte seines Positionspapieres zur Stärkung kommunaler Selbstverwaltung im Freistaat Sachsen vorgestellt.

Burkhard Jung, Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und 1. Vizepräsident des SSG sagte dazu: „Das Papier will die Handlungsspielräume der im Mai dieses Jahres gewählten Gemeinde- und Stadträte erhalten und erweitern. Die Kommunale Selbstverwaltung ist den Städten und Gemeinden verfassungsrechtlich verbrieft. Wir wollen motivierte und engagierte Stadt- und Gemeinderäte, die in der neuen Wahlperiode ihre Kommune gestalten können und nicht nur verwalten müssen. Dafür braucht es Freiräume, in finanzieller, in planerischer, in rechtlicher oder in personeller Hinsicht.“

Das vom Landesvorstand beschlossene Positionspapier orientiert sich an den Kompetenzen kommunaler Selbstverwaltung. So fordert der kommunale Spitzenverband, die kommunale Finanzausgleichsmasse deutlich zu erhöhen. In diesem Zusammenhang sollen befristete Pauschalprogramme wie das „Pauschalengesetz 2018-2020“ oder die Gewässerunterhaltungspauschale dauerhaft in das Finanzausgleichsgesetz überführt werden.

Auch die langjährige Forderung des SSG, die Refinanzierung der Betriebskosten in den Kindertageseinrichtungen durch den Freistaat deutlich zu

verbessern, wird in dem Papier aufgegriffen. „Alle 2 Jahre streiten wir wieder und wieder monatelang mit dem Land über notwendige Erhöhungen der Landespauschale. Das ist Verschwendung von Zeit und Energie. Wir fordern das Land auf, mit uns eine Regel zu entwickeln, die zu einer automatischen Anpassung der Pauschale an die gestiegenen Lohn- und Sachkosten in den Kindertageseinrichtungen führt“, sagte Jung heute in Dresden.

Schließlich setzt sich der SSG dafür ein, Außenbereichsflächen weiterhin im beschleunigten Verfahren beplanen zu können. Diese im Baugesetzbuch befristet verankerte Möglichkeit steht derzeit auf Bundesebene auf der Kippe. Das Papier unterstützt insoweit Ministerpräsident Kretschmer, der sich ebenfalls für einfache Bauplanungsverfahren einsetzt.

„Die eine oder andere Forderung wird sich nur mittelfristig und im Einvernehmen mit dem Freistaat Sachsen realisieren lassen. Da wir unmittelbar vor einer Landtagswahl stehen, empfehlen wir allen Parteien, sich auf uns zuzubewegen. Die Stärkung kommunaler Selbstverwaltung wird eine der Hauptaufgaben der nächsten Legislaturperiode des Sächsischen Landtages“, so Jung.

Die komplette Fassung des Positionspapieres kann auf der Internetseite des SSG unter www.ssg-sachsen.de abgerufen werden.

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

viele wissen es noch: Der Dorfladen war ein zentraler Punkt im öffentlichen Leben auf dem Land, er war weit mehr als eine Einkaufsstätte. Auch wenn die Schlangen mal kurz waren, kam man ins Gespräch. Heute fehlt vielerorts nicht nur die Kneipe, sondern auch der Laden, und der Wocheneinkauf wird in der nächstgelegenen Stadt erledigt – wer kein Auto hat, muss sich damit oft plagen. Das Ladensterben auf dem Land bewegt viele. Wir sagen: Der Laden muss zurück ins Dorf, wo immer das geht! Denn ein täglicher Einkauf in der Nähe gehört zur sozialen Grundversorgung in Sachsen.

Ich habe bei der Landesregierung nachgefragt, wie viele Geschäfte der Nahversorgung im Verlaufe des letzten Jahrzehnts dichtgemacht wurden und wo es weiße Flecken gibt. Zugleich brauchen wir einen Überblick über die Lichtblicke der Neugründung von „Dorfläden“, „Dorfkonsum“ und „Bürgerladen“. Die Staatsregierung soll Rechenschaft ablegen, welche konkreten Projekte sie wie gefördert hat. Das Wichtigste aber ist: Die Staatsregierung soll sagen, wie sie die Wiederherstellung der flächendeckenden Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs unterstützt hat. Meine Vermutung ist: Das wird sie so gut wie gar nicht getan haben.

Sachsen braucht eine Regierung mit richtigen Prioritäten – der gesellschaftliche Zusammenhalt muss dazu gehören. Wir wollen öffentlich geförderte Dorfläden! Oft empfiehlt sich dafür die Form einer Genossenschaft. Mancherorts haben Menschen bereits allein oder mit anderen die Initiative ergriffen, wie in Rabenau bei Freital. Es ist höchste Zeit. Wir werden uns kümmern.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Soziale Frage für fast alle: Wohnen

Sachsen hat riesigen Nachholbedarf bei der Wohnungspolitik – das wissen vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner von Dresden (Stichwort Vonovia) und Leipzig, aber nicht nur sie. Auch in mittelgroßen Städten gibt es inzwischen Engpässe. Insbesondere große Familien sowie Ein-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen haben auf dem Wohnungsmarkt kaum noch Chancen.

Vor allem Wohnungen im unteren Preissegment fehlen

Ohne Wohnung ist ein menschenwürdiges Leben nicht möglich. Aber gerade Haushalte mit geringem Ein-

doch auch in Klein- und Mittelstädten oder anderen wirtschaftlich dynamischen Regionen werden Wohnungen gebraucht“, so **Enrico Stange, Sprecher der Linksfraktion für Wohnungspolitik**.

Das zentrale Problem sei und bleibe, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit breiter Gruppen von Mieterinnen und Mietern nicht Schritt halten könne mit der Entwicklung – Wohnkosten und Nebenkosten steigen.

Der Zuzug in die Großstädte und deren Umland habe die Lage dadurch verschärft, dass einerseits der Leerstand fast aufgebraucht ist und vor

„Wir wollen Wohnraum, der bezahlbar ist, barrierefrei, altersgerecht, kinder- und klimafreundlich. Dafür soll es staatliche Fördermittel geben. Im Gegenzug sollen geförderte Wohnungen Belegungs- und Mietbindungen bekommen, damit sie gezielt denen zugutekommen, die es auf dem Wohnungsmarkt schwer haben“, so Stange. „Und wir wollen auch Wohnumfeld- oder Quartiersmaßnahmen durchsetzen, damit die Viertel sozial durchmischte werden und bleiben.“

Nur die zügige Schaffung und Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum, gerade in Städten mit hoher Anziehungskraft, könne dem Preisauftrieb



Bild von Michael Gaida auf Pixabay

kommen finden insbesondere in den Ballungsgebieten kaum noch eine bezahlbare Bleibe. In Dresden und Leipzig fehlen laut der Hans-Böckler-Stiftung schon jetzt etwa 87.000 Wohnungen im unteren Preissegment. 676.000 Personen in Sachsen gelten als arm, das ist fast ein Fünftel der Bevölkerung! Allein in Chemnitz, Dresden und Leipzig sind 183.000 Haushalte davon betroffen.

Sachsens Regierung handelt nicht – während die Zahl der Sozialwohnungen sinkt

Und was macht die Regierung? Sie schafft keine Abhilfe. 2012 gab es im Freistaat noch 42.000 Sozialwohnungen, schon das sind erschreckend wenige. Ende 2018 waren es nicht mal mehr 12.000 Wohnungen. „Wohnen ist DIE soziale Frage in den deutschen Großstädten geworden.

allein der privatwirtschaftliche Wohnungsbau auf Luxuswohnungen setzt, weil sich im unteren Preissegment keine oder geringe Renditen erzielen lassen. Staatliche Regulierung sei notwendig, so Stange.

Fördermittel gezielt nutzen und einen klaren gesetzlichen Rahmen setzen!

Sachsen bekommt noch bis Ende 2019 Geld vom Bund für den sozialen Wohnungsbau. Die Linksfraktion will, dass es zielgerichtet eingesetzt wird, um neue Sozialwohnungen zu bauen, die durch Belegungsbindung auch für lange Zeit für Menschen mit wenig Geld zur Verfügung stehen. Dafür haben wir ein Gesetz in den Landtag eingebracht, das dafür eine klare Grundlage schafft (Landtags-Drucksache 6/17549). Öffentliches Geld soll es nur für Gegenleistung geben.

entgegenwirken. Sowohl die Städte als auch die ländlichen Gebiete müssen dabei im Blick bleiben.

Viele Gruppen würden profitieren

Zugutekommen würde all das vor allem Haushalten mit Kindern, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen, ferner Wohngruppen und Wohngemeinschaften, Studierenden und Auszubildenden, und insgesamt Haushalten, die auf Sozialleistungen angewiesen sind: etwa Wohngeld, Hartz IV, Verletztengeld oder Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Wir sind gespannt, wie die CDU/SPD-Regierung auf unsere Vorschläge reagieren wird. Wohnen ist ein Grundbedürfnis, auf dessen Befriedigung nicht verzichtet werden kann.

Grund zum Feiern, Grund zum Kämpfen

Am 23. Mai 1949, vor 70 Jahren, verkündete der Parlamentarische Rat das Grundgesetz. „Es ist als Gegenentwurf zur Nazi-Barbarei konzipiert. Artikel 1 ist eine direkte Antwort auf den Zivilisationsbruch“, so **Rechtspolitiker Klaus Bartl** in der von der Linksfraktion beantragten Debatte zum Jahrestag. DIE LINKE bringe die Diskussion bewusst ins Landtagsplenum, „obwohl wir die derzeitige Gesellschaftsform und ihren Staat nicht als der Weisheit letzter Schluss betrachten, obwohl wir in ihr viel Kritikwürdiges erkennen und verändern wollen“, so Bartl. Dennoch repräsentierten das Grundgesetz und seine humanistische Werteordnung „für uns die Elemente der bürgerlichen Gesellschaft, die es in jeder Gesellschaftsordnung, die den Anspruch erhebt, über diese hinauszugehen, im dialektischen Sinne ‚aufzuheben‘, also zu bewahren gilt.“ Hinter den Grundkonsens von Humanismus sowie Grund- und Freiheitsrechten dürfe nie wieder zurückgefallen werden. „Die Unantastbarkeit der Menschenwürde ist das geistige Fundament des Grundgesetzes“, pflichtete **LINKEN-Fraktionschef Rico Gebhardt** bei.

Errungenschaften müssten verteidigt werden. Das Bundesverfassungsgericht trage – neben einer aktiven, couragierten Zivilgesellschaft – entscheidend zum Verfassungsschutz bei. Es setze Politikern Grenzen, die den Grundkonsens missachteten. Bartl verwies auf Innovationen – etwa das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, 1983 im „Volkszählungsurteil“ geschaffen, oder das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum, das 2010 definiert worden ist.

Anders als das Bundesverfassungsgericht trage das sächsische Landesamt

für Verfassungsschutz nichts zu seinem Auftrag bei, kritisierte hingegen Rico Gebhardt mit Blick auf dessen aktuellen Jahresbericht. „Dort hat man keine Probleme mit Veranstaltungen, wo ‚Absaufen!‘ gerufen wird – als Ausdruck des Wunsches, die Flüchtlinge auf dem Mittelmeer mögen ertrinken. Dagegen findet man den Ruf ‚Nazis raus!‘ verdächtig.“



Es gehe darum, sich auf dem Boden des Grundgesetzes zu bewegen, nicht nur dort zu stehen, zitierte Gebhardt seinen Vor-Vorgänger Peter Porsch. Der Grundsatz in Artikel 3 „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ solle auch so verstanden werden, dass im Landtag mindestens so viele weibliche wie männliche Abgeordnete sitzen sollten.

„Die Mütter und Väter des Grundgesetzes wussten genau, dass eine allzu große soziale Spaltung die Gesellschaft gefährdet“, fuhr Gebhardt fort. Die Verfassung lege keine Wirtschaftsordnung fest, sondern ermögliche eine demokratisch-sozialistische Entwicklung weg vom Kapitalismus. Klaus Bartl verwies dazu auf das Sozialstaatsprinzip in Art. 20 Abs. 1, die

Nutzung des Eigentums zum Wohl der Allgemeinheit in Art. 14 Abs. 2 und die Möglichkeit für Enteignungen gegen Entschädigung in Abs. 3. Nach Art. 15 dürfen Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel vergesellschaftet und in Gemeineigentum überführt werden.

Das Fazit der Linksfraktion: „70 Jahre Grundgesetz: Ein Grund zu feiern? Ja, selbstverständlich! Ein Grund zu kämpfen! Ja, auf jeden Fall!“

Europa gelingt nur als Sozialunion

Die Krise der EU hat viele Ursachen – eine besteht darin, dass sie zwar eine Wirtschafts- und Währungsunion, nicht aber eine Sozialunion ist. Die einseitige wirtschaftspolitische Orientierung ist problematisch: Vom Wirtschaftsaufschwung profitieren reichere Bevölkerungsschichten, zahlreiche EU-Länder haben indes weiter sehr hohe Erwerbslosenzahlen und Armutquoten. Viele Menschen aus diesen Ländern müssen im Ausland Arbeit suchen. Es gibt keine europäische Übereinkunft über sozialpolitische Schutzmechanismen zugunsten der Bürgerinnen und Bürger.

2017 wurde die „Europäische Säule sozialer Rechte“ vom EU-Parlament, dem Rat der EU und der EU-Kommission proklamiert. Sie enthält 20 Prinzipien im Sozial-, Beschäftigungs- und Gesundheitsbereich mit dem Ziel, soziale Mindeststandards festzulegen. Jedoch: Sie sind unverbindlich. Die Linksfraktion wollte die Staatsregierung deshalb beauftragen (Drucksache 6/17432), zur Stärkung der Europäischen Säule sozialer Rechte beizutragen.

Deren Prinzipien sollen Teil des EU-Vertragswerks und soziale Rechte einklagbar werden. **Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin:** „Wir brauchen eine soziale Integration in der EU, die den Markt korrigiert. Wir brauchen ein soziales Europa, damit ökonomischen Wanderungsgründen der Nährboden entzogen wird. Rechtspopulisten verlieren Einfluss, wenn die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt ist, dass sie es auch der EU verdanken, wenn sie in ihrem Heimatland friedlich und auskömmlich, also sozial sicher leben können.“

Ihre **Fraktionskollegin Antje Feiks** kritisierte die Staatsregierung für ihre Stellungnahme zum Vorschlag – Europa-Minister Oliver Schenk (CDU) hatte vor allem begründet, weshalb Sachsen nicht wirklich etwas mit der Weiterentwicklung der sozialen Säule zu tun habe. „Europaminister anderer Bundesländer schaffen es sehr wohl, sich dazu klar zu positionieren“, so Feiks. Es sei unverantwortlich, dass

die Regierung Panikmache mit dem Argument betreibe, soziale Mindeststandards wie Mindesteinkommen oder auskömmliche Mindestlöhne würden die Mitgliedstaaten überfordern und die EU spalten. „Im Gegenteil, Menschen würden weniger gegeneinander ausgespielt, weil es nicht mehr um die billigere Arbeitskraft gehen würde.“

Die soziale Säule sei kein Teufelszeug – aber die Landesregierung unternehme nichts. Dabei könne sie gegen ungleiche Löhne für gleichwertige Arbeit bei Männern und Frauen vorgehen und für einen Mindestlohn streiten, der vor Armut schützt. Sie könne staatliche Aufträge an Tariftreue, die ILO-Kernarbeitsnormen und ökologische Nachhaltigkeit knüpfen. Die soziale Säule verpflichte sie auch, allen Menschen in Sachsen bezahlbaren Zugang zu Wasser, Energie, Verkehr und Kommunikationsdienstleistungen zu garantieren. Mit alledem könnte die Regierung die europäische Idee stärken.

Das müsste sie allerdings wollen.

Bitte einsteigen – auch in die Fahrgast-Mitbestimmung

Wer mit Bus und Bahn fahren will oder muss, erwartet zu Recht vor allem dreierlei: Pünktlichkeit, Verlässlichkeit, bezahlbare Preise. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss funktionieren – diese Erwartung müssen die Zweckverbände erfüllen! Noch mehr Menschen sollen Bus und Bahn nutzen können. Das käme auch denen zugute, die das Auto brauchen.

*Fahrgäste können mit ihren Erfahrungen dazu beitragen. Wer will, soll mitreden dürfen – und zwar nicht nur mit Beschwerden, sondern schon bevor Pläne feststehen oder Vorhaben beschlossen sind. Wo und wie oft soll ein Bus oder ein Zug fahren? Worin soll investiert werden? Welche Anschlüsse soll es geben? Wie soll der Service aussehen, wie der Umwelt- und Lärmschutz? Wie wird Barrierefreiheit umgesetzt? Wie hoch sollen Fahrpreise sein? Zu solchen und anderen Fragen wollen wir Interessierten das Recht zur Mitsprache einräumen. Deshalb hat die Linksfraktion ein ÖPNV-Beteiligungsgesetz vorgelegt (Drucksache 6/15562). **Marco Böhme, mobilitätspolitischer Sprecher**, kritisierte vor allem, dass die – wenigen – sächsischen Fahrgastbeiräte de facto keine Rechte haben.*

Vorgesehen ist deshalb eine Reihe von Maßnahmen. Die ehrenamtlichen Fahrgastbeiräte sollen klare Rechte bekommen. Zweckverbände sollen verpflichtet werden, solche Beiräte einzurichten, in denen Fahrgäste ihre Interessen gegenüber der Verwaltung und den Verkehrsunternehmen vertreten. Beteiligung muss organisiert werden – dafür sollen die Landkreise hauptamtliche Beauftragte bestellen. Auch auf der Landesebene soll ein unabhängiger Beirat die Interessen der Fahrgäste vertreten. Die Regierung soll sein Votum berücksichtigen müssen. Am Tisch sitzen die Kommunalen Fahrgastbeiräte, Kommunale Teilnehmungsmanager/innen, Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit Behinderungen sowie Vereine und Verbände im Bereich Mobilität. Zudem soll der Landtag eine Beauftragte oder einen Beauftragten wählen, der sich gegenüber der Regierung für die Interessen der Fahrgäste starkmacht.

„Der Fahrgast ist nahezu rechtlos, er muss auch für schlechte Leistungen den vollen Preis bezahlen“, so der Fahrgastverband ProBahn 2003. Schluss damit!

Weniger Lärm und Unfälle – mehr Klimaschutz!

Wir wollen die Mobilitätswende für Sachsen – die muss man grundsätzlich anpacken. Deshalb hat die Linksfraktion im Landtag eine „ÖPNV-Reform Sachsen 2019“ gefordert (Drucksache 6/17160). „Vorbild unseres Gesetzentwurfs sind Österreich und die Schweiz, wo das letzte Dorf auf dem Berg an den öffentlichen Personenverkehr angeschlossen ist und die Leute auch damit fahren“, so **Marco Böhme, mobilitätspolitischer Sprecher der Linksfraktion**. Langfristig sollten alle Menschen in Sachsen ohne Auto mobil

angebunden werden, die größeren im Halbstundentakt. Zugleich soll es einen sachsenweiten Tarifverbund mit landesweit gültigen Ausbildungs- und Sozialtarifen geben – das ist insbesondere wichtig, weil die CDU/SPD-Regierung noch immer kein Bildungsticket zustande gebracht hat. Beim Schülerverkehr ist die Fahrzeit zur Grundschule auf 15 und in die weiterführenden Schulen auf 30 Minuten zu begrenzen.

Wir wollen den ÖPNV in Sachsen zudem komplett barrierefrei machen, und er

ell informiert sind und ihr Recht einfordern können, wenn mal etwas nicht klappt.

Die Regierung hat eine ÖPNV-Strategiekommission eingesetzt, die umfangreiche Empfehlungen vorgelegt hat. „Das ist nun fast zwei Jahre her – geschehen ist praktisch nichts. SPD-Verkehrsminister Dulig haut eine Ankündigung nach der anderen raus und Ministerpräsident Kretschmer schaut untätig zu“, kritisiert Böhme. „Das müssen wir dringend ändern – Sachsen muss endlich



sein können – auch außerhalb der Großstädte. Die Kommunen müssen dieses Ziel als Pflichtaufgabe umsetzen, wofür sie klare Vorgaben vom Freistaat brauchen – und natürlich Geld.

Auch die kleinste Gemeinde soll künftig mindestens im Zwei-Stunden-Takt

sollte flächendeckend über zeitgemäße Ausstattung, z.B. WLAN, verfügen. „Mittelalter-Züge“ wie zwischen Leipzig und Chemnitz gehören ins Geschichtsbuch und nicht aufs Gleis.

Und es muss klare Servicegarantien geben, damit alle Fahrgäste stets aktu-

losfahren ins Zeitalter sicherer, attraktiver und gesunder Mobilität für alle!“

Sachsens Landesregierung schafft es bisher nicht einmal, für den Verkehr vorgesehene Bundesmittel vollständig an die Zweckverbände weiterzugeben. Höchste Zeit für den Kurswechsel!

Wir bleiben dabei: Wählen mit 16!

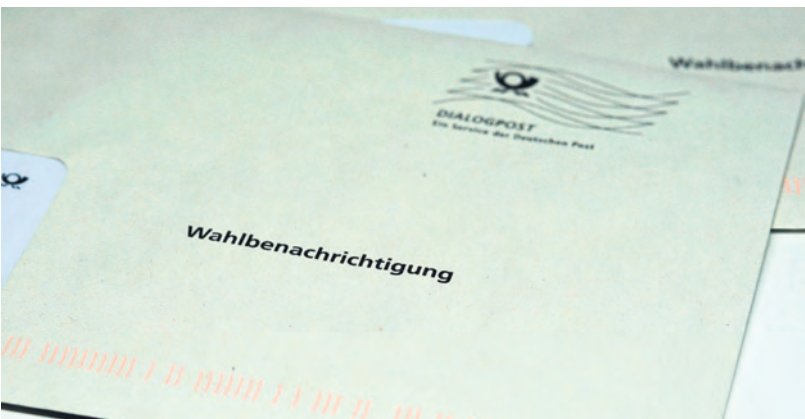
Nicht nur #fridaysforfuture zeigt es: Immer mehr junge Menschen stehen gegen Missstände auf und mischen sich ein in politische Auseinandersetzungen. Das ist gut! Die Linksfraktion will schon lange erreichen, dass Kinder und Jugendliche stärker mitbestimmen können. Dazu hatten wir im September 2018 einen Gesetzentwurf (Drucksache 6/14865) vorgelegt. Bei Wahlen zum Landtag, zu den Kommunalparlamen-

ten sowie bei Volksanträgen, Volksbegehren und Volksentscheiden sollen junge Menschen künftig schon ab ihrem 16. Geburtstag abstimmen können.

„Der Staat sollte zivilgesellschaftliches Engagement so gut wie möglich unterstützen – auch und gerade das junger Menschen. Je früher sie sich beteiligen können, desto stärker ist ihre langfristige Bindung an die Demokratie“, so

Lutz Richter, demokratiepolitischer Sprecher. Österreich sowie eine Reihe von Bundesländern seien da längst weiter als Sachsen. Zusätzlich zum geringeren Wahlalter sollen in den Kommunen Kinder- und Jugendvertretungen eingerichtet werden, damit Kinder und Jugendliche als sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner in Ortschafts-, Gemeinde-, Stadt- und Kreisräten wirken und nötigenfalls ihr Veto gegen Beschlüsse einlegen können.

Im Mai-Plenum hatte der Landtag über den Vorstoß zu entscheiden – CDU und SPD stimmten ihn nieder. Dabei fordert sogar die Junge Union inzwischen, dass Jugendliche in den Kommunen ab 16 wählen dürfen. Richters Fazit: „Michael Kretschmer und Co. fürchten sich offensichtlich vor politisch aktiven jungen Leuten – sogar vor ihrem Parteien-Nachwuchs! Darüber kann ich nur den Kopf schütteln. Der Freistaat braucht eine andere politische Mehrheit, die zivilgesellschaftliches Engagement nicht als Störfeuer begriff.“



Kinderhymne statt Deutschlandlied!

Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow fordert eine neue Hymne – mit Verweis auf die unvollendete deutsche Einheit: „Ich würde mir wünschen, dass wir eine wirklich gemeinsame Nationalhymne hätten.“ Ein neuer Text solle „so eingängig“ sein, „dass sich alle damit identifizieren können.“ **Rico Gebhardt, Vorsitzender der Linksfraktion**, stimmt zu: „Nach 30 Jahren holt uns die unaufgearbeitete Vergangenheit eines Beitritts ein, der keine Vereinigung auf Augenhöhe war.“ Er bevorzuge die „Kinderhymne“ von Bertolt Brecht: „Der Text ist von schlichter Schönheit und entspricht einem aufgeklärten Heimatverständnis, das keinen Platz für Nationalismus und übersteigerten Patriotismus lässt.“ Das „Lied der Deutschen“ sei nunmal unwiderfürlich missbraucht worden. Einfach nur weiter die dritte Strophe zu singen sei Ausdruck mangelndem Mutes, gemeinsam Neues zu wagen.

Aufarbeitung gelingt nur gemeinsam

Das Landtags-Präsidium hatte zwei Mitglieder für den Beirat des „Härtefallfonds SBZ/DDR“ zu wählen. Dessen Zweck ist die „Unterstützung ehemals Verfolgter“ in Form von „Leistungen zur Linderung besonderer Notsituationen“. Dem Beirat gehören auch ein Beisitzer auf Vorschlag der Regierungsfractionen und einer auf Vorschlag von mindestens einer Oppositionsfraction an. Die Linksfraktion hatte **Susanne Schaper** nominiert, eine anerkannte Sozialpolitikerin. Bei der Abstimmung wurde die frühere Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz einstimmig gewählt; die Vertreterin der Oppositionsfractionen wurde in geheimer Wahl bestimmt. Schaper erhielt mehr Stimmen als Mitglieder der Linksfraktion anwesend waren, die Mehrheit votierte jedoch für die frühere GRÜNEN-Landtagsabgeordnete Gisela Kallenbach.

Sarah Buddeberg, Parlamentarische Geschäftsführerin der Linksfraktion, gratulierte beiden, übte aber auch Kritik. „Die Koalition hat die Chance ignoriert, ein Zeichen souveränen Handelns auszusenden. Offenbar ging es der CDU vor allem darum, uns weiter von der Aufarbeitung auszuschließen, um uns weiter vorwerfen zu können, wir würden uns der Aufarbeitung verweigern. Auch wir später Geborenen müssen uns der Verantwortung stellen, Unrecht zu lindern. Diese Aufgabe kann nur gemeinsam wirklich bewältigt werden. Dazu sind wir weiter bereit.“



Plenarspiegel Mai 2019

Die 92. und 93. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden vom 22. bis zum 24. Mai 2019 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit diesen Initiativen vertreten:

Aktuelle Debatte

„70 Jahre Grundgesetz: Ein Grund zu feiern? Ein Grund zu kämpfen!“

Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Regelung der Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen“ (Drs 6/14865)

„Gesetz zur Verbesserung der Beteiligung der Bevölkerung an der Planung und Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs“ (Drs 6/15562)

„Gesetz zur Einführung einer Stellenzulage für Justizwachtmeister im Sitzungs-, Ordnungs- und Vorfürhdienst bei den Gerichten“ (Drs 6/16432)

„Gesetz über den sozialen Wohnraum“ (Drs 6/17549)

Dringlicher Antrag

„Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst beim Wort nehmen: Eingriff in die Freiheit der Kunst des Freiburger Theaters beenden!“ (Drs 6/17755)

Anträge

„Europäische Union sozial gestalten – Säule sozialer Rechte durch den Freistaat Sachsen umfassend stärken!“ (Drs 6/17432)

„ÖPNV-Reform Sachsen 2019“ (Drs 6/17160)

Sammeldrucksache 6/17633 u. a. mit den LINKEN Anträgen

„Reform der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung in Sachsen“ (Drs 6/13835)

„Diabetes-Erkrankungsrisiko senken – Erkrankte frühzeitig erkennen und behandeln“ (Drs 6/3620)

„Parité-Bericht erstellen – politische Beteiligung von Männern und Frauen analysieren“ (Drs 6/17199)

Drucksachen (Drs) unter www.edas.slt.sachsen.de

Lohnangleichung Ost-West bis 2025!

Beim 5. Parlamentariertag diskutierten am 2. und 3. Mai in Leipzig Abgeordnete der LINKEN aller Ebenen, StaatssekretärInnen und MinisterInnen mit Gästen aus Wissenschaft, Kunst und Politik, Vereinen und Verbänden über ihre Erwartungen für Ostdeutschland. Mit dem Claim #MAYdaysforfuture hat DIE LINKE den Stand der Einheit und die Frage nach sozialem Frieden zum Schwerpunkt ihrer Debatten gemacht. Die Fraktionsvorsitzendenkonferenz der LINKEN, welche die Veranstaltung organisiert hatte, verabschiedete eine Erklärung, die wir in Auszügen dokumentieren. Begleitet wurde die Tagung durch eine Großfläche, die der **Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch und Sachsens Fraktionschef Rico Gebhardt** enthüllten.

Die soziale Einheit ist nicht vollendet

30 Jahre nach der staatlichen Herstellung der Einheit sind die Ergebnisse des Fleißes und der Kreativität der Menschen in den neuen Bundes-

ländern unübersehbar. Ja, es gibt sie, die sanierten Innenstädte, die frisch asphaltierten Straßen, die neuen Radwanderwege. Das Handwerk hat gut zu tun, Landwirte kultivieren die Landschaft von Kap Arkona bis Zittau. Theater, Hochschulen und Kliniken sind auf Top-Niveau. Der Osten lebt. Das verdanken wir den Menschen, die hier leben. Zeit, ihnen endlich den nötigen Respekt zu zollen!

Der Preis der Einheit war hoch und die Ostdeutschen zahlen ihn noch lange ab. Da ist der Aderlass in vielen Familien, die Kinder kommen mit den Enkeln zu den Festtagen. Es fehlt das Kindergeschrei auf den Straßen. Noch immer gibt es im Osten weniger Rente für dieselbe Lebensleistung. Und wer nach der Wende lange arbeitslos war oder nur wenig verdient, dem droht eine mickrige Rente. Die Armutsquote ist jetzt schon höher und es sind mehr Menschen erwerbslos. Ostdeutsche haben weniger Vermögen, die Tarifbindung und die Gewerkschaften sind hier schwächer.



Lohnunterschiede Ost/West

Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5.000 Euro weniger als ihre westdeutschen KollegInnen. Für DIE LINKE sind das inakzeptable Zustände. Der Lohnabstand zwischen Ost und West ist kein Schicksal, er ist menschengemacht. Ein wichtiger Weg, um den Lohnabstand zu minimieren, liegt in einer Stärkung der Tarifbindung. Wer nach Tarif bezahlt wird, verdient bereits heute im Osten kaum weniger als im Westen. Dass eine 1:1-Lohnangleichung möglich ist, bewies zuletzt die IG-Bau. Für die mehr als 600.000 Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks wird die Anhebung der Löhne auf West-Niveau in vier Schritten bis 2020 realisiert.

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind Verfassungsgebot

Wo das Verfassungsgebot der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht beachtet wird, gerät das Grundgesetz selbst in Gefahr. Die Würde des Menschen ist verletztlich, durch das Gefühl, nicht gebraucht zu werden, durch die Angst, im Alter arm zu sein, durch Einsamkeit, durch den Verlust des Glaubens, dass sich etwas ändern wird, wo sich lange nichts zum Guten gewendet hat. Demokratie gedeiht nur in blühenden Landschaften. Wir haben darum in ganz Deutschland eine besondere Verantwortung im Umgang mit den sozialen wie regionalen Ungleichheiten. Heute fordern wir ein milliardenschweres Investitionsprogramm für eine aktive regionale Wirtschaftsförderung und Strukturpolitik! Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und gleiche Rente für gleiche Lebensleistungen in Ost und West, für Frauen und Männer, für Jung und Alt. Bis 2025!

Wachtmeister brauchen eine Gefährdungszulage

Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister leiden in Sachsen unter einer paradoxen Situation. Zwar erlaubt es die Gesetzeslage grundsätzlich, ihnen eine Gefährdungszulage zu zahlen. Allerdings müssten sie dafür nahezu ausschließlich in einem geschlossenen Vorfürhdienst tätig sein. Solche Tätigkeitsbereiche gibt es aber an sächsischen Gerichten nicht!

Alle Wachtmeisterinnen und Wachtmeister, die im Sitzungs-, Ordnungs- und Vorfürhdienst der Gerichte oder in Staatsanwaltschaften eingesetzt sind, sollten eine Gefährdungszulage bekommen. Das begehrt die Linksfraktion per Gesetzentwurf (Drucksache 6/16432). „Sie sind in ihrer täglichen Arbeit nicht weniger in physischer, psychischer und mentaler Hinsicht besonderen Belastungen ausgesetzt als andere Berufsgruppen – etwa Bedienstete im Strafvollzug, bei der Feuerwehr, Polizei oder beim Zoll, die durchweg derartige Stellenzulagen erhalten“, so **Rechtspolitiker Klaus Bartl**. „Justizwachtmeis-

terinnen und Justizwachtmeister gehen regelmäßig mit Personen um, die gegen ihren Willen festgehalten werden. Sie treffen auf Sympathisanten, Täter, Opfer, rivalisierende Gruppen. Sie müssen Flucht- und Befreiungsversuche vereiteln. Sie unterliegen durch den oft engen körperlichen Kontakt mit chronisch mehrfach geschädigten und oft auch drogenabhängigen Angeklagten oder Zeugen einer besonderen Ansteckungsgefahr. Mediales Interesse an Strafprozessen führt zudem dazu, dass sie oft erkennbar in der Berichterstattung vorkommen.“

Eine Zulage gibt es in anderen Bundesländern längst: Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Bayern oder Berlin sind in dieser Hinsicht bessere Dienstherrn. CDU und SPD in Sachsen aber wollen den Handlungsbedarf nicht sehen. „Dabei ist die Besoldung von Justizwachtmeisterinnen und -wachtmeistern generell beschämend niedrig. Beim Berufseinstieg bekommen sie nur wenig mehr als den

Mindestlohn, es gibt kaum Aufstiegsmöglichkeiten. Insofern wäre die Stellenzulage ein wichtiger erster Schritt“, so Bartl. DIE LINKE werde weiter dafür kämpfen.

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag